

NACHRICHTEN

AUSDEM

WIDERSTAND

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
alle 14 Tage
brandaktuell
Unabhängige Infor-
mationsvielfalt
Gumpendorferstraße
157/11
1060 Wien
Tel.: (0222) 56 80 78
Konto: PSK 7547 212

MINUS 33/32 NUMMER

(6+7/92)

7. April 1992

PREIS: ÖS 20,—

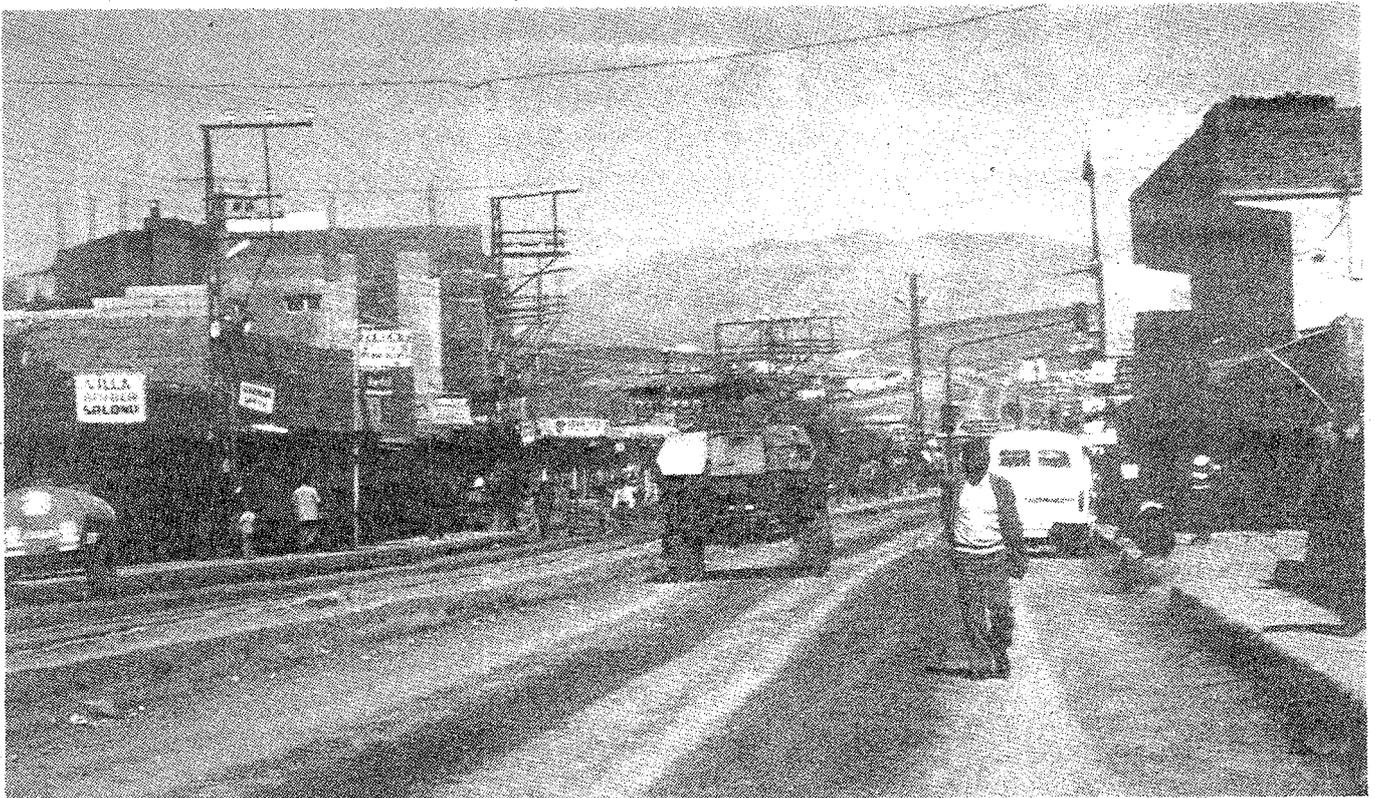
....aus einem Land ohne Grenzen....

- Newroz: 2600 Jahre kurdischer Widerstandsgeist
- Deportationen am Beispiel Sirnak
- GAP-Projekt: mit "Verbund" in die Wüste
- "Bergtürken", Waffen und kein Asyl: Österreich und die KurdInnen

"Wenn sie den Mut haben, dann fordern Sie doch ihre Unabhängigkeit. Dann wird man kämpfen. Wenn sie glauben, daß sie die

mächtigste Armee im mittleren Osten, die türkische Armee, besiegen können, dann los! Und lassen Sie mich auch noch sagen, daß, wenn uns einige Länder wie Westdeutschland, Frankreich oder England nur ein wenig Toleranz erweisen, es kein Problem sein wird, Millionen von Kurden zu liquidieren."

Zitat des türkischen Delegierten zum Europarat, 13. Mai 1981, gerichtet an demonstrierende KurdInnen.



Freiheit für Kurdistan!

“Es gibt keine Gnade, kein Erbarmen... Wenn es sein muß, werden wir einen nach dem anderen erschießen. (...) Denken sie daran, ob es in der Region noch Menschen geben wird, wenn wir so vorgehen, wie Saddam. Sollte es Unruhe in der Türkei geben, werden die Menschen dieser Region die Verlierer sein” (Staatspräsident Özal, 1992).

Newroz....

Das Neujahrsfest der KurdInnen. Es wird auf einen Aufstand gegen den persischen Tyrannen im Jahre 612 vor Christi Geburt zurückgeführt. Zur Vertreibung “böser Geister” und zur Beschwörung des eigenen Widerstands“geistes” werden Newroz-Feuer im ganzen Land entfacht.

Das Newrozfest wird von allen Völkern im “mittleren Osten” gefeiert (z.B. auch von den PerserInnen), war aber als kurdischer Feiertag in der Republik Türkei seit 1923 verboten. Aus diesem Grund sind die Newroz-Feierlichkeiten ein Teil des kurdischen Volksaufstandes (Serhildan) und des nationalen Befreiungskampfes der KurdInnen. Das Newrozfest nimmt im Kampf der PKK (Kurdische Partei der Arbeit) und ihrer bewaffneten Organisationen (ARGK — kurdische Volksbefreiungsarmee) einen hohen Stellenwert ein.

Newrozfeuer, Volkstänze und -lieder, Fahnen der PKK und Losungen wie “Biji Kurdistan” (Es lebe Kurdistan), “Biji PKK” und “Biji Apo” (Apo: Abdullah Öcalan, Generalsekretär der PKK) prägen die Feiern zum Neujahrsfest, das mit dem Frühlingsbeginn (21.März) zusammenfällt.

Newroz-Feierlichkeiten gab es auch in den letzten Jahren. Sie waren illegal gewesen und konnten daher nur im Untergrund vorbereitet und oftmals nur von wenigen Angehörigen der Guerilla durchgeführt werden. Zu Newroz bestiegen einige Guerillas einen Berg in direkter Sichtweite einer Ortschaft, nahmen die dort postierten Soldaten gefangen (1) und zündeten ein riesiges Newrozfeuer an. Ehe das örtliche Militärkommando überhaupt von der Aktion erfahren hatte, war die Guerilla wieder weg.

Auf der Suche nach den revolutionären BergkraxlerInnen mußten hunderte Soldaten in die Nacht, die ja bekanntlich der Guerilla gehört. Die Bevölkerung der nahegelegenen Ortschaft nutzte die kurzfristige Freiheit zu Umzügen, Newrozfeuern usw. Die wenigen im Ort verbliebenen Wachsoldaten unternahmen nichts dagegen; sie verbarrikadierten sich in ihren Wachstuben und hofften auf baldige Rückkehr der — notorisch erfolglosen — Suchtrupps. Dann gabs zwar meist Ausgangssperren und Festnahmen, aber dennoch: Die Menschen waren begeistert.....

1992 war alles anders: einerseits waren

die Feierlichkeiten erstmals seit 1923 nicht formell verboten; es gab also die Möglichkeit “legaler” Großdemonstrationen. Andererseits gab es aber auch die Möglichkeit, die gegen die türkische Besatzung demonstrierende Bevölkerung mit Waffengewalt einzuschüchtern.



Vorbereitung: Demonstrationenaufrufe und Morddrohungen

Im türkisch besetzten Teil Kurdistans sind etwa 2/3 der türkischen Armee stationiert. In den letzten zwei Monaten wurden diese Soldaten, die völlig von der Bevölkerung abgeschirmt wie in Gefängnissen gehalten werden, durch weiteren Truppen verstärkt. Der offiziellen Propaganda zufolge sollten diese der “Frühjahrsoffensive” der PKK entgegenreten. Für das Newrozfest wurde, unter anderem auch von Premierminister Demirel, ein hartes Vorgehen gegen “sezessionistische Umtriebe” angekündigt. Die PKK rief daher auf, sich unbewaffnet an friedlichen Kundgebungen zu beteiligen und dort mittels Parolen etc. den Willen nach nationaler Selbstbestimmung zu bekunden. Die PKK, die nach den Wahlen vom 20.Oktober 1991 der neuen Regierung mehrmals Verhandlungsangebote unterbreitet hatte, wollte am Neujahrstag in erster Linie ihre politische Kraft beweisen (ihre militärische ist offensichtlich).

21. März, Neujahrstag....

In fast allen Städten und Dörfern Kurdistans versammeln sich Menschen und singen, tanzen, entfachen Feuer. In vielen

Städten zogen die Menschen in Massendemonstrationen zu den am Stadtrand gelegenen Friedhöfen, um die Gräber im Freiheitskampf gefallener KurdInnen zu besuchen. So kam es in Nusaybin, Adana, Cizre und Van zu Kundgebungen/Feierlichkeiten von 25 000 und mehr Menschen. Aber auch

in vielen kleineren Städten und Dörfern (z.T. auch außerhalb Nordwest-Kurdistans) kamen Tausende Menschen zusammen, um ihren Freiheitswillen zu demonstrieren. Bereits das Hissen kurdischer Fahnen und das Rufen oben angeführter Parolen nahmen die “Sicherheitskräfte” zum Anlaß, in die Menge(n) zu schießen. Annähernd 100 Menschen wurden von der türkischen Armee getötet, hunderte von Frauen, Kindern, junge und alte Menschen wurden verletzt, tausende festgenommen.

In Sirnak kamen bei Auseinandersetzungen zwischen “Sicherheitskräften” und der Bevölkerung 10 Menschen ums Leben, über 50 wurden verletzt.

Der Vorsitzende des Menschenrechtsverbands von Diyarbakir schilderte die Situation in Cizre mit folgenden Worten:

“Es ist Kriegszustand. Die türkische Armee hat der Bevölkerung den Krieg erklärt. Heute Morgen haben sich 25 000 Menschen an fünf verschiedenen Orten der Stadt versammelt, um dann an den Grabstätten der gefallenen Guerilla-KämpferInnen zusammenzukommen. Doch die Armee hatte mit Panzern und ihren Einheiten alle Ein- und Ausfahrten von Cizre verbarrikadiert. Als wir in ihre Nähe kamen, haben sie plötzlich das Feuer auf uns eröffnet. Es gibt Tote und viele Verletzte. Sie fuhrten mit dem Panzer auf uns los. Ich habe selbst vor einigen Minuten mit einigen Vertretern der türkischen Armee gesprochen. Sie sagen, daß es von ihnen nicht abhängt. Sie hätten von Ankara den Befehl erhalten, bei einem Aufstand diesen niederzuschlagen. Auch haben wir den Funkverkehr zwischen dem leitenden Kommandanten in Cizre und einem General mitgehört. Der General befahl, alles niederzuschießen, was sich bewegt. Es ist Krieg.

Als wir noch auf der Straße waren, stand Uwe Helmke, Vorstandsmitglied der Grü-

nen in Bremen, neben mir. Ein Spezialkommando ging auf ihn los. Er ist verletzt, aber jetzt in Sicherheit.

Wir haben ähnliche Informationen über andere Städte. Besonders in Sirnak ist die Situation verheerend.

Ich möchte über euch alle politischen Parteien, Menschenrechtler, Menschenrechtsorganisationen und die Presse dazu aufrufen, nicht noch einmal einem Massaker am kurdischen Volk zuzusehen. Besonders sollte die deutsche Öffentlichkeit über die Waffengeschäfte seiner Regierung mit der Türkei informiert werden. Denn alle Schützenpanzer, Maschinengewehre, die das türkische Militär für die Massaker in Cizre und anderen kurdischen Städten eingesetzt, kommen aus Deutschland (...).

22. März

Von den Menschenrechtsbüros werden Listen der Festgenommenen zusammengestellt, in allen kurdischen Städten halten die meisten Händler ihre Geschäfte geschlossen. In vielen Städten gingen die Newroz"feierlichkeiten" weiter. Es gab wieder Tote und Verhaftungen.

In Nusaybin gingen am frühen Morgen an die 5000 BewohnerInnen aus Protest gegen die Massaker des Vortags auf die Straße. Noch vor Beginn der eigentlichen Demonstrationen fuhr Militär mit Panzer-

wagen auf die Menschen los und eröffnete das Feuer auf die unbewaffneten Menschen. Es werden 20 Tote und an die hundert Verletzte gezählt. Die in Kurdistan ohnehin prekäre medizinische Versorgungslage wird noch dadurch verschärft, daß Verletzte in den Krankenhäusern verhaftet werden. Viele Verletzte gehen daher nicht in die Spitäler.

Ähnlich in Hakkari und Yüsekova: Die Armee eröffnet das Feuer auf DemonstrantInnen; es gibt Tote und Verletzte.

23. März.....

In Sirnak unterbricht die Armee die Telefonverbindungen (das ist in Kurdistan nach Militäractionen üblich), um die Situation der BewohnerInnen vor der Welt zu verheimlichen. Die Stadt ist umstellt und wird Straßenzug um Straßenzug mit Panzern durchkämmt, beschossen und schließlich von Flugzeugen bombardiert. Artillerie-Einheiten der Armee werden von Diyarbakir in Richtung Sirnak in Bewegung gesetzt. Der Chefredakteur der "Nusaybin-Zeitung" erklärt, daß die Bevölkerung ein Massaker der Armee befürchtet.

In einer Aussendung des Kurdistan-Komitees heißt es, daß 30 000 Menschen im örtlichen Stadion festgehalten werden.

24. März.

Die Guerilla übernimmt die Kontrolle über die Straße von Cizre nach Sirnak und hindert dadurch die Armee, Sirnak völlig dem Erdboden gleichzumachen. Die Straße, mit Abstand die wichtigste der Region, ist Angelpunkt der Kontrolle über ein ganzes Gebiet.

Die Armee hingegen behauptet, die Guerilla hätte Sirnak angegriffen. Damit will sie das Bombardement der Stadt durch türkische Kampfflugzeuge international besser da stehen lassen. Die Guerilla selbst war aber nicht in der Stadt.

Den Widerstand gegen die Armee hatte die Bevölkerung der Stadt selbst getragen.....

Dassie dazu guten Grund hatte, wird aus dem Artikel über die Deportationspolitik am Beispiel Sirnaks in diesem TATblatt ersichtlich.

(1) Berge und Hügel im Umland von Städten und Ortschaften sind in Kurdistan verbotenes Gebiet. Als ideale Angriffspunkte auf — mitten im Ortsgebiet eingerichtete — Armeestützpunkte werden sie von Militärs bewacht. Verirrt sich einmal ein Schaf oder eine Kuh im verbotenen Gebiet, riskieren die, die sich auf die Suche machen, ihr Leben.

Deportationspolitik am Beispiel Sirnak (Nord-west-Kurdistan)

Während die österreichischen Medien von den Massakern in Kurdistan berichten, als ob diese völlig unerwartet gekommen wären, werden sie in Wahrheit schon lange vorbereitet. Nur vier Tage nach Beginn der "Kuweit-Krise" (2. August 1990) kündigte die türkische Regierung in einem Brief an den Europarat die Ausrufung des Ausnahmezustandes im ganzen Grenzgebiet zum Irak an. Ein solches Vorgehen ist für den Fall eines Krieges "völkerrechtlich gedeckt". Ab 6. August 1990 wurden also seitens der türkischen Regierung "Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in den Grenzregionen" ergriffen. Im November 1990 gibt es von 37 Dörfern der Region Sirnak nur mehr 9: "Die Dörfer sind evakuiert und dem Erdboden gleichgemacht. 81 kleinere Ansiedlungen sind menschenleer und zerstört. Im Landkreis Silopi sind die Dörfer Derebasi, Yaziköy und Basak zerstört worden. (...) Im Kreis Beytüssebab wurde das Dorf Kacit im Oktober 1990 überfallen. 100 Häuser wurden in Brand gesetzt, Heuschuber und Ställe angezündet. Ca. 300 Säuglinge aus den Dörfern (Hot

und Nivia) müssen den Winter nun in halboffenen Nomadenzelten verbringen. Neben den Dörfern werden auch die Existenzgrundlagen der Bauern zerstört. Die Wälder der Region sind abgebrannt. Auf der Hochebene Ciyaya Resd wurden über 900 Pistazienbäume in Brand gesteckt, auf Herekon und in der Umgebung des Dorfes Ekinkolu passierte das gleiche mit Obstbäumen und Weinbergen. Bei Pervari wurden 5000 Pappeln, 4 Tonnen Weizen und 20 Ställe in Brand gesetzt. In der Provinz Hakkari steckten Soldaten alle Bienenstöcke, die sie finden konnten, in Brand" (aus einem Bericht von "medico international").

Die Menschen flüchten entweder in die westlichen Großstädte (geben also ihr Land auf) oder versuchen in noch nicht betroffenen Ortschaften unterzukommen.

Die türkische Regierung nutzte die Chance, "völkerrechtlich gedeckt" ihre Deportationspolitik zu betreiben sehr gründlich. Bis Februar waren bereits 80 Dörfer in



der Umgebung Sirnaks verlassen und zerstört.

Nach Ansicht der meisten türkischen Politiker gibt es keine KurdInnen. Gibt es sie doch, so gibt es zumindest kein "KurdIn-

nenproblem", wie Premierminister Demirel letzte Woche mehrmals versichert hatte. Logische Fortsetzung des Spielchens: "Und gibt es doch ein KurdInnenproblem, so werden wir es militärisch lösen...."

'seht, in der Nacht waren die Terroristen da, und ihr habt uns nichts gesagt'. Die Soldaten nehmen uns unser Brennholz weg, sie wollen von uns Brot, Eier, Hühner und alles mögliche...." (Bericht einer Frau aus der Region Botan).



Die Deportation der Bevölkerung aus den Grenzregionen hat aber nur langfristig das Ziel, das "KurdInnenproblem zu lösen". Kurzfristig geht es der Armee um die Schaffung eines "Sicherheitsstreifens" entlang der Grenzen zum Irak und zu Syrien, um das Eindringen von Guerillas aus diesen Ländern (bzw. den Rückzug in diese Länder) zu verhindern. Daher also nutzte die Armee die ihr Gebotenen Möglichkeiten so weidlich aus.....

Leisten die BewohnerInnen der Dörfer Widerstand gegen die Deportation, so besetzten "Sicherheitskräfte" die Ortschaft: "Schon zehn Tage bevor wir unser Dorf räumen mußten, gaben sie uns nicht mehr die Erlaubnis, das Vieh auf die Weide zu treiben, unsere Kranken zum Arzt in die Stadt zu bringen und Lebensmittel zu besorgen. Sie zwangen schwangere Frauen zu tanzen, damit es zu Fehlgeburten kam. Sie haben uns sehr oft belästigt und gefragt, ob 'Terroristen' in unser Dorf gekommen seien. Sie haben Nachts auf unsere Häuser geschossen und am nächsten Tag gesagt:

An die Gouverneursbehörde Sirnak
(Brief des Dorfvorstehers des Dorfes Dönmezler/Region Sirnak)

In der ersten Maiwoche des Jahres 1990 ist das zum Bezirk Beytüssebap gehörende Dorf Dönmezler auf Wunsch und Befehl der Sicherheitskräfte vollständig geräumt worden. Das migrierte Volk hat sich vorübergehend mit Zelten an einem Ort in der Nähe der Gemeinde Uzungecit niedergelassen. Da wir unsere Hoffnung, ins Dorf zurückzukehren noch nicht aufgegeben hatten, haben wir die meisten Sachen in den Gebäuden im Dorf zurückgelassen.

Dann haben wir erfahren, daß am 21. August 1990 alle Gebäude des Dorfes Dönmezler mit dem darin befindlichen Inventar niedergebrannt worden sind. Mit dem Niederbrennen der 30 Häuser sind wir obdachlos gemacht worden und haben kein Auskommen mehr. Unsere Häuser und Gebäude sind aus uns unbegreiflichen Gründen niedergebrannt worden. Da dieser Fall des Niederbrennens tagsüber stattgefunden hat, wurde es auch von vielen Personen gesehen und beobachtet. Man kann sich vorstellen, daß wir durch die Vertreibung der Dorfbevölkerung und das anschließende Niederbrennen der Gebäude ins Elend gestürzt worden sind. Wir besitzen nicht soviel Land, daß wir uns außerhalb dieses Dorfes auf dem Boden der türkischen Republik ansiedeln könnten. Wir schildern ihnen die Lage hochachtungsvoll zur Kenntnisnahme.

23. August 1990

Am 28. Februar 1991 beschossen türkische Soldaten eine Kohlengrube 4 Km außerhalb von Sirnak. Dabei wurden 300 bis 350 Maultiere, die zum Abtransport der Kohle benötigt werden, getötet. Dies nahmen an die 3000 Menschen zum Anlaß für einen Marsch in die Stadt. Ziel: der Bezirksgouverneur; ihm sollten die Beschwerden der Bevölkerung vorgebracht werden.

Soweit kam es nicht: Militär hatte alle Ein- und Ausfahrten der Stadt verbarrikadiert. Songerkommandos eröffneten das Feuer auf die ankommenden (die BerichterstatteInnen betonen ausdrücklich, daß die regulären Soldaten in die Luft geschossen hatten). Zwei Menschen wurden getötet. Dieser Vorfall wurde Auslöser eines Volksaufstandes (kurdisch: Serhildan), der bis heute nicht niedergeschlagen werden konnte.

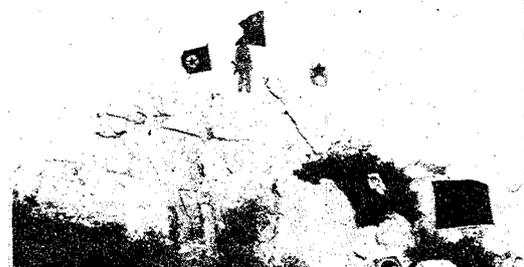
Schon zuvor war es zu einer "echten" Fluchtwelle gekommen. In der türkischen Öffentlichkeit herrschte die Ansicht vor, daß ein Krieg mit dem Irak jederzeit möglich sei. Die Regierung ihrerseits tat nichts, um dieser Meinung entgegenzuwirken. Der Angst vor dem Krieg verdankte sie schließlich die Möglichkeit, den Terror gegen die KurdInnen "legal" durchführen zu können.

In den Medien wurde mit der Angst der Menschen ein zynisches Spiel getrieben. Einerseits wurde immer wieder betont, wie groß die Gefahr eines irakischen Giftgas-Angriffs ist; andererseits wurde die Ausgabe von Gasmasken an die Bevölkerung verweigert. Der hohen Kosten wegen, so hieß es offiziell, könnten Masken nur an Militärs und hohe Beamte verteilt werden. Binnen weniger Tage nach Kriegsbeginn (17.1.1991) hatten drei Viertel der EinwohnerInnen Cizres oder Silopis ihre Stadt verlassen. Auch die Hälfte der 600 000 EinwohnerInnen Diyarbakirs suchten Schutz im Westen des Landes. Wieviele nach Kriegsende zurückgekehrt sind, kann nicht eruiert werden. Lokale Menschenrechtsorganisationen meinen aber, daß es nicht einmal die Hälfte der Geflüchteten zurückgeschafft hat: Besonders in den Grenzregionen waren RückkehrerInnen schwersten Repressionen ausgesetzt. Oft mußten sie tagelang am Straßenrand warten, und wenn sie tatsächlich ihre Dörfer erreicht haben, waren diese oft niedergebrannt.

Als Mitte Februar dieses Jahres große Truppenteile der türkischen Armee im Gebiet an der türkisch-irakischen bzw. tür-



kisch-syrischen Grenze stationiert wurden (die Truppenbewegungen mit Hubschraubern etc. verursachten riesige Lawinen), fand auch eine entgegengesetzte Bewegung statt. Die Angehörigen der türkischen Polizisten, Militärs und Beamten (Ärzte, Lehrer,...) wurden aus dem Gebiet Sirnak "evakuiert". Nicht zu Unrecht fürchtete daher die Bevölkerung der betroffenen Gebiete ein Massaker der türkischen Armee. Die Evakuierung sollte "Unglücksfälle" wie die Ermordung eventueller Angehöriger türkischer Soldaten verhindern: Käme das Militär in die Stadt, es würde nur mehr KurdInnen treffen.



Güneydogu Anadolu Projesi (GAP) "Süd-Ost-Anatolisches Projekt"

(TATblatt Wien)

Die "KurdInnenpolitik" der türkischen Regierung ist geprägt vom Willen, die KurdInnen als Volk mit eigener Sprache, eigener Kultur und eigenem Siedlungsgebiet zu vernichten. Die kurdische Sprache ist de facto verboten, die Ausübung der kurdischen Kultur wird als "Sezessionismus" nach dem Anti-Terror-Gesetz verfolgt, und das kurdische Siedlungsgebiet ist Operationsfeld diversester militärischer Spezialeinheiten. Aber offener Terror ist nur eine Methode, mit der ein um seine Freiheit kämpfendes Volk bekämpft werden kann; es kann auch aus dem Weg "gefortschrittet" werden.....

Die ersten konkreten Pläne der türkischen Regierung zur Deportation der KurdInnen stammen aus dem Jahr 1934. Das Gebiet der "Republik Türkei" wurde in drei Zonen eingeteilt.

Zone eins bestand ganz allgemein aus dem türkisch besetzten Teil Kurdistans: Dort wollte die Regierung türkische Nomaden ansiedeln, um so künstlich eine ihr wohl gesonnene oder zumindest gespaltene Bevölkerung zu schaffen.

Zone zwei umfaßte das Gebiet mit deutlich türkischer Bevölkerungsmehrheit. In solche Regionen umgesiedelten KurdInnen sollte jeder Boden für Widerstand entzogen sein.

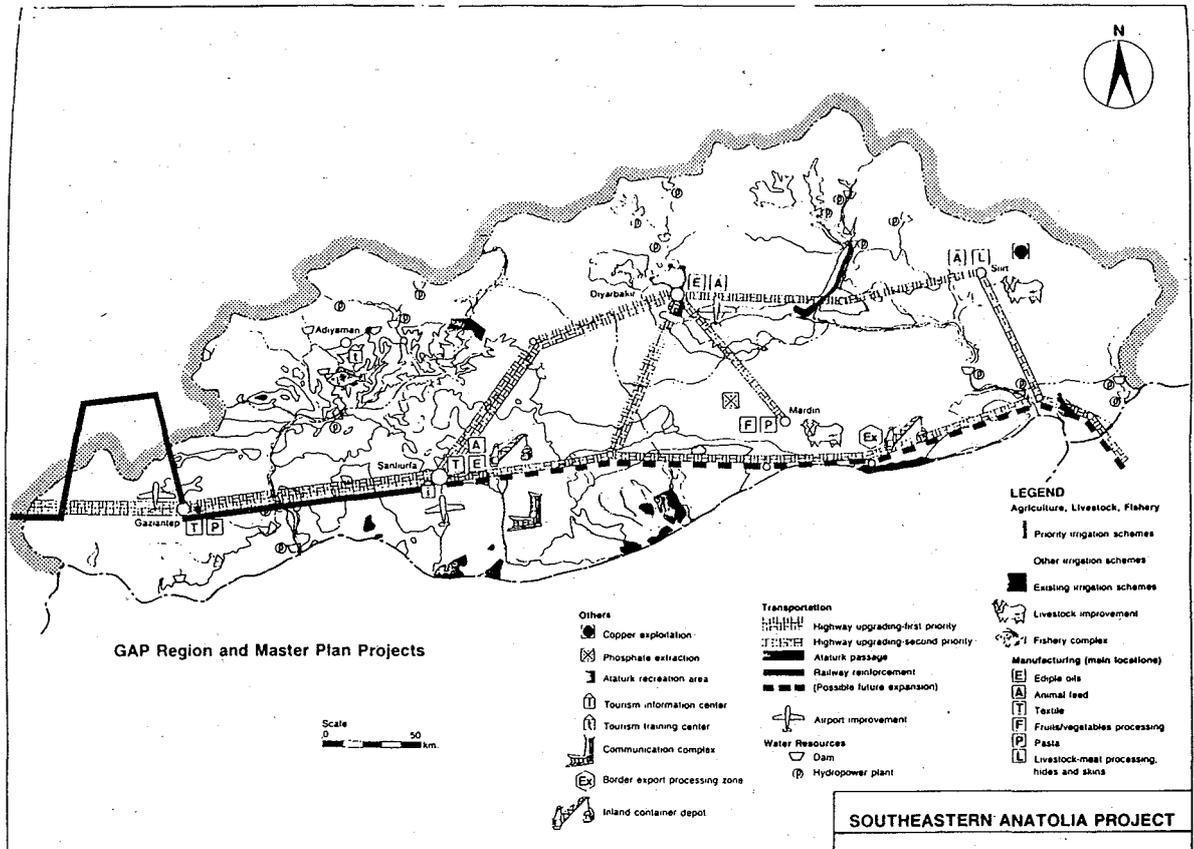
Zone drei schließlich gehörten all jene Regionen an, in denen sich Widerstandsgruppen unter der Bevölkerung großer Beliebtheit erfreuen konnten. Diese Regionen sollten gänzlich entvölkert werden! Dem Versuch der Regierung, diesen Deportationsplan umzusetzen, fielen an die 250 000 KurdInnen zum Opfer.

Aus etwa der gleichen Zeit stammen die

ersten Planungen für das sogenannte GAP-Projekt. Zwischenzeitlich eingeschlafen wurde das Projekt Mitte der 70er auf Anregung des Internationalen Währungsfonds wieder aus den Schubladen geholt. Nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 galt es als Garantie für Kredite multinationaler Konzerne und Großbanken. Die Mili-

Die Auswirkungen des Projekts

- Heute leben in der betroffenen Region 4,5 Mio Menschen. Wenn das Projekt im Jahre 2005 in seine letzte Entwicklungsphase tritt, sollen es bereits dreimal so viele sein.
- KurdInnen werden aber unter diesen 13 Mio nicht sehr viele sein, denn diese



tärjunta ließ sich vom japanischen Konzern "Nippon-Koli" einen "Masterplan" ausarbeiten, der die Grundzüge des GAP festlegen sollte.

GAP ist ein Plan zur völligen Veränderung Kurdistans: Eine Fläche von 74 000 Km² soll mit 21 Staudämmen und 17 Wasserkraftwerken überzogen werden. Aber GAP ist nicht nur ein Stromerzeugungsprojekt: Durch künstliche Bewässerung sollen Agroindustrielle Komplexe geschaffen werden, in denen drei mal im Jahr geerntet werden kann. An den Stauseen sollen Tourismus-Zentren mit Hotels und "europäischen" Freizeiteinrichtungen entstehen; und dazu die notwendige Infrastruktur, die zur Zeit nicht einmal in Grundzügen vorhanden ist: neue Flugplätze, bessere und leistungsfähiger Verkehrsverbindungen usw....

müssen der Großbaustelle, die 7/8 der Fläche Österreichs entspricht, weichen. Allein für den Atatürkstausee, nur eines von fast 100 Projekten, wurden 65 000 Menschen deportiert.

- Traditionelle Lebens- und Arbeitsbedingungen werden völlig umgekrempelt. Statt Kleinbauern werden Ingenieure Landwirtschaft betreiben. Aber die Ingenieure werden nicht aus Kurdistan kommen, denn im gesamten türkisch-besetzten Teil des Landes gibt es keine Schule, an der ein Ingenieur ausgebildet werden könnte.

- Die Umsetzung aller geplanten Projekte würde eine vollständige Änderung der Klima-Verhältnisse Kurdistans nach sich ziehen. Durch erhöhte Wasserverdunstung entsteht an einem der zwei bereits fertiggestellten Stauseen Nebel, der bisher in der Gegend unbekannt war. Die zur Errichtung der Projekte notwendige Abholzung der Wälder vermindert die Wasseraufnahme-

Fähigkeit des Bodens und ruft Vermurungen hervor. Der in Projektstudien vorgesehene Großeinsatz von Chemie in den agroindustriellen Komplexen wird noch das Seine tun: Der kurzfristig gewonnene Boden wird binnen weniger Jahre völlig ausgelaugt sein und absterben.

- Und schließlich müssen die für solche Großprojekte typischen Seuchen befürchtet werden. Die Assuan-Staudämme haben über 90% der im betroffenen Gebiet lebenden Bevölkerung Augenkrankheiten und zuvor unbekannte Infektionen beschert. Ein wirksames Gegenmittel ist bislang nicht bekannt!

Kurdistan am Stausee

Die offizielle Propaganda will GAP als Entwicklungshilfe-Projekt verkaufen. Endlich nimmt sich die Republik um den jahrzehntlang vernachlässigten "Südosten des Landes" an. Neue Produktionsstätten bringen neue Arbeitsplätze. Die neuen ArbeiterInnen schaffen wiederum neue Arbeitsplätze: Häuser, Schulen, Krankenhäuser müssen gebaut werden.

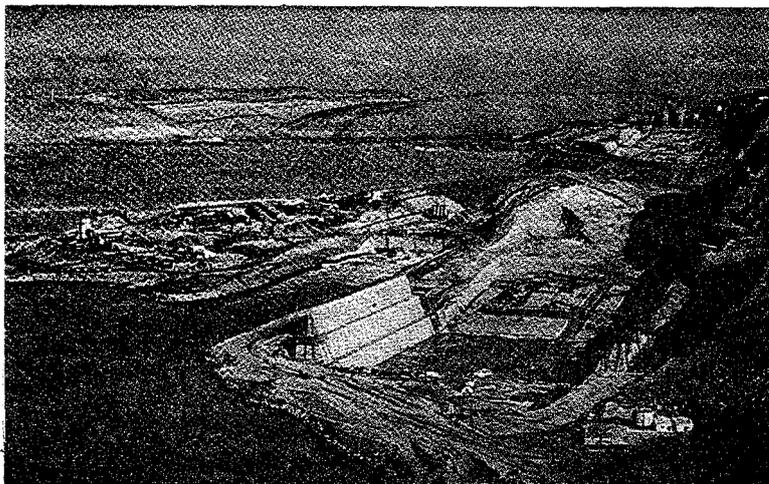
Die Regierungspropaganda hat mit der Realität nichts gemein: Der Atatürk-Staudamm, der zur Zeit gerade "angefüllt" wird, wurde praktisch von Sklaven errichtet. Für einen Mindestlohn mußten die Menschen in 12 Stunden-Schichten arbeiten, um die restlichen 12 Stunden des Tages als Gefangene in Barackensiedlungen zu verbringen. Rein rechtlich durften die ArbeiterInnen selbstverständlich in ihrer Freizeit das Gelände verlassen, durften auch jederzeit kündigen. Aber es gibt z.B. keine Busse, mit denen die Menschen in ihrer Freizeit irgendwohin fahren könnten; und in den Barackenlagern selbst versucht ein faschistischer Werkschutz für das zu sorgen, was er unter "Ruhe und Ordnung" versteht. Da kann es schon geschehen das ein Arbeiter, der vor Erschöpfung zusammenbricht, der Polizei übergeben wird.

Ein unmenschlicher Übergriff faschistischer Banden? Niemals: Der Betroffene ist bloß nach seinem Zusammenbruch entlassen worden und schließlich, als werksfremde Person vom Werkschutz aufgegriffen, wegen Besitzstörung der Polizei übergeben worden.... Alles im Rahmen von Recht und Gesetz! Es läßt sich erahnen, wie es jenen gegangen sein muß, die zu kündigen gewagt hatten: Auch sie waren ab dem Zeitpunkt ihrer Kündigung werksfremd.....

Der Fluß versiegt.....

....gleich zweifach: Der Euphrat, dessen Wasser vom Atatürk-Staudamm in einem eineinhalbfachen Bodensee (800km²) auf-

gefangen wird, ist wesentlich für die Wasserversorgung des "nahen Ostens". Sein Wasser ist der Ursprung jeglichen Lebens in der Region. Das GAP-Projekt hat somit nicht nur den KurdInnen gegenüber eine militärische Komponente. Schon die bereits



bestehenden drei Staudämme ermöglichen es der türkischen Regierung, dem Irak, Syrien, dem Libanon und auch Teilen Israels im wahrsten Sinne des Wortes "das Wasser abzudrehen". Nach Fertigstellung aller Teilprojekte werden die Regierungen dieser Länder in letzter Konsequenz am (Wasser)-Bändchen der türkischen hängen (scheint zumindest letztere zu hoffen). Militärische Auseinandersetzungen um das Wasser sind also vorprogrammiert!

Aber, auch der Geldfluß versiegt. Die multinationalen Konzerne scheinen die Durchführung des Großprojekts nicht für möglich zu halten und verweigern ihre Teilnahme. Ein eigens zur Durchsetzung GAPs eingerichtetes Ministerium (zwecks besse-

rer Optik wurde es mit einem Kurden besetzt) war nicht in der Lage, das notwendige Knödel aufzutreiben. Seit etwa zwei Jahren werden daher nur mehr die nötigsten Sicherungsarbeiten vorgenommen. Sicherlich auch ein Erfolg der PKK, deren Kampf die Region den Konzernherren als zu unsicher erscheinen läßt.

Mangels "weltmännischerer" Konzerne begeistern sich nun die Regierungen stellen in Ankara über den Einstieg weniger betuchter Unternehmungen: Mit einem als wahrhaft österreichisch zu bezeichnenden Gespür für totsichere Finanzgeschäfte (siehe Länderbank) hat es etwa die österreichische "Verbundgesellschaft" geschafft, eine 50%ige Beteiligung an der Verwaltung des Atatürkstaudamms zu ergattern.

Wenn das Projekt in wenigen Jahren wegen Geldmangel, Planungs- und Durchführungsfehlern und vor allem wegen des Widerstands der KurdInnen gekippt werden wird, wird es in Österreich sicherlich wieder einen Finanzskandal geben. Irgendwelche Vorstandsdirektoren werden in Pension gehen müssen usw.... (natürlich nicht der vielen Deportierten und Toten, oder gar der ökologischen Katastrophen wegen....). In Kurdistan aber könnte bis dahin ein Gebiet in der Größe der Benelux-Staaten in eine Wüste ohne BewohnerInnen verwandelt worden sein.



Guckuck! Hier sind wir wieder! Trotz Kriminalisierung pünktlicher denn je: **UNFASSBA Nr. 11/März/April 92!** Mit BKA-Siegel "staatsfeindlich", "Anarchie verherrlichend", "Sicherheit und Ordnung gefährdend", "öffentliche Aufforderung zu Straftaten", blablabla,...

48 Seiten: PANK, G7 in MS, WWG, Flüchtlingskampf, ANTIFA, Volkssport, Kriminaltango, COMIX,...

für 4 BriefMARK, ABO ab 20 DeEM, Wiederverk.: 30% Rabatt & Porto. **NUR IM DOPPELTEN UMSCHLAG!** Äußerer Umschlag: IGA, Düppelstr. 35, 4630 Bochum oder UWZ, Scharnhorststr. 57, 44 Münster. Innen jeweils: UNFI.

Österreich und die KurdInnen

(M. Novak)

- Verstaatlichte Firmen wie die VERBUNDGESELLSCHAFT, STEYR DAIMLER PUCH, die VOEST, BÖHLER-KAPFENBERG, SGP und die AMAG betreiben rege Geschäfte mit der Türkei. Die VERBUNDGESELLSCHAFT ist zu 50% an der ATATÜRK-STAUDAMM VERWALTUNG (GAP) beteiligt.

- Die Struktur der Handelsverbindungen Österreichs mit der Republik Türkei entspricht der eines Kolonialstaates zu (s)einer Kolonie. Österreich liefert Industriemaschinen, und erhält billiges Obst, das nur für den Export produziert wird. Es hilft mit dieser Handelsstruktur die politischen und ökonomischen Verhältnisse in der Republik Türkei (einschließlich der Unterdrückung und Ermordung der KurdInnen) zu stützen und zu reproduzieren.

- Österreichische Unternehmen lieferten Waffen sowohl an den Iran als auch an den Irak, die gegen KurdInnen eingesetzt wurden. Die irakischen Kurden werden mit Patronen einer von österreichischen Unternehmen gebauten Patronenfabrik getötet.

- Die österreichische Regierung ließ die Mörder des Sprechers der iranischen KurdInnen (Ghassemlou; 1989 in Wien ermordet) in den Iran entkommen.

- Sie unterstützte die bundesdeutsche Justiz in deren Bemühen, die PKK als "terroristische Organisation" zu brandmarken, in dem sie entgegen österreichischem Recht den anerkannten Flüchtling Ali Sapan an die BRD auslieferte. Der Paragraph, nach dem Sapan und 18 anderen KurdInnen in der BRD der Prozeß gemacht wird, existiert in Österreich nicht!

- Österreich betreibt auch gegenüber KurdInnen eine zynisch-restriktive Flüchtlingspolitik. Die Verfolgung der KurdInnen auf Grund ihrer Nationalität wird offiziell gelehrt. In Papieren des Innenministeriums werden KurdInnen den Gebräuchen der türkischen Regierung gemäß oftmals als "Bergtürken" bezeichnet, womit ihre nationale Identität verschleiert werden soll. Voraussetzung der "Anerkennung" als Kurde (noch nicht als Flüchtling) ist die Beherrschung der kurdischen Sprache, die seit 1923 verboten ist und daher von vielen nicht mehr erlernt bzw. gepflegt werden

kann.

Die "Betroffenheit" österreichischer Politiker, die "Ingangsetzung des KSZE-Mechanismus" durch Außenminister Mock, ist nichts als Zynismus. Im Jahre 1986 hatte Mock den türkischen Staatspräsidenten Özal zum Treffen der "Europäischen Demokratischen Union" nach Wien eingeladen und den erklärten Faschisten damit international "hoffähig" gemacht. 1989 erklärte Mock in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung, daß "an den Bemühungen der Türkei zur Festigung der Demokratie kein Zweifel besteht".

Den Krokodilstränen der österreichischen PolitikerInnen stellen wir unsere Forderung entgegen....

...KurdInnen und überhaupt alle Flüchtlinge haben ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Leben in Österreich. Ein Leben ohne Wohnungsnot, Ausbeutung am Arbeitsplatz und rassistische Angriffe!

Österreichische Unternehmen raus aus der Türkei und Kurdistan!

Die Abfallgrube — Kurdische Landschaften

(j.taechl)

Ende der achtziger Jahre stellte der kurdische Journalist Günay Aslan im türkisch besetzten Teil Kurdistans Untersuchungen über das Vorgehen der militärischen Spezialtruppen gegenüber verhafteten KurdInnen und WiderstandskämpferInnen an. Die Ergebnisse seiner Nachforschungen veröffentlichte er, zusammen mit der Geschichte der KurdInnen unter türkischer Herrschaft, 1990 in seinem Buch "Üniformali Kasaplar", welches sofort nach dem Erscheinen verboten wurde.

Die vorliegende deutsche Übersetzung des Vereins Wergeran (kurd. für ÜbersetzerInnen) macht jetzt Aslans Forschungen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich.

Kurdische Landschaften

"Ich heiße Sevdin Dagtekin. Ich arbeite bei der städtischen

Strassenreinigung in Siirt. Für den Transport der Leichen zur Abfallgrube arbeiten die Regimentskommandantur und das Stadtpräsidium oft zusammen. Da müssen auch wir mitmachen. So habe ich schliesslich meinen eigenen Neffen Hamit Daglekin in die Abfallgrube



werfen müssen. Den Befehlen musst du gehorchen, sonst machen sie das Gleiche mit dir. Wie soll man dabei Mensch bleiben?" Zeugenaussage von S. Dagtekin

"Als Sondergouverneur ha-

be ich wichtigeres zu tun, als mich mit toten Terroristen zu beschäftigen. Für die Öffnung der Abfallgrube bin ich nicht zuständig, da müssen sie sich an den Staatsanwalt von Siirt wenden." H. Kozakcioglu, Sondergouverneur

"Von 6 Uhr abends bis morgens 8 Uhr war Ausgangssperre. Wir hatten Schießbefehl. Gleichgültig, wer es war, alle, die gegen die Ausgangssperre verstießen, durften erschossen werden. Später konnte niemand etwas nachweisen. Im Gegenteil, man wurde dafür sogar belohnt. Die Belohnung bestand aus Geld und Erfolgszeugnissen aus Ankara." Idris Tepeboga, Soldat in Spezialtruppen

"Heybet Timurtas, wohnhaft im Dorf Agacyurdu im Kreis Erüh. Ihre Behauptung: "Mein Mann Bedrettrin Timurtas wurde von einem Hauptmann umgebracht, der eine ins Dorf einmarschierende Militäreinheit kommandierte. Seine Leiche wurde mir nicht übergeben, sondern in die Abfallgrube geworfen." Auszug aus einem Protokoll

"Ich heiße Hasan Özkurtar.

Ich bin Chauffeur. Als ich an einem Tag mit meiner Freundin zusammen im Minibus unterwegs war, sah ich mit eigenen Augen, wie bei Newala Kasaba aus dem Müllwagen der Armee eine Leiche in die Grube geworfen und mit Abfall zugedeckt wurde. Die Haare des Toten waren blond, und er trug Blue Jeans." Zeugenaussage von H. Özkurtar

"Weil es heute immer noch schwierig ist, eine Untersuchung wie diejenige über Newala Kasaba durchzuführen, bekommt die von Günay Aslan gemachte eine so große Wichtigkeit. Heute haben wir die Situation, daß Untersuchungen, so wertvoll sie auch wären, wegen der vielen anderen anstehenden Probleme nicht gemacht werden können." Yavuz Binbay, Präs. Menschenrechtsverein Van

"Die Abfallgrube", Kurdische Landschaften ist für 13 SFR. plus Porto über folgende Anschrift zu bestellen:

Pinkus-Genossenschaft
Postfach Froschaugasse 7
CH-8025 Zürich

Frauengefängnis Schwarzaau: Von 7 BeamtInnen mißhandelt

Seit gut einem Jahr sitzt Grazyna im Frauengefängnis Schwarzaau ein. Verurteilt wurde sie wegen angeblichen "Raubüberfalls mit Gasspray" zu 5 Jahren Haft. Ihre Version des "Tatherganges": Sexueller Übergriff auf sie.

Vegangenen Herbst, während der Verbüßung ihrer Haft kam es zu einem neuerlichen Übergriff gegen sie — wieder bekam sie die Strafe dafür.

(Arbeitskreis Schwarzaau, TATblatt-Wien)

Die Urgeschichte

Der Zeuge behauptete, Grazyna habe unter Hilfenahme von Tränengas öS 3.000.- von ihm erbeutet. Die beschuldigte Frau sieht das anders: Der Mann habe sie in der nächtlichen Mariahilfer Straße massiv sexuell belästigt; es kam zu einer tätlichen Auseinandersetzung. Grazyna konnte fliehen und sich in einem Lokal verstecken — bis die Polizei kam.

Für das Gericht war klar, daß sie Täterin — und nicht etwa Opfer — sein mußte, denn sonst wäre sie ja nicht geflohen, sondern hätte sich vertrauensvoll an die Polizei gewandt. Da nutzte es ihr auch nichts, daß sie angab, ohnehin um Hilfe gerufen und den Polizeieintruf nicht gekannt zu haben und außerdem für ein Telefonat zu wenig gut deutsch gesprochen zu haben. Geglaubt wurde dem Mann, nicht ihr. Urteil: 5 Jahre Haft.

Die Vorgeschichte

Am 9. August 1991, während der Verbüßung ihrer Haft, soll eine Leibesvisitation bei ihr durchgeführt werden, da vermutet wird, daß sie Briefe einer anderen inhaftierten Frau bei sich trägt. Es sind fünf Justizwachebeamtinnen (JWB) anwesend. Grazyna weigert sich, die Briefe an die anwesenden JWBs herauszugeben und erklärt, diese nur an den Anstaltsleiter, bzw seine Stellvertreterin auszuhändigen, da dies eine Privatsache sei. Daraufhin werden als Verstärkung zwei männliche JWBs gerufen, welche Grazyna an den Armen halten, eine weibliche JWB reißt sie an den Haaren. Grazyna versucht, sich zu wehren. In der Folge werden ihre Jogging- und Unterhose zerrissen, um an die Briefe zu gelangen (inzwischen war noch ein dritter männlicher Beamter eingetroffen).

Als sie die Briefe haben, solle Grazyna in die "Korrektur" (Zelle ohne Bett und Wasser) gebracht werden. Sie läuft aus dem Dienstzimmer auf den Gang, die JWBs folgen und schlagen auf sie ein. Zu guter (!) letzt liegt sie am Boden, eine JWB hält sie an den Haaren eine andere steht auf ihrer Hand, die restlichen treten und prügeln auf sie ein. Sie wird in die Totalisolation gebracht, wo sie einige Tage ohne ärztliche Versorgung verbringen muß. Der Anstaltsarzt stellt später mehreren Verletzungen an ihr fest.

Die JWBs lassen sich vom Arzt "Schmerzen im kleinen Fingergelenk", "Schmerzen im Hüftbereich" oder ähnliches bestätigen, in der Folge wird Grazyna wegen "schwerer Körperverletzung" und "Widerstand gegen die Staatsgewalt" angezeigt.

Die Prozesse

Beim Prozeß am 22. November in Wiener Neustadt erklärte eine JWB zum Vorfall: "Wir haben gehofft, sobald die Männer da sind, gibt sie's doch her (die Briefe; Anm. TATblatt)".

Grazyna gab an, daß sie nach den Vorfällen im Dienstzimmer freiwillig in ihre Zelle zurückgehen wollte. In die Korrekturzelle wollte sie nicht gehen, weil sie nicht einsah, warum. Als sie das Dienstzimmer verlassen wollte, versuchte ein männlicher JWB sie weiterhin an den Händen festzuhalten; sie habe Angst gehabt, er wolle sie schlagen. Sie sagte zu ihm: "Was willst du von mir, du österreichisches Schwein?" Sie habe sich verteidigen bzw den Schlägen und Tritten ausweichen wollen, um nicht schwere Verletzungen zugefügt zu bekommen. Auf das Argument der Anklage, sie sei gefährlich, weil sie Kick-Boxerin sei, antwortete sie: "Hätte ich aktiv geschlagen, hätten sie nicht nur Hautabschürfungen gehabt".

Das Urteil: 3 Monate unbeding. Als mildernd führte der Richter an, daß Grazyna der Vorfall leid tat; außerdem stellte er Wi-

dersprüche in den Aussagen der JWBs fest.

Für den Staatsanwalt (der übrigens während der Verhandlung von der Oberstaatsanwaltschaft ausgetauscht worden war) war das Urteil zu mild, er ging in Berufung.

Beim Prozeß in der nächsten Instanz (im Wiener Justizpalast) am 17. März 1992 gab das Gericht unter Hinweis auf das "unbotmäßige Verhalten" der Angeklagten ("fresche Antworten", "Beschmieren der Hausordnung mit 'In Österreich sind alle Idioten'") der Berufung statt. Originalton des Vorsitzenden Ortis: "Die Ordnung in der Justizstrafanstalt muß gewährleistet werden".

Urteil: 5 Monate unbeding.

Dieser Vorfall in Schwarzaau stellt nur die Spitze eines Eisberges dar und beleuchtet die Haftsituation im Frauengefängnis, die durch Repression, menschenunwürdige Behandlung und ausgeprägten Rassismus gekennzeichnet ist. Das TATblatt wird versuchen, vom Arbeitskreis Schwarzaau wieder einmal einen ausführlichen Artikel über die Situation in der STVA Schwarzaau zu bekommen.

Vorankündigung: Für den 8. Mai ist eine Demo beim Gefängnis Schwarzaau geplant.

Treffpunkt: 17.00 Uhr, Frauenzentrum (Wien 9, Währingerstraße 59)

Spendenkonto Arbeitskreis Schwarzaau:
CA 6062 03 87898

Heilige contra Unheilige PiratInnenradio in Innschbruggck

(TATblatt-Tirol)

Seit Herbst 1991 gibt es auch in Innsbruck mehrere Gruppen, die gemeinsam den PiratInnensender "RADIATOR" betreiben. Zur Zeit wird jeden Freitag ab 18 Uhr auf der Frequenz 100,1 FM im Innsbrucker Raum gesendet.

Anfängliche technische Schwierigkeiten konnten erst nach längerer Zeit behoben werden, sodaß die Gruppe mit Jänner 1992 einen kontinuierlichen Sendebetrieb aufnehmen konnte. Nachdem der Kurier mit einem Artikel ("Piratensender narrt Post und Polizei") das Projekt "Freies Radio Innsbruck" bekannt machte, sah sich die Post genötigt zu reagieren. Wochenlang wurden die PiratInnensendungen mit dem Programm von Radiö Vatikan überlagert (darauf können nur Tiroler kommen; Anm.

Tb-Wien), womit die Post in Innsbruck zum best-ausgerüstetsten illegalen Radiosender wurde. Es bleibt abzuwarten, wie lange es die Post wagt, mit illegalen Mitteln ein "Freies Radio Innsbruck" zu verhindern.

Vor kurzem wurde bei einer Aktion scharf von Post und Polizei versucht, die Radio-PiratInnen beim senden zu stellen. Diesen gelang jedoch im letzten Augenblick samt technischen Gerät die Flucht. Bei dieser Aktion wurde eine unbeteiligte Passantin von Post und Polizei gejagt und perlustriert. Einer der Postbediensteten ließ sich in seinem Übereifer zur Aussage hinreißen: "Des nägste mol schiaß i dir mit'm Revolver noch!"

DIE PIRATINNEN SCHIESSEN ZURÜCK: FREITAG 18 UHR FM 100,1

nach der aktions und streikwoche:

Tja, nachdem nun die Aktionswoche (von einer Streikwoche zu sprechen wäre maßlos übertrieben) vorüber ist und wir selbige groß angekündigt haben (Tb-34), schulden wir euch ja nun einen Bericht darüber. Eigentlich wollte ich gerade das letzte Plattform-Flugi abtippen (gäh!!), wobei ich auf ein paar Formulierungen gestoßen bin, die ich so nicht teilen kann. Es geht dabei um die Einschätzung der Aktivitäten vom 16. bis 20. März. Kurz zur Chronologie: Es begann am Montag mit der Besetzung des Audimax der Uni Wien..., das Audimax blieb bis Freitag in unserer (zugegebenermaßen großen) Hand. Die ganze Woche über fanden zahlreiche Aktivitäten an selbigem Orte (in unserer Hand...) statt: Podiumsdiskussionen, Vorträge, Videos, Musik, etcetera etcetera. Dezentral gabs auch an einigen Instituten (Gewi, Gruwi) Veranstaltungen. Die Dienstagdemo, die unter dem Motto "Gegen Sozialabbau" die UOG-Reform vollständig ausgeklammert hat und von der AG/ÖH getragen war, war mit ca. 12.000 die teilnehmerInnenstärkste, wobei die AG es einmal mehr verstand, die "revolutionären Massen" zu zähmen und sie mit Beatles und "99 Luftballons" dermaßen einzulullen, daß die so geschwächten und orientierungslosen nicht einmal bemerkten, daß ihnen bereits vorab vereinbarte Ergebnisse als Erfolg im "Kampf" gegen ministerielle Willkür verkauft wurde. Ebenso reibungslos verlief auch die Zusammenarbeit von AG und Kieberern, wodurch es gelang den Demobus der Plattform von der Demo zu "isolieren." Es wäre aber zu einfach, alle Mißstände auf dieser Demo und in der Woche überhaupt auf die zweifellos "böse" AG, die "bösen" Bullen, den "bösen" Minister etc. abzuwälzen. Die AG und andere konnten ihr Programm hauptsächlich deshalb durchziehen, weil wir zu schwach, zu unentschlossen, zu ..., waren, um selbst in die Offensive zu gehen. Die Plattformdemo am Donnerstag war zwar zahlenmäßig deutlich schwächer (ca. 2.000), doch dank der aktiven Unterstützung durch die Schülerinnen und Schüler, die als künftige Betroffene gegen den Ausverkauf der Unis an die Konzerne protestierten, wurde diese Demo ein Erfolg. So wurde auch durch die Wahl der Demoroute (Börse—Industriellenvereinigung—Bundeswirtschaftskammer—Partei zentralen) zum Ausdruck gebracht, welche Interessen hinter dieser UOG-Reform stecken und daß ein "bunter Vogel" vom Minoritenplatz noch kein Uni-Frühling macht...

Zu den SchülerInnen wäre noch zu sagen, daß diese teilweise angesichts versperrter Schultore durchs Fenster abhauen mußten, um zur Demo zu gelangen und daß

diese jetzt möglicherweise mit Disziplinarmaßnahmen zu rechnen haben (ganz viel Liebe & Kraft an die SchülerInnen).

Es gab auch zarte Ansätze, mittels Verkehrsblockaden am Ring die Aktivitäten vom Audi Max hinaus auf die Straße zu verlagern und damit Öffentlichkeit zu schaffen, allerdings haben wir dieses Instrument nur ungenügend genutzt, was unter anderem auf mangelnde Militanzbereit-



schaft der AktivistInnen zurückzuführen ist. Soweit zur Uni Wien.

Von anderen Unis können wir leider nur wenig berichten, wobei ich auch schon beim nächsten Punkt der Kritik bin: Die TU hat zwei(?) Tage gestreikt, hat es aber nicht geschafft, die Veranstaltung, wo ein gewisser Busek aufgetreten ist, und dankbares Publikum gefunden hat, zu verhindern. An der BOKU Wien wurden geplante Veranstaltungen von ÖH-Vertretern abgewürgt. Linz: Straßenbahndemo; Salzburg: Die ÖH der Uni Salzburg solidarisierte sich in einem Protestschreiben mit den BesetzerInnen in Wien. Graz: Teilweise wurde gestreikt, bei der Demo, an der ca. 1500 Studis teilnahmen, wurde eine Wahlkampfveranstaltung der H. Schmidt quasi überrannt! (HEHE) Und das war's dann auch schon...

Wenn Mensch sich allerdings an die diversen Vorbereitungstreffen der Plattform erinnert, entstand damals ein völlig anderer Eindruck. Da kamen Zusagen aus Innsbruck, wo scheinbar gar nichts gelaufen ist, aus Salzburg (siehe oben) und aus allen anderen Uni-Städten (außer Leoben). Hinzu kommt noch, daß die Plattform, die von 12 der 18 Hauptausschüsse (6 Akademien + 12 Unis) unterstützt wurde (zumindest auf dem Papier), diese Tatsache politisch nicht umsetzen konnte und es somit weiterhin den meisten Menschen völlig unklar bleibt, wer oder was jetzt die ÖH ist.

Womit teilweise ein anderer Kritikpunkt vorweggenommen ist — nämlich die Organisation. Ich meine damit zum einen die

Unverbindlichkeit der Vorbereitung, d.h. wer welche Aufgaben übernimmt, die dann konkret auf einigen wenigen Menschen hängengeblieben sind, was zur Überlastung und damit verbundenen Frustration bei diesen Leuten geführt hat. Zum Anderen meine ich damit die dezentrale Ausrichtung der Aktivitäten, wo Mensch sich in der Vorbereitung einig war und was sich in der Folge nach meiner Einschätzung als Irrtum bzw. als Überschätzung der eigenen Kräfte herausgestellt hat. Dh. die Institutsgruppen, StRVs haben überwiegend an den jeweiligen Instituten gearbeitet, was dazu führte, daß die Programme von Audimax und Instituten sich zeitweilig überschneiden haben und zu anderen Zeiten das Audimax nahezu leer war, was für interessierte Studis nicht unbedingt eine Motivation war, ins Audimax zu kommen. Was noch negativ aufgefallen ist und auch innerhalb der Plattform zu Selbstkritik geführt hat, war die schlechte Ankündigung der Aktionswoche — geplant war, zwei Wochen vor dem 16.3. zu beginnen, tatsächlich ist die Mobilisation erst wenige Tage vor dem 16.3. angelaufen. Es ist mir schon klar, daß Mensch alle diese Kritikpunkte

nicht losgelöst von der weitverbreiteten Passivität und Konsumhaltung vieler Studis sehen kann und daß ein großer Teil der StudentInnen einfach uninteressiert ist (zT. auch aufgrund mangelnder Information) bzw. sich deren Interesse bloß auf die eigene Karriere richtet. Doch gerade dieser Umstand sollte dazu führen, unsere Aktivitäten weiter zu verstärken — vor allem in Blickrichtung UOG-Reform (siehe TATblatt - 37). Zum Abschluß noch etwas Positives — und zwar die Zusammenarbeit mit den SchülerInnen, deren Wichtigkeit gar nicht genug betont werden kann. (Der Person, die diese Koordinierung nahezu alleine zustande gebracht hat, gebührt hier der entsprechende Dank.)

So, trotz aller Unkenrufe: ES GEHT WEITER!

TERMINE:

Arbeitskreis "Wunschuni": jeden Freitag 12h GEWI

Theatergruppe zur Uni Reform: bitte Gewi anrufen und fragen

Arbeitskreis "Plakat kreativ": jeden Do 15h SOWI

Arbeitskreis "Formen politischen Ausdrucks": Gewi anrufen

Radiogruppe (Radio Audi Max): jeden So 18h30 GEWI

Wienweite Plattform: jeden Mi 16h GEWI

alle INFOS: GEWI 43 93 54

STREIKVIDEO: 8.4., 20h Informatikhörsaal (Porr Haus)

DAS "GERECHTE" URTEIL

Am 25.3. fand im Landesgericht der letzte Prozeßtag gegen Heiko, Hubert und Peter statt. Alle drei wurden angeklagt, am 7.10.90 gemeinsam mit unbekannt anderen die Scheiben der Länderbank am Währingergürtel entfernt und eine Parole gesprayed zu haben. Peter soll zudem bei einer Veranstaltung der Initiative Neue Linke (INL) am 5.4.90, die erst durch den Einsatz einer Alarmabteilung ermöglicht wurde, zwei Polizisten schwer verletzt haben, einen Polizeiwagen beschädigt und sich seiner Festnahme zu entziehen versucht haben.

(G. Walt)

In erster Instanz ist der Prozeß also jetzt entschieden. Die Richterin Dr. Brigitte Zeilinger fällt ihr "gerechtes" Urteil. Sie befand alle drei Angeklagten in allen Punkten für schuldig. Das heißt für Peter 10 Monate unbedingt und für Hubert und Heiko jeweils 4 Monate bedingt auf drei Jahre. Sie hielt sich damit genau an die Vorgaben des Staatsanwaltes Dr. Sepp Dieter Fasching, der seine geistige Abwesenheit während der Plädoyers der Angeklagten damit begründete, sich auf einen wichtigeren Prozeß vorbereiten zu müssen. Begründet hat sie ihr Urteil damit, alle geforderten Zeugen geladen zu haben, alle eingehend befragt zu haben, sich stundenlang Aussagen und nicht zuletzt die politischen Manifestationen der Angeklagten angehört zu haben. Nach all dem sei die Schuld der Angeklagten hinreichend erwiesen. "Wer das Urteil für ungerecht hält, muß an Verfolgungswahn leiden" (Schlußzitat von der Richterin).

Lassen wir also unserem Verfolgungswahn freien Lauf:

Zunächst zu dem Teil mit der INL-Veranstaltung. In jedem Punkt steht hier Aussage gegen Aussage. Ein Polizist behauptet, von Peter ins Gesicht geschlagen worden zu sein. Der einzige, der das gesehen hat, war eben der angeblieh geschlagene Polizist. Keiner seiner Kollegen hat diese Handlung wahrgenommen und Peter sagt, daß er das nicht war. Dieser Polizist war im übrigen so schwer verletzt, daß seine Nase stark blutete, was ihn aber nicht daran hinderte, die Verfolgung aufzunehmen. Er behauptet auch steif und fest, Peter die Vermummung vom Kopf gerissen zu haben, nämlich eine Sturmhaube. Eine solche hatte Peter jedoch nie aufgehört. Wie mehrere Zeugen bestätigten, hatte er eine Kapuze und ein Halstuch als Vermummung verwendet. Dies sagte sogar eine Zeugin der INL aus und es ließ sich auch anhand eines Photos beweisen. - Aber Peters Schuld ist hinreichend erwiesen.

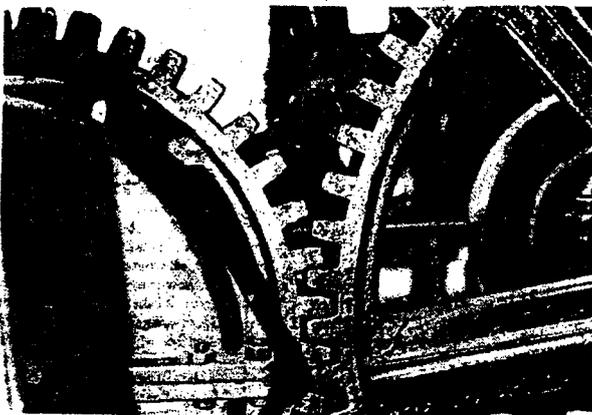
Einem anderen Polizisten soll er den Finger dermaßen verdreht haben, daß dieser über einen Monat im Krankenstand war. Die Tat hat wiederum nur dieser eine Polizist mitbekommen. Keiner der in nächster Nähe stehenden Kollegen konnte sich daran erinnern.

Dann hat er Widerstand geleistet gegen seine Festnahme. Andere Zeugen haben aber gesehen, wie sich mehrere Polizisten

auf Peter geworfen haben, ihm die gesamte Oberbekleidung vom Leib gerissen haben, zum Teil vereint auf ihm saßen und ihn minutenlang geschlagen haben. In dieser Situation hat er sich nicht mehr wehren können - oder, wie ein Zeuge aussagte: "Der war k.o., der hat nichts mehr machen können." Einem Photographen, der die Festnahme in seiner Kamera festgehalten hatte, wurde von Polizisten der Film aus der Kamera gerissen - warum wohl?

Als ihn die Polizisten dann in den Streifenwagen werfen wollten - er hatte mittlerweile Handschellen am Rücken - soll er mehrmals gegen den Wagen getreten haben. Das haben ausnahmsweise zwei Polizisten gesehen - die beiden zuvor Verletzten!!!

Aber seine Schuld ist hinreichend erwiesen.



Besonders hervorgeraten hat sich in diesem Prozeßteil der Privatbeteiligtenvertreter der INL, Dr. Siegfried Hettegger, der sich in seinem Plädoyer nicht entblödete, die VeranstaltungsgegnerInnen mit den Nazis zu vergleichen und vor der Abschaffung der Meinungsfreiheit zu warnen. Dann forderte er eine harte Bestrafung von Peter!!!

Absurd wurde der Prozeß dann, was die Beschädigung der Länderbank betrifft. Bei den Belastungszeugen handelte es sich um 6 Beamte der EBT (Einsatzgruppe zur Bekämpfung des Terrorismus), die an diesem Wahlsonntag auf Streife waren. Sie behaupten, in der Nähe der Bank eine Gruppe wahrgenommen zu haben, die sie der "Anarchoszene" zuordnen konnten und die sie deshalb vorsorglich observierten. In dieser Gruppe, die dann die Scheiben eingeschlagen hätte, hätten sie eindeutig Peter und Hubert identifizieren können. Allerdings waren die beiden nach den Angaben mehrerer Zeugen zum Tatzeitpunkt auf einem Wahlfest der Grünen. Darauf einzugehen hielt die Richterin nicht weiter für nötig. Die EBTler kannten Peter und Hubert im übri-

gen schon länger und bei Peter war das auch nicht der erste Versuch, seine Kriminalisierung durchzusetzen. Die Version der Angeklagten, wonach einer der EBTler nach der Tat ins nahegelegene WUK gegangen sei (dort war das Wahlfest), in welches er angeblich Täter flüchten sah und dort dann halt Peter und Hubert gesehen habe und sich gedacht hätte, denen das sicher anhängen zu können, diese Version wurde von der Richterin einfach abgetan - der EBTler brauchte nicht einmal auf die Frage antworten, ob er im WUK gewesen sei.

Der dritte Angeklagte, Heiko, wurde an jenem Abend festgenommen. Allerdings nach der Aktenlage erst ca 10 Minuten nach der Tat, aber nur ca 300 Meter entfernt, was die behauptete Verfolgungsjagd mit anschließender Festnahme doch reichlich unglaubwürdig erscheinen läßt. "Sie sind halt festgenommen worden", meinte die Richterin denn auch zu Heiko, was wohl nahelegen soll, eine Festnahme sei DER Schuldbeweis.

Interessant an dem Prozeß war noch, daß die Tatzeugen ausschließlich EBTler waren. Unabhängige Zeugen konnten angeblich keine ermittelt werden, obwohl ein "unbekannter Pasant" auf einem Wachzimmer Anzeige erstattet hat - es wurde dort nur leider vergessen nach seinem Namen zu fragen. Auch Zeugen, die sich über die im Miami-Vice-Stil durchgeführte Festnahme aufregten, wurden nicht nach ihren Namen gefragt. Das Funkprotokoll des 7.10.90 existiert natürlich auch nicht mehr - denn es hätte ja womöglich Auskunft gegeben über das, was an dem Abend wirklich los war.

Aber auf das alles war die Richterin zu keinem Zeitpunkt bereit, näher einzugehen, ebensowenig wie auf die von den Angeklagten aufgedeckten Widersprüche. "Strafprozesse leben nun einmal von ihren Widersprüchen" war ein häufig gebrauchter Satz. Sehen wir uns doch mal exemplarisch einen dieser Widersprüche an:

In der Festnahmemeldung von Graf (EBT) und Hofbauer (EBT), verfaßt noch am 7.10.90, heißt es: "Unter den Tätern konnte ein Mann mit dunklen Schnürstiefeln und schwarz-roter Jacke wahrgenommen werden." Das bezieht sich auf Heikos Kleidung, wobei es doch schon recht unglaubwürdig klingt, das ihnen ausgerechnet die Stiefel ins Auge gestochen sind. Im Bericht von Werderits (EBT), Graf und Hofbauer findet sich ziemlich der selbe Satz. Dieser Bericht wurde ebenfalls noch am 7.10 verfaßt.

Allerdings ist ziemlich unklar, wer diesen Mann in der Gruppe wahrgenommen haben will, denn der findet sich weder in der Niederschrift von Werderits, noch in der von Hofbauer, die drei Tage später verfaßt wurden. Dort findet sich allerdings bei Hofbauer der folgende Satz: "Zur Situation bei der Festnahme möchte ich sagen, daß ich sowohl den Mann mit der schwarz-roten Jacke verfolgte, als auch (Peter) wieder sah. Im Bereich Währingerstr. - Schlagerg, kam (Peter) gemeinsam mit (Heiko) auf mich zu." Im Prozeß am 6.3.92 wird er von den Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß das wohl nicht möglich ist. Er kann einen Täter nicht einerseits verfolgen und ihn dann festnehmen, weil er auf ihn zugeht. Außer er hat den Täter bei der Verfolgung überholt, was er jedoch verneint. Er sagt dann: "und ich hatte einen Rückstand von etwa 150 Metern. Ich bin dann runtergelaufen die Währingerstr. Richtung stadteinwärts und in der Schlagerg, ist der (Heiko) auf mich zugelaufen gekommen und ein Kollege, der ihm nachlief." Jetzt gibt er auch zu, Heiko dort das erste Mal wahrgenommen zu haben. Also nichts mehr mit Mann in schwarz-roter Jacke am Tatort!

Peter konfrontiert ihn dann mit seiner ersten Aussage, nach der ja auch Peter aus der Schlagerg, gekommen sein soll und er ihn demnach nicht die Währinger runter verfolgt haben kann. Die Richterin muß ihm helfen und fragt ihn, ob er sich vielleicht damals besser erinnern konnte. Sichtlich dankbar sagt er: "Damals habe ich mich besser erinnert." Da es jedoch außer seiner am 10.10.90 verfaßten Niederschrift keine weiteren von ihm festgehaltenen Erinnerungen gibt, kann das wohl nur heißen, daß er sich besser erinnern konnte, als er die eben zitierte Falschaussage zu Papier brachte.

Aber noch einmal darf er sich verbessern. Nachdem er Heiko und Peter zuerst verfolgte, ihnen dann entgegenlief faßt er nun zusammen: "Über den Gürtel seid ihr vor mir hergelaufen und ihr dürfted dann rechts abgebogen sein. Da ist ein Kollege hinter euch nach. Ich bin gerade die Währinger runtergelaufen."

Sein Kollege Graf hat da allerdings auch noch was dazu zu sagen: "(Heiko) war bei der Gruppe dabei, der ich nachgelaufen bin und ein Kollege hat (Heiko) festgenommen." Sie sind ihnen also jetzt schon zu zweit nachgelaufen. Allerdings ist Hofbauer ihnen die Währingerstr. runter hinterhergelaufen und das immerhin 150 Meter hinter ihnen. Das heißt aber, daß die beiden Angeklagten sicher bis über den inneren Gürtel vor ihm waren. Dann sind sie so plötzlich nach rechts abgebogen, daß er nicht mitkam, weswegen er es vorzog, weiter die Währinger runterzulaufen. Im Übrigen hat Hofbauer den angeblich 150 Meter vor ihm laufenden Peter (also von hinten) an der Brille erkannt.

Dazu kommt aber jetzt, daß Graf zumindest Peter angeblich eine andere Strecke

nachgelaufen ist: "Sie sind über den Währinger Gürtel drüber gelaufen, durch das Viadukt, haben den inneren Gürtel übersetzt und weiter die Währingerstr. ins WUK." Also viel weiter rechts über den äußeren Gürtel, dann nach links den inneren Gürtel lang und dann wieder rechts in die Währingerstr. Er wird auf den Widerspruch zu Hofbauer aufmerksam gemacht, bleibt aber bei seiner Aussage. Ein Glück, daß Peter keinen Zwillingbruder hat, der wäre sonst jetzt wohl auch angeklagt - immerhin bringen es die EBTler fertig, Peter an 2 verschiedenen Orten zu sehen, wobei er an einem dritten war.

Nach seiner Aussage ist es übrigens auch unmöglich, daß Graf dem Mann mit der schwarz-roten Jacke (Heiko) hinterhergelaufen sei, denn nach seiner Aussage ist Graf nie in der Schlagerg, gewesen; Heiko wurde jedoch eben aus dieser kommandfestgenommenen.

Fest steht nach diesem Hin und Her wohl nur, daß keiner der drei Berichtleger den Mann mit der schwarz-roten Jacke am Tatort gesehen hat. Aber wie kommt der dann in Festnahmemeldung und Bericht? Das einzige Indiz, das sich finden läßt, sind die schwarzen Schnürstiefel, denn die können die EBTler nicht einmal gesehen haben, wenn Heiko am Tatort gewesen wäre - von den anderen zu dieser angeblichen Gruppe gehörenden Personen können sie sich ja auch an keine Kleidungsstücke mehr erinnern - auch nicht bei Peter, den sie doch angeblich so genau gesehen haben. Es liegt der Schluß nahe, daß sie zwei beschreibbare Kleidungsstücke des Festgenommenen in der zitierten Weise festgehalten haben, um zu suggerieren, sie hätten diesen Mann verfolgt. Aus dem gleichen Grund hat wohl Hofbauer die widerlegte Verfolgungsjagd von Peter und Heiko in seine Niederschrift geschrieben.

Das war jetzt nur ein Beispiel für die Widersprüchlichkeit der Polizeiaussagen in diesem Prozeß. Ähnliche Beispiele ließen sich jetzt noch seitenlang aufzählen. So haben ein und dieselben EBTler laut ihrer Niederschrift Hubert und Begleiter bei der Straßenbahnhaltestelle gesehen und daraufhin Verstärkung angefunkelt. Laut der Anzeig haben sie jedoch 10 Leute vor dem WUK gesehen (mindestens 300 Meter entfernt), bei denen Hubert und Peter waren. Laut Bericht haben sie 7 Leute nun wieder bei der Straßenbahnhaltestelle gesehen und dabei Peter und Hubert erkannt. Anzeig und Bericht wurden am selben Tag geschrieben. Im Prozeß will dann der eine 7 Leute beim WUK gesehen haben, der andere hat diese Gruppe dann doch wieder an der Haltestelle wahrgenommen. Die beiden saßen im selben Auto. - Und so geht es mit allen Punkten dieses Prozesses.

Aber auch darauf war die Richterin nicht bereit, einzugehen, obwohl diese Widersprüche zum Teil so gravierend sind, daß selbst beim besten Willen nicht zu klären ist, welcher EBTler wann und wo was gesehen oder gemacht hat.

"Die Schuld der Angeklagten ist hinreichend erwiesen" und "wer das Urteil für ungerecht hält, muß an Verfolgungswahn leiden". Die Angeklagten leiden unter so starkem Verfolgungswahn, daß sie es wirklich wagten, in volle Berufung zu gehen. Es bleibt abzuwarten, ob die Berufungsinstanz bereit ist, aufgrund der Widersprüchlichkeit zu einem anderen Schluß zu kommen. Allzu viel Hoffnung sollte man/frau sich da jedoch wohl nicht machen. Denn immerhin eröffnet das Urteil die Möglichkeit, zumindest einen Menschen aus der linksradikalen Szene wieder einmal für Monate von seinen FreundInnen zu trennen.

Es liegt an uns eine angemessene Antwort darauf zu finden.

ACHTUNG POSTRAUB!

Dem TATblatt wurde am 18. März die Post gestohlen.

Auf der Suche nach den verlorenen Sendungen mußten wir auch in Erfahrung bringen, daß uns bereits des öfteren Poststücke gestohlen worden sind.....

Nach dem ersten Schock gilt es also nun folgendes festzustellen:

Briefe, Infos etc. die uns zugesandt werden, können leider auch in die falschen Hände geraten (schließlich leben wir ja auch in einer Demokratie). Aus diesem Grund sind die p.t. ZuseherInnen gebeten, ihre Sendungen (vor allem jene minder-legalen Inhalts) mit entsprechender Vorsicht zu behandeln. D.h.: Keine Fingerprints (Leder- oder Gummihandschuhe verwenden), weder Briefmarke noch Kuvert mit Spucke befeuchten und keine handschriftlichen Sachen schicken....

Panik und Verweigerung des Postwegs sind jedoch nicht angebracht. Aus organisatorischen Gründen ist es den Posträubern nicht möglich, alle Poststücke zu kontrollieren. Sie sind daher auf Einzelaktionen angewiesen, und selbigen haben wir vorerst einen Riegel vorgeschoben....

Mittelfristig wollen wir einen Weg finden, um Postkontrollen und -Diebstähle auszuschließen (Mehrere Postadressen, Zusammenarbeit mit anderen Initiativen.....).

Wir gehen davon aus, daß die Postentwender keine Angehörigen der erklärten rechtsextremen Szene sind (obwohl da Überschneidungen gibt). Als TäterInnen in Frage kommen daher nicht mehr sehr viele Personen oder Organisationen (Dies genauer auszuführen, ist aus rechtlichen Gründen aber leider nicht möglich.....).

Welche glauben, daß ihre Sendung am Mittwoch, dem 18. März bei uns hätte ankommen müssen, sind hiermit gebeten, uns noch einmal mit einem Briefchen zu beehren (dies betrifft insbesondere T-Shirt-Bestellungen).

Die Redaktion dankt für die geschätzte Aufmerksamkeit!

SJ: Säuberung des I-Punkts

Am 19. März schloß die SJ-Wien 5 Mitglieder aus und löste gleichzeitig vier Bezirksorganisationen auf. Die Betroffenen sollen dem Umfeld der Zeitung "Vorwärts" angehören, die aufgelösten Bezirksgruppen deren Basis sein....

Nach Ansicht der SJ-Führung wollten die Mitglieder des "Vorwärts" die SJ unterwandern.

(TATblatt Wien)

Für die SJ-Wien ein "selbstverständlicher Vorgang": "Jede Organisation muß sich gegen Unterwanderung wehren!"

In einem angeblichen "Geheimpapier" sollen die "Vorwärts"-Leute die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit I. (lt. SJ-Führung soll das Internationale heißen) betont haben. Dies deutet darauf hin, meinen Ober-SJ'ler, daß "Vorwärts" die SJ im Sinne irgendeiner Internationale unterwandern und für sich benutzen wolle. "Vorwärts"-Kontakte zur britischen Trotzlisten-Gruppe "Militant", die auf Grund ähnlicher Vorwürfe schon vor Jahren aus der Labour Party ausgeschlossen worden war, sollen als Beleg der bösen "Vorwärts"-Politik dienen.

Garniert wird die Anklage noch mit dem Vorwurf, "Vorwärts" hätte SJ-Gelder mißbräuchlich in die eigenen Kassen gewirtschaftet und Kassabücher gefälscht.

Tatsächlich aber dürften die Ausgeschlossenen Opfer einer Flurbereinigungspolitik sein: Die Nähe des "Vorwärts" zu trotzkistischen Gruppierungen in ganz Europa ist seit Jahren bekannt. Ebenso ist bekannt, daß "Vorwärts" Spenden auf SJ-Veranstaltungen sammelt. Kein Wunder: Die für SJ-Gruppen erstaunlich aktiven und an Angehörigen großen Bezirksgruppen 5 und 6 bestehen fast ausschließlich aus Jugendlichen, die (zumindest verbal) für aktiven Antifaschismus und offene linke Politik eintreten. Diese stehen den Zielen des "Vorwärts" weit näher als jenen der SP- oder SJ-Führung.

Dem "Vorwärts" Unterwanderung zu unterstellen, ist banal. Die Gruppe wurde innerhalb der SJ von SJ-Mitgliedern gegründet und betätigte sich, trotz äußerlichem, recht antiquiert wirkendem ML-Jargon, nie als innerparteiliche Opposition. Kritik an der SP-Politik wurde nie offen ausgesprochen. Schuld an der Regierungspolitik traf in der "Vorwärts"-Propaganda niemals SP-Funktionäre; die wahren Täter saßen immer in der ÖVP, und Sozialdemokraten wurde bestenfalls vorgeworfen, sich innerhalb der Koalition nicht "durchgesetzt" zu haben. Auch rief "Vorwärts" stets zur Unterstützung der SPÖ bei Wahlen auf.....

Und schließlich betrieb/betreibt "Vorwärts" anderen, besonders autonomen und anarchistischen Gruppen und unorganisierten Menschen gegenüber eine äußerst sektiererische Politik. Noch nach dem Ausschluß der "Vorwärts"-lerInnen und der Auflösung der 4 Bezirksgruppen weigerten sich die Ex-SJ'lerInnen, das Angebot anderer trotzkistischer Gruppen zur Gründung eines gemeinsamen Jugendverbandes anzunehmen, weil die anderen Gruppen "le-

diglich Politik-Sekten" seien (was zwar nicht unrichtig ist, aber auf "Vorwärts" ebenso zutrifft).

Ungeklärt ist die Authentizität des angeblichen "Geheimpapiers". Eine offizielle Stellungnahme des "Vorwärts" ist es nicht, eher schon ein Diskussionspapier einiger Mitglieder. Am ehesten jedoch, so meinte einer der Ausgeschlossenen, "eine plumpe Fälschung". Dem TATblatt wollte die SJ-Führung jedenfalls kein Exemplar zur Verfügung stellen.

Verwirrt ist auch die Sache mit den Geldern: Rechtlich Belangbares ist nicht passiert!

Die SammlerInnen traten stets offen als "Vorwärts"-SympathisantInnen auf und genierten sich nicht, in ihrer Zeitung zu verkünden, daß sie selbst von Leuten wie Finanzstadtrat Mayr Geld bekommen hätten. Andererseits, und das müssen auch die SJ-Funktionäre der Ausschließ-Ebene zugeben, hätte ein formloser Mehrheitsbeschluß der jeweiligen Bezirksgruppen ausgereicht, um SJ-Gelder zu "Vorwärts" zu transferieren; dies sei jedoch nie geschehen...

Dieser Vorwurf ist haarspalterisch: Formelle Abstimmungen waren nicht nötig, da sich ja die gesamten betroffenen Bezirksgruppen auch dem "Vorwärts" verbunden gefühlt hätten und ein Abstimmungsritual daher stets mit 100% Ja-Stimmen geendet hätte!

Und das mit den "gefälschten" Kassabüchern ist auf ein Kassabuch im 23. Bezirk zurückzuführen, welches einige Monate nicht bearbeitet und schließlich hinterher nachgeschrieben worden war. "Natürlich ist das rechtlich nicht im Ordnung", meint einer der Ausgeschlossenen, "aber das passiert in jedem kapitalistischen Betrieb. Ich möchte gern wissen, wie die Bundes-SJ ihre Kassa-Bücher führt. Ich wäre verwundert, wenn darin tatsächlich jede Einnahme und Ausgabe sofort verzeichnet würde, weil das ja organisatorisch praktisch nicht möglich ist."

Der für das "Nachschreiben" Verantwortliche wurde offiziell gerügt, ist aber noch immer SJ-Mitglied. Erkennbare Zusammenhänge mit "Vorwärts" gibt es, außer für die SJ-Führung, nicht.

Anlaß für die Ausschüsse bzw. Gruppenauflösungen dürften also nicht konkrete politische Differenzen, sondern weit eher die bevorstehende Wiener SJ-Landeskonferenz gewesen sein, bei der mehrere "Vorwärts"-FreundInnen für diverse Ämterchen kandidieren wollten (so etwa 4 der 5 Ausgeschlossenen).

"Eine schiefe Optik", wie auch SJ-Funktionäre zugeben, "aber wir wollten diese Dinge nicht offen auf der Landesversamm-

lung diskutieren."

Laut SJ-Führung werden nach der Landesversammlung alle Mitglieder der aufgelösten Bezirksgruppen brieflich aufgefordert werden, sich zwischen der SJ und dem "Vorwärts" zu entscheiden. Die bereits Ausgeschlossenen dürften aber nicht mehr in der SJ mitarbeiten. Gerade das aber fordern die Betroffenen vehement. Sie haben die theoretische Möglichkeit, beim Verbandstag der Gesamt-SJ im Juni gegen den Ausschluß zu protestieren. Viel nutzen wirds wohl nicht, denn die SJ-Führung hat nun auch begonnen, die SJ-Oberösterreich zu säubern.....

Nun will sich auch der SP-Bundesparteivorstand mit der Sache beschäftigen, was doch darauf schließen läßt, daß die Ausschüsse und Auflösungen nicht nur eine SJ-interne Angelegenheit sind: Da scheint's doch tatsächlich auch Interessen innerhalb der SP zu geben.

Resümee: Innerhalb der SJ streiten sich zwei höchst bürokratische Gruppen um ihre (Macht)Positionen. Der Führung gehts wohl um den Führungsanspruch, den "Vorwärts"-Leuten um das Recht auf eine eigene Meinung innerhalb der SJ.

Die Ausschluß- und Auflösungsphase in Wien, nach wenigen Tagen in Oberösterreich fortgesetzt, hat tatsächlich etwas von einer "Säuberungswelle".... und als solche sollte sie von möglichst vielen Linken offen kritisiert werden.

Letztlich wird es aber auch an den "Vorwärts"-Leuten liegen, das Scheitern ihrer Politik einzugestehen: Linke Politik innerhalb der SPÖ ist nicht möglich. Nicht einmal dann, wenn sie nur angekündigt wird. Der von den "Vorwärts"-Leuten bibelversartig wiederholte Aufruf Lenins, in reformistischen Arbeiterorganisationen mitzuarbeiten, dürfte in Österreich mangels Existenz solcher Organisationen ein wenig überholt sein.

Hasta la vista, baby.....

Letzte "Meldung"....

Am Samstag, dem 28. März fand die Landesversammlung der Wiener SJ im Haus der Begegnung Mariahilf statt. Vor dem HdB versammelten sich etwa 50 SympathisantInnen des "Vorwärts" und protestierten gegen den Ausschluß der "Vorwärts"-Leute. Als es zu regnen begann, suchten die Leute im HdB Schutz und wurden prompt aufgefordert, das Haus zu verlassen. Nachdem sie aber dieser Aufforderung nicht nachgekommen waren, ließ sich die SJ-Führung per Versammlungs-Beschluß den Ausschluß aller interessierten Nicht-Delegierten absegnen und holte die Polizei.....

Frankreich: Faschisten auf dem Vormarsch

Folgender Artikel wurde uns von Antifas aus Frankreich zugeschickt und beschreibt die dortige Situation sehr ausführlich. Die FN (Front National) konnte ihren Einfluß in der französischen Gesellschaft extrem steigern, der Widerstand, an den Beispielen von SCALP und SOS RACISME, hat leider abgenommen.

(Antifaschistisches Infoblatt)

Einfluß der FN in der Bevölkerung

Einer im Oktober in der Zeitung "LE MONDE" erschienen Umfrage über den Einfluß der FN in der französischen Bevölkerung zufolge, erklärten sich 32% der Leute einverstanden mit LE PENS Politik. Nicht nur diese Umfrage beweist, daß die FN im Moment in allen Gebieten im Aufwind ist. Ihre Meinung zu den verschiedenen Themen wird von immer mehr Leuten geteilt, was sich auch in den großen Wahlerfolgen widerspiegelt. In allen Landkreisen und Städten sind Kandidaten der FN zur Wahl aufgestellt worden. So erhielt sie im ArbeiterInnenbezirk Poissy in der Nähe von Paris im Juni 91 mehr als 37% der Stimmen, bei den lokalen Wahlen in Marseille erreichte sie 21%.

Welchen Einfluß die Front-National gewonnen hat, machen erneut die jüngsten Wahlergebnisse deutlich. Die FN errang 13,9%, die beiden bürgerlichen Parteien 33%; die Sozialisten und Kommunisten erhielten 18,3 bzw. 8%.

Nicht unentscheidend dafür ist die Erweiterung ihrer Politik auf alle Lebensbereiche. Neben ihrer natürlich weiterlaufenden Propaganda gegen AusländerInnen und ImmigrantInnen beschäftigte sie sich stark mit den sozialen Problemen der Bevölkerung. So war sie sehr aktiv an den Aktionen und Demonstrationen der Bauern im Oktober 91 beteiligt und probierten, sich als ihre Wortführer darzustellen. LE PEN persönlich unterstützt die Bewegung der Krankenschwestern, die seit mehreren Wochen streiken und demonstrieren. Auch auf ökologischem Gebiet engagieren sie sich, definieren sich als einzige ökologische Partei in Frankreich, reden von Rückkehr zu Natur, Schutz des Lebens, Schutz der französischen "Rasse" etc. Dabei stellen sie den Kampf gegen Tierversuche auf die gleiche Ebene mit dem Kampf gegen die Abtreibung.

Die FN versucht sich in vielen Vereinen und Verbänden zu etablieren, so im Verein

für den Schutz der Familie, den Schutz der Tiere, Fahrradvereine, Staditeilvereine, ..., über alle können sie so ihre Propaganda

und auch die Kommunistische Partei hat ein Flugblatt herausgegeben für den sofortigen Stop der Immigration. Sie geht davon

aus, daß zu viele ImmigrantInnen im Land sind, verbindet ihre Anwesenheit mit einer steigenden Kriminalität und den Drogenhandel. Sie stellt sich als die Partei dar, die als einzige seit 1974 den totalen Stopp der Immigration fordert und macht dabei wieder die Opfer zu Tätern, denn sie vertritt die Meinung, daß es ohne ImmigrantInnen keinen Rassismus geben würde.



Vorstadt in Marseille: Neubaughetto für Jugendliche

verbreiten.

Stellung der etablierten Parteien zur FN und zum Rassismus

Für die Landtagswahlen im Jahr 92 hat die FN ihren Wahlkampf unter dem Motto "LE PEN VITE - LE PEN SCHNELL" als erste Partei begonnen. Dabei wird ihr kaum noch Steine in den Weg gelegt, ihre Ideen sind weit verbreitet, mehr und mehr PolitikerInnen ("linke" wie rechte) und "Intellektuelle" sehen sie als ganz normale Partei an und behandeln sie dementsprechend. Das geht sogar soweit, daß alle bürgerlichen Parteien auf dem Standpunkt stehen, daß die extreme Rechte auf Grund ihres großen Einflusses in der Bevölkerung auch Vertreter bzw. Abgeordnete in Parlament, Landtag und sonstigen Institutionen haben soll.

Das Thema Immigration wird von allen Parteien ähnlich gesehen wie von der FN:

GISCARD D'ESTAING - ehemaliges Staatsoberhaupt und jetzt Präsident der UDF (rechtskonservative Partei) spricht von einer "Invasion".

PANIATOWSKI - Präsident der P.R. (Parti Republican) von "Besatzung".

AURAC - Präsident der R.P.R. äußert sich über den "schlechten Geruch der ImmigrantInnen".

EDITH CRESSON - Premierministerin, sozialistische Partei, redet von einem "(Vertreibungs)-Gesetz gegen ImmigrantInnen".

Allgemeine Zustände in Frankreich

Dabei machen alle diese Parteien zur Zeit eine sehr unpopuläre Politik. So geht die Regierung mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen die friedlich demonstrierenden Krankenschwestern vor, der Arbeitsminister stempelt die Arbeitslosen als faule Leute ab, die gar keine Arbeit suchen bzw. haben wollen. Die Premierministerin übertrifft sich in ihren ausländischen feindlichen Sprüchen, bezeichnet die Engländer als homosexuell, die Japaner als Ratten etc. All diese Vorgänge nutzen in erster Linie der FN und ihrer Politik.

Dabei erscheint vielen die FN als einzige Lösung. Die "Linke" regiert seit über 10 Jahren in Frankreich und kann die bestehende Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Zuständen nicht beseitigen. Die traditionellen rechten Oppositionsparteien können auch keine Lösungen anbieten und so erscheint die FN als die Alternative zu den etablierten Parteien. Sie ist unbelastet von den ständigen finanziellen und politischen Skandalen der Regierung, nutzten diese aber für sich aus und stellten sich als Partei mit weißer Weste dar, die der Korruption den Kampf angesagt hat und für eine höhere Moral im politischen Leben eintritt.

Selbst viele "Intellektuelle" fühlten sich durch die gemeinsame Position gegen den

Golfkrieg mehr den je zu Le Pen hingezogen: JEAN EDERN HALLIER z.B. unterstützt öffentlich Le Pen und versucht mit ihm eine gemeinsame Front gegen die Sozialisten zu schaffen.

FN und extreme Rechte

Auch in der extremen Rechten ist der Einfluß der FN enorm gestiegen. Fast alle Parteien und Gruppen sehen in der FN eine Alternative bzw. einen Partner. Die Zusammenarbeit wird verstärkt und es treten Personalunionen auf, so z.B. tritt der Chef der Bewegung "3 eme VOIE" (3 Weg) in die FN ein. So kann festgestellt werden, daß es die FN geschafft hat, alle Strömungen der extremen Rechten zu erfassen bzw. zu vereinen.

Situation der ImmigrantInnen

Die Lage der ImmigrantInnen ist heute schwieriger denn je, da sämtliche Gesetze und Bestimmungen gegen die Immigration verschärft wurden.

So werden jetzt Notverfahren gegen "illegale" AusländerInnen praktiziert, mit deren Hilfe sie innerhalb von 24 oder 48 Stunden ausgewiesen werden können. Die Abschiebungen sind von 18000 im Jahr 1990 auf das Vierfache gestiegen. Dazu kommt, daß bereits 1990 70000 ImmigrantInnen die Einreise verwehrt wurde.

Dies ist das erste Mal, daß in Frankreich solche Maßnahmen praktiziert werden, parallel dazu wird das Asylrecht aber noch weiter beschnitten. AsylbewerberInnen, die auf ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge warten, dürfen nicht mehr arbeiten, bekommen eine geringere Sozialhilfe. Werden sie beim illegalen Arbeiten erwischt, droht ihnen der Verlust der Aufenthaltsgenehmigung und sie können sofort ausgewiesen werden.

Die Schikanen, Schriften und Verfahren gegen die ImmigrantInnen nehmen ein größeres Ausmaß an. Schon seit Jahren sind sie Zielscheibe der Staatspolitik und der politischen Parteien und leider gibt es nur geringe Reaktionen der Betroffenen darauf. Die Vereine und Gruppen, die sich für sie engagieren, geraten immer wieder in Konflikte, wenn sie gegen den Konsens in der Bevölkerung ankämpfen wollen, der einen sofortigen Einwanderungsstopp fordert.

Protest gegen die Situation

Unter den ImmigrantInnenkindern der 2. Generation gab es vor kurzem eine große Protestbewegung. Speziell in den Vororten der großen Städte kam es ca. bis August 91 zu Ausschreitungen und Krawallen. Leider gingen diese Auseinandersetzungen nicht in eine Selbstorganisation über, sie waren nur dem Protest gegen die Probleme, die in den Vororten besonders kraß zur Wirkung kommen: Arbeitslosigkeit, keine Beschäfti-

gungsmöglichkeiten und dazu die Bullenschikanen usw. Politisch gesehen hat das Ganze aber eher den Parteien genutzt, die so wieder mal die Möglichkeit erhielten, die ImmigrantInnen mit Krawall, Unruhe, Kriminalität gleichzusetzen und damit nicht unwesentlich den Rassismus anzuhetzen. Außerdem hatten die Parteien die Gelegenheit, eine starke Präsenz der Polizei zu rechtfertigen und Ausschüsse Polizei/Jugend zu gründen.

ANTIFA-SCALP-Reaktionen

Nach jahrelanger kontinuierlicher Arbeit ist die ganze Bewegung mit einem Mißerfolg konfrontiert. Den AntifaschistInnen und AntirassistInnen ist es nicht gelungen, die Entwicklung und die Vergrößerung des Einflusses der FN zu verhindern bzw. zu stoppen. Zu dieser Konfrontation mit der Erfolglosigkeit der Arbeit kommt eine zunehmende Orientierungslosigkeit über den richtigen Weg, die richtige politische Taktik.

Bis heute gab es zwei verschiedene Tendenzen. Die einen wollten eine breite, antifaschistische Front aufbauen mit Hilfe aller "Demokraten" und "Linken". Das lief hauptsächlich über große Feten, Konzerte etc., die dann aber immer weniger wurden. Diese "demokratischen" Veranstaltungen dienten andererseits der "sozialistischen" Regierung als Alibi für ihre gesamte antisoziale, rassistische Politik, da sie sich so immer wieder das anti-faschistische Mäntelchen umhängen konnte.

Die andere (radikale) Bewegung, deren Grundlage eine antiimperialistische, antirassistische und antisexistische Denkweise ist, hat zur Zeit auch so ihre Schwierigkeiten. Das Kräfteverhältnis hat sich sehr zu ihren Ungunsten entwickelt, bei der Konfrontation mit Faschisten bzw. deren Bekämpfung können sie nicht mehr auf eine so große Unterstützung der Bevölkerung bauen. Es gestaltet sich zunehmend schwieriger, z.B. Massendemos zu organisieren und auch der Einfluß bei den Jugendlichen hat enorm abgenommen, fortschrittliche Ideen sind immer seltener bei der Bevölkerung und so auch unter den Jugendlichen zu finden.

Um jetzt wieder arbeits- und aktionsfähig zu werden, muß viel Informationsarbeit geleistet und neue Strategien entwickelt werden. Schritt für Schritt muß der Kampf gegen rassistische, sexistische und faschistische Tendenzen wieder aufgebaut werden. Dabei müssen vor allem zwei große Fehler vermieden werden:

1. die FN weiter als Strohhalm anzusehen und damit von einer unveränderten Situation auszugehen und so weiterzumachen wie bisher - das wäre selbstmörderisch.

2. alle Hoffnung aufzugeben und vor der gegenwärtigen Situation zu resignieren...

SCALP existiert noch in mehreren Städten Frankreichs. Ihrer Meinung nach ist die Situation noch nicht aussichtslos, es gibt noch viele Möglichkeiten, Infoarbeit zu machen, den Ideen der FN ideologisch entgegenzutreten. Zeitungen und Flugblätter werden nach wie vor veröffentlicht.

SOS Racisme

SOS Racisme wurde in Frankreich von der sozialistischen Partei aufgebaut: Sie wollte die Aktivitäten der Jugend mehr auf Regierungslinie ausrichten und jede autonome Bewegung oder Organisation der ImmigrantInnen-Jugend behindern bzw. zerstören. Vor 1983 existierte bereits eine autonome Bewegung dieser Jugendlichen, die einen großen Einfluß hatte und starke nationale Massendemonstrationen organisieren konnte. Sie wurde von SOS Racisme zerstört bzw. instrumentalisiert.

Auch die radikale, antifaschistische Bewegung wurde, durch SOS Racisme, versucht, zu isolieren. Dabei ging sie von völlig falschen Voraussetzungen aus: So waren für sie die Faschisten eine kleine Minderheit, die kein Problem darstellte, die extreme Rechte ein Phänomen von kurzer Dauer, der die gesamte "demokratische, republikanische, fortschrittliche,..." Gesellschaft durch ein einheitliches Vorgehen gegen Rassismus entgegen kann. Da die französische Bevölkerung nicht rassistisch ist, genügt dies. Die Welt ist für sie in Ordnung, alle sind so schön und nett.

Dabei fehlte SOS Racisme auch jegliche Anbindung an die arbeitende Bevölkerung, sie war hauptsächlich eine Jugendbewegung, unterstützt auch von Intellektuellen, LehrerInnen, ProfessorInnen,.... Sie konnte die Fragen der ArbeiterInnen zu den Themen Immigration, Rassismus nur unbefriedigende Antworten geben, die diese nicht überzeugen bzw. interessierten. So fehlte ihnen zu jedem Zeitpunkt eine größere Mobilisierungsgrundlage, sie waren bestenfalls ein Diskussionsklub.

Negative Bilanz

So fällt die Bilanz über SOS Racisme sehr negativ aus. Es ist Mißtrauen angesagt gegen eine Bewegung, die in ihren Reihen Leute der Regierung Giscard d'Estaing zählen und damit immer wieder eine Alibifunktion für Mitterrand und die Regierung darstellen. SOS Racisme ist auch keine Massenorganisation mehr, wird von der Regierung finanziert, unternimmt deswegen auch nichts gegen deren Maßnahmen, ist absolut still und beschränkt sich fast ausschließlich auf die Organisation eines Konzertes im Jahr.



"... es ist nicht die Zeit, die Friedenspfeife zu rauchen ..."

Kein ruhiges Hinterland!

DVU angreifen — 14.03.1992

(einige Anti DVUlerInnen)

Im Gegensatz zu anderen Antifas aus Wien hatten wir keine Probleme über die Grenze nach Bayern zu kommen.

In Passau angekommen stellten wir fest, daß alles recht gut organisiert war und vorläufig alles klappte.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre erwarteten wir uns nicht sehr viele Leute für den kommenden Aktionstag.

14. März: Um ca. 7 Uhr früh wurden alle geweckt, unter anderem auch weil es eine Bombendrohung gegeben hat. Wir versammelten uns in einem benachbarten Turnsaal um eine kurze Aktionsbesprechung abzuhalten. Bei diesem Plenum sahen wir erstmals alle Leute die in der Herberge übernachtet haben. Es waren zirka 200 Leute. Die erste positive Überraschung an diesem Tag. Nach dem Plenum ging es in die Stadt zur ersten Aktion. Ziel war es, die Nibelungenhalle abzusperrern, um die Veranstaltung verspätet beginnen zu lassen. Der Spaziergang in die Stadt war etwas chaotisch, da einige auf einer großen Straße in die Altstadt kommen und andere über eine kleine Brücke das andere Ufer der Donau erreichen wollten. Wir entschlossen uns für die zweite Route und überquerten die Brücke im Laufschrift, da sich die ersten Bullenkübel näherten. Diese waren eher ratlos und schauten uns zu, wie wir Ketten bildeten und Demomäßig zur Nibelungenhalle gingen. In diesem Morgenspaziergang steckte unheimlich viel Power, je näher wir zu der Halle kamen, desto aufgeregter wurde die Stimmung. Den ersten Kontakt mit dem USK (Unterstützendes Sonderkommando, Bullensondereinheit) hatten wir unmittelbar vor der Halle, wo schon andere Antifas sich gegen einen Abdrängungsversuch durch die Bullen wehrten. Kurz nach unserer Ankunft begann das USK ohne Vorwarnung auf die Demo einzuprügeln, woraufhin eine kurze Schlacht einsetzte. Als die ersten Pflastersteine auf die Bullen losstarteten, jagte das USK die Demoteilnehmer zirka 1,5 km durch die Altstadt. Auf unserem Rückzug hinterließen einige Demoteilnehmer die ersten Visitenkarten in Form von Pflastersteinen, die sich in Bank- und Geschäftsscheiben verfangen, außerdem wurden Falschparker, die in der Fußgängerzone parkten von Antifas für Ihr Vergehen "bestraft". Das USK sperrte nach der sportlichen Betätigung die Altstadt ab um das Faschotreffen ohne Zwischenfälle stattfinden zu lassen. Nachdem die Bullen versuchten einen Demokessel zu bilden, zogen sich die meisten Leute in die falsche Richtung zurück, nämlich zum Donauspitz. Nun war es ein Leichtes für die Bullen, einen Kessel zu machen und wahllos Leute zu verprügeln und festzunehmen. Der Kessel endete mit 43 Festnahmen. Ein Teil der Antifas zog sich über einen Waldweg zurück um in der Jugendherberge Schutz zu finden. Die Bullen folgten ihnen

und wurden daher im Wald mit Steinen und anderen Geschoßen empfangen. In der Herberge eingelangt belagerten Einheiten des USK die Unterkunft und ließen die Leute weder rein noch raus. Das war ca. um 10 Uhr. In der Zwischenzeit sammelten sich überall in Passau kleinere Gruppen von Antifas und durchstreiften die Straßen der Stadt nach Faschos. Dabei kam es immer wieder zu kleineren Auseinandersetzungen mit Bullen, die sich einbildeten, Leute durchsuchen zu müssen. Gegen Mittag sammelten sich zirka 800 bis 1000 Leute in der Guntherburg, um zur Hauptdemo loszuziehen. Die Guntherburg war eine Art Stützpunkt für alle Antifas in der Stadt. Wir gingen im Demozug zum Hauptbahnhof; wo weitere 1500 Antifas bereits warteten. Die Hauptdemo verlief im großen und ganzen recht ruhig.

Eine Stunde bevor die Faschos die Halle verließen trafen wir vor der Nibelungenhalle ein. Nach der Abschlusssprechung verließ die DemoteilnehmerInnen den Platz und verstreuten sich in diverse Lokalen der Stadt. Als nun die Faschos die Halle verließen, waren keine Antifas mehr da, um die Nazischweine gebührend zu verabschieden. Als in der Guntherburg in der Volkküche gegessen wurde, draußen kleinere Wickel mit Bullen waren, stürmte das USK das bis dahin unbewachte Haus und nahm ca. 20 Leute mit der Begründung auf der Suche nach Straftätern zu sein fest. Am Abend des 14. März verließen fast alle Antifas die Stadt da viele sehr weite Heimreisen hatten. Das Antifa-Fest war dann dementsprechend groß (ca. 20 Leute). Resümee: Alles in allem gut organisiert, Die Zusammenarbeit unter den Gruppen funktionierte recht gut. Allerdings sind für unseren Geschmack zu viele Leute wegen blöden Fehlern meier gegangen. (etwa 90 Festnahmen, gegen 6 Leute wurde Haftbefehl erlassen). Die Faschos sollen wissen, daß es für sie kein ruhiges Hinterland mehr gibt, daher gilt fürs nächste Jahr wieder: AUF NACH PASSAU Kein Fußbreit den Faschisten! ●

Rechtzeitig zum Frühlingsbeginn, gibt es die neuen Antifa T-Shirts mit dem allseitsbeliebten Motiv (siehe Bild).
In den Größen XXL, XL und L.
Weißer Druck auf schwarzen Shirt.

Und so kann mensch sie bestellen:
Einfach ein doppeltes Kuvert an das TATblatt senden:

Äußerer Umschlag:
TATblatt
Gumpendorferstr.
157/11
1060 Wien
Innerer Umschlag:
T-Shirt

Im inneren Kuvert sollten sich dann eure Adresse sowie 100 Öschis befinden. Bitte nur Vorauskasse!
Die Bestellungen werden prompt erledigt.



Bullenterror gegen Antifas in Passau

(interim)

Das USK schlägt wieder zu. Schon ein paar Stunden vor der Demo wurde versucht, die Nibelungenhalle, den Veranstaltungsort der DVU, zu blockieren. Die Antifas wurden vom USK brutal auseinandergetrieben. Zwei Stunden später wurde eine größere Gruppe von Antifas, die auf dem Weg in die Innenstadt waren, willkürlich von Bullen angegriffen und über Bahngleise gejagt. Dabei wurden 18 Leute festgenommen, hauptsächlich aus dem Ruhrgebiet. Gegen sechs von ihnen wurde Haftbefehl erlassen. d.h. sie sitzen immer noch in der JVA Passau. Einer von ihnen wurde zusammengeslagen. Offensichtlich handelt es sich um einen erneuten Versuch von Kriminalisierung und Einschüchterung von Antifas durch die bayrische Justiz.

Wie es mit den Leuten im Knast weitergeht, ist noch nicht abzuschätzen. Im Augenblick siehts so aus, daß sie bis zum Haftprüfungstermin mindestens 2 Wochen drin bleiben. Wir wissen aber noch nichts Genaueres darüber, was ihnen vorgeworfen wird. Info und Einschätzungen werden noch veröffentlicht. Auf jeden Fall erstmal schöne Grüße und viel Kraft an die Gefangenen. ●

Niederlande:

Internationale Antifa-Konferenz

(APS/TATblatt-Wien)

Vom 8. bis 10. Mai wird in Eindhoven (NL) eine internationale Antifa-Konferenz abgehalten. Bisher haben sich Gruppen aus den Niederlanden, der BRD, der Tschechoslowakei, Dänemark und Belgien angekündigt. Die Themen sind:

- Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zwischen antifaschistischen und antirassistischen Initiativen.
- Analyse der Europäischen Einigung und der Entwicklungen in Osteuropa
- Unsere Alternativen und Ziele.
- Vorbereitung eines Europäischen Aktionstages gegen Rassismus und Faschismus 1992

Mehr Informationen über: National Kantoor, IC-Cordinatie, Hooghuisstraat 29c, 5611 GS, Eindhoven. Tel.: 040-464403. ●

Hungerstreik in Griechenland.

Einer der Ausgangspunkte ist eines der furchtbarsten Polizeiverbrechen, das es in Griechenland während der letzten Jahrzehnte gegeben hat: im Jahre 1985 wurde der 15-jährige Schüler Michalis Kaltezas kaltblütig von einem Polizisten namens Melistas erschossen. Das Verfahren hat sich über 5 Jahre lang hingezogen, und am 26. 1. 1990, also vor etwa 2 Jahren wurde der Mörder freigesprochen. Unmittelbar auf dieses Urteil hin fand eine Kundgebung mit mehreren tausend Leuten statt, und zwar

vor und neben dem Politechnio, das daraufhin auch besetzt wurde. Diese Besetzung dauerte bis zum 13. Februar, das Politechnio wurde sofort als Gegeninformationszentrum eingerichtet, aber während der ersten Nacht der Besetzung kam es, in einer ziemlich unübersichtlichen und chaotischen Situation, die als direkte Folge der brutalen Polizeiübergriffe bezeichnet werden kann, zu einigen kleineren Diebstählen und Sachbeschädigungen. An dieser Besetzung nahmen damals (wie auch an der im folgenden Jahr, 1991; da noch in höherem Ausmaße) Tausende von Schülern und Studenten teil, und es wurden zahlreiche Schulen besetzt. Ohne Zweifel hat die gesamtgesellschaftliche Dimension dieses Kampfes dazu geführt, daß nach dem friedlichen Abzug der Besetzer diese Diebstähle von den Medien unverhältnismäßig weit aufgebauscht wurden.

Im Jänner dieses Jahres - also nach mehreren Monaten einer erneuten beispiellosen Verfolgungsjagd gegen das anarchistische und antiautoritäre Lager, bei der Untersuchungshäftlinge auch gefoltert wurden (Clockwork und AKIN berichteten darüber), "erkannte" der Besitzer eines im Gebäudekomplex des Politechnio befindlichen Geschäftes in Jánnis Balís und Theódoros Triandafillis die Diebe wieder, die in seinem Geschäft geklaut haben sollen. Sie wären für sämtliche Sachbeschädigungen und Diebstähle, die sich während der Besetzung ereignet hatten, verantwortlich.

Bei Balís handelt es sich insbesondere auch um einen Angriff auf einen Mitarbeiter des antiautoritären Informationssystems. Die Zeitschrift, bei der er arbeitet, die "Piraten des Halbmonds" (I Pirátes tu Ímiselinu) ist ein Organ, das in einem be-

setzten Haus hergestellt wird und das als eines der elaborierteren Foren des libertären, anarchistischen und antiautoritären Spektrums einzustufen ist; der Bogen reicht von differenzierten politischen Auseinandersetzungen mit anderen Positionen der Basislinken, über Analysen des eigenen Kampfes (also nicht distanziert abgehoben, sondern direkt aus der Erfahrung des Straßenkampfes herrührender feinen, ironischer Analyseschärfe), die - im Rahmen versuchter neuer Erkenntnisgewinnung -

plant eskalierte Repressionswelle gegen die Linken durchgeführt. Dazu eine kurze Retrospektive über die letzten Monate. Am 24. Oktober 1991 gab es eine Kundgebung von SchülerInnen gegen die katastrophale Situation im Ausbildungssektor. Bei dieser Gelegenheit griff die Polizei etwa 100 Personen, die sich beim Politechnio angesammelt hatten, an, und zwar im Verbund mit faschistischen Schlägerelementen, die von der Regierung im Nachhinein als "besorgte Bürger" bezeichnet wurden, und zwang sie

dadurch, ins Politechnio zu fliehen. Am Abend des selben Tages wurde das Politechnio mit Tränengas vollgeschossen, wobei der Verwaltungsteil niederbrannte. An genau der Stelle, an der das Feuer entstand, wurden 4 Tränengaskanister gefunden. Dahinter steht die Absicht, das Gesetz der Exterritorialität der Unis, das heißt das Verbot für die Polizei, die Universität zu betreten, das sogenannte *ásilo*, aufzuheben. (Zu Ende der faschistischen Junta wurde mit einer Panzerattacke ein faschistisches Blutbad angerichtet, und viele StudentInnen fanden dabei den Tod; seit der Zeit galten

die Unis als *off-limits*.)

Die Polizei drang in das Politechnio ein, verhaftete 33 Leute, von denen 13 zu 1,5 bis 3 Jahren verurteilt wurden. Weiters wurden alle 33 wegen Brandstiftung angeklagt. Weitere 5 Leute wurden an Orten verhaftet, die von den Auseinandersetzungen weit entfernt waren, aber von der Polizei wurden sie "identifiziert und bekamen *zwischen 5 und 7 Jahre!*"

In der Berufung, die am 25. und 26. Februar stattfand, fielen die meisten der lächerlichen Anklagekonstrukte in sich zusammen. Resultat: die Anklage wurde fallengelassen, Freispruch!

Am Samstag, den 2. November, wurden 33 GenossInnen, unter ihnen Jánnis Balís, verhaftet, als sie beim Plakatieren waren. Auf diesen Plakaten war der Verursacher des Brandanschlags, nämlich die Polizei und ihre faschistischen Helfer, genannt. In der Haft wurden die meisten *geschlagen, mißhandelt und gefoltert*. Die Folterer konzentrierten sich ganz auf Jánnis Balís, *dem dabei eine Hand gebrochen wurde*. Zehn Tage hatten sie unter unmenschlichen Verhältnissen im Knast zu verbringen. Trotz des Versuches der Polizei, die Sache so weit wie

ΟΙΝΩΝΙΚΟΙ ΑΓΩΝΕΣ ΔΕΝ ΕΙΝΑΙ



ΜΟΙ Η ΠΑΡΑΝΟΜΟΙ, ΕΙΝΑ ΔΙΚΑΙΟ

über die Logizität des herkömmlichen Diskurses hinausgehende, skurrile Elemente nicht vermissen lassen, bis zu Features etwa über die spanische und italienische außerparlamentarische Linke: es ist ein außergewöhnlich sensibles Sprachgeflecht mit einer intensiven Rezeption der westeuropäischen linken theoretischen Literatur.

Ohne Zweifel ist diese Zeitschrift eines jener Organe, das Wut,

Trauer und Widerstand der "informellen Linken", der Anarchisten, Autonomen, Antiautoritären und Antimilitaristen, am besten, aber auch differenziertesten aufbereitet, und sich gleichzeitig sämtlichen Konzepten herkömmlicher sozialistischer und kommunistischer Politik, ja auch dem "Stellvertreterhandeln des 17. November"⁶⁾, wie es dort von einem Autor genannt wurde, radikal verweigert. Der Polizeiangriff gegen Balís geht also gleichzeitig gegen die neuen sozialen Kämpfe und eines ihrer Sprachröhre/Sprecher.

Jánnis und Theódoros wurden auf Anordnung des Staatsanwaltes am 21. Februar 1992 verhaftet. Der Zeuge, der sie identifizieren sollte, ließ sich allerdings nicht blicken.

In den letzten Monaten wurde eine ge-

möglich hinter verschlossenen Türen ablaufen zu lassen, geriet das Ganze an eine breitere Öffentlichkeit, die Polizei machte sich mit ihren Verdrehungen und haltlosen Anschuldigungen vor aller Öffentlichkeit lächerlich, und schließlich mußte sogar die Justiz — die anfänglich dazu tendiert hatte, der Polizei Glauben zu schenken —, einsehen, daß die Anklage ganz auf tönernen Füßen stand.

Der Staat aber wollte sein Opfer, aber das Einzige, womit er noch operieren konnte, war unbefugtes Plakatieren und eine Anklage wegen Beleidigung eines Polizisten. Das Urteil lautete auf 6 Monate, aber dem Antrag auf Berufung wurde stattgegeben, und das Urteil wurde zurückgezogen.

Samstag, 29. November. Die berüchtigte Schnelle Eingreiftruppe *MAT* griff brutal und unbegründet eine friedliche Demonstration im Zentrum Athens an, auf der die Freilassung der 33 gefordert wurde, und bei der auch wieder plakatiert wurde. Viele von den DemonstrantInnen wurden brutal geschlagen, 46 DemonstrationsteilnehmerInnen wurden zur *Asfália* (Sicherheitspolizei) verschleppt und, ohne rechtliche Grundlage, erkennungsdienstlich behandelt.

Die Sprache des Ministers für Öffentliche Ordnung war ein rein präventive Hetzerei, Zitat: "Der Inhalt der Flugblätter beweist die Tatsache, daß sie (sc. die 33 Verhafteten) mit Brandstiftern und Randalierern die selbe Ideologie teilen. Sie sind zu verhaften und zu isolieren, damit die freie Entwicklung gesellschaftlicher Gruppen nicht vergiftet wird."

Dezember 1991: Spezialgruppen der Antiterrorereinheit verschaffen sich gewaltsam zu einem besetzten Haus an der Ecke der Filis- und Ferréonstraße Zutritt. Diese Besetzer hatten eines der zahlreichen Plakate unterzeichnet, auf denen die Polizei als Urheberin der Brandstiftung bezeichnet wurde. Maskierte und bewaffnete Polizisten unterbrachen bei ihrem Überfall eine Filmvorführung, schlugen Anwesende und beschädigten die Räumlichkeiten. Wiederum ohne rechtliche Grundlage wurden Archivmaterial, Schreibmaschinen und Geld beschlagnahmt. 86 Leute wurden verhaftet und eine Nacht lang in der *Asfália* festgehalten. Zum Abschluß Photos, Fingerabdrücke, wiederum ohne rechtliche Grundlage. Vom Hausbesitzer ging übrigens keine Klage ein, daher lief die Besetzung weiter; löste sich allerdings etwa Mitte März auf.

Februar 1992. Jánnis war bereits 1957 bei einer Antiatomkundgebung verhaftet worden. Dem folgte eine Anzeige wegen versuchten Totschlags, und in der Anklage wird ihm unter anderem vorgeworfen, er hätte das Motorrad des Polizisten *Kondarakos* angezündet. Nach mehrmonatiger Inhaftierung und *einem vierzigstägigen Hungerstreik* kam er frei. 4 Jahre lang wurde er ständig, so wörtlich der Bericht, der uns als Unterlage dient, "von der griechischen so-

genannten Justiz gejagt", bis diese schließlich, vor einem Jahr, zu akzeptieren hatte, daß die Anschuldigungen gegen ihn keinen Halt hatten!

Im vergangenen November war endlich für die Polizei wieder Gelegenheit zuzuschlagen, als nämlich Jánnis, wie bereits erwähnt, beim "unbefugten Plakatieren" ge-griffen wurde.

Die *Kondarakos-Bande*¹⁾ folterte Jánnis Balis eine ganze Nacht lang, er wurde dabei schwer verletzt. In den darauffolgenden Monaten bekam er, wo immer er auch aufgefunden würde, Schwierigkeiten, es wurde ihm offen gesagt: Wir haben's auf dich abgesehen, und er wurde wieder verhaftet, wegen Beamtenbeleidigung. Schließlich wurde er, wie bereits erwähnt, zusammen mit Triandafilis, wegen Diebstahls und Vandalismus verhaftet. Der Prozeß, bis zu dem er in Haft bleiben muß, wird vermutlich erst in einigen Monaten stattfinden. Vom Ausgang dieses Prozesses hängt viel ab: nicht nur für die Angeklagten selbst, die mit hohen Strafen zu rechnen haben, sondern auch für andere GenossInnen; denn gelänge es, die Anklagekonstrukte aufrechtzuerhalten, dann wäre die Bahn frei für die Justiz, sich auf eine Anzahl von Folgeverfahren einzuschließen.

JANNIS BALIS IST IN PATRAS, WO ER AM 9. MÄRZ EINEN HUNGERSTREIK BEGONNEN HAT. TRIANDAFILLIS BEFINDET SICH IN LARISSA, EINEM DER ÜBELSTEN KNÄSTE GRIECHENLANDS. ES IST SEHR SCHWER, MIT IHM DORT IN VERBINDUNG ZU TRETEN. ER HAT AM 17. MÄRZ MIT EINEM HUNGERSTREIK BEGONNEN.

Die Basislinke sieht in diesem Vorgehen von Polizei und Justiz — eines Landes, das bis vor zwanzig Jahren die Staatsform einer offenen faschistischen Diktatur hatte! — nicht nur einen gewissen Grad von Staatsterrorismus, sondern auch ein bewußtes — auch gegen die starke Publizität, die diese Fälle erfahren haben, gerichtetes — Warnmanöver, mit dem der radikalen Jugendbewegung bedeutet werden soll, sie solle sich von den Gruppen, aber auch Ideen, die vom staatlichen Umsetzungsmechanismus der neuen Weltordnung und der Regierungspartei nicht sanktioniert sind, weghalten!

Nach wie vor wird aber immer noch mit dem Mythos Griechenlands als "Geburtsstätte der Demokratie" operiert, und die Regierung reagiert sehr empfindlich darauf, wie dieses Image im Ausland aufgefaßt wird.

Ganz wörtlich der schon erwähnte Text: "Wir glauben daher, daß ein jeglicher Versuch, in Eurem Land die derzeitige Lage in Griechenland bekannt zu machen, dazu beitragen kann, daß zumindest auf die Behörden Druck ausgeübt wird, damit unsere

Genossen freigelassen werden. Das kann dadurch geschehen, daß an der zwei der führenden (A.: linken/linksliberalen) Tageszeitungen Unterstützungsschreiben für unsere Genossen und für die, die wegen der Vorfälle beim Politechno noch im Gefängnis sind, gesandt werden. Sie können auch an uns geschickt werden, aber wir fänden es auch gut, wenn Ihr Briefe, oder eine Kopie Eures Schreibens an die Zeitungen Einzelpersonen übergeben könnt, von denen Ihr wißt, daß sie die Möglichkeit haben, sich damit an die Öffentlichkeit zu wenden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, daß ein erhöhtes Interesse des Auslands an innergriechischen Angelegenheiten von der griechischen Presse stets ziemlich ausführlich aufgegriffen wurde.

Bitte laßt von Euch hören!

Solidaritätskomitee für Jánnis Balis und Theódoros Triandafilis.

P.S.: Jánnis hat am Anarchistentreffen in England im September 1991 teilgenommen, einige von Euch werden ihn dort kennengelernt haben.

P.P.S.: Wir möchten mit Euch permanenten Kontakt halten, zwecks Austausch sowohl von Informationen, als auch unserer verschiedenen Positionen hinsichtlich unseres gemeinsamen Kampfes gegen Herrschaft."

Adresse: *Die Piraten des Halbmonds - I*
Pirates tu imiselinu

T. O. 31362

T.K. 10035

Athen, Griechenland

Adressen der Zeitungen: *Eleftherotipia*, Kolokotroni 8, 105 61 Athen, Fax: 32 42 418 und 32 32 057

Ta Nea, 8 Ch. Lada-Straße, Athen, Fax: 322 87 97

An den Herrn Justizminister von Griechenland, 96 Mesogeion Avenue, Athen

⁶⁾ Dem Gemeinplatz, daß der 17 N eine Kreation des Geheimdienstes sei, wird, so hoffe ich, demnächst durch eine Übersetzung mehrerer seiner Texte gekontert werden. Die Mythe stand in der ANNA, wurde vom Tb aufgenommen; in der ANNA stand allerdings auch eine Analyse von Reaktionen/Aktionen des 17 N während des Golfkrieges, mit einem kürzeren Zitat aus einem seiner Texte. Zurecht wurde die Mythe kürzlich von der Radi belegt gekontert. Die Tb-Übernahme stand im Interim - ein Palawatsch.

⁷⁾ ONNED-Mitglieder (die Jugendorganisation der konservativen Regierungspartei; einige ihrer Funktionäre waren vor mehr als einem Jahr an einem Mord an einem Lehrer beteiligt), Angehörige verschiedener Sondertruppen und faschistische Schläger sind alle, mit wechselnder Aufgabenverteilung, in ungebrochener geschichtlicher Kontinuität aus dem Schlägertum des griechischen Faschismus hervorgegangen. Wir hoffen, daß wir darüber demnächst genauere Nachrichten bringen können.

BRD:

Unmenschliche Lager durch neues Asylrecht

Auch BRD soll das Asylgesetz jetzt verschärft werden. Die Kontrolle über jene, die auf die absurde Idee kommen, sich im Nachfolgestaat des Dritten Reiches niederlassen zu wollen (und darauf sogar noch ein Recht zu haben), soll jetzt total werden.

(Politische Berichte, überarbeitet)

Am 20.2. stand im deutschen Bundestag (vergleichbar mit dem Parlament in Österreich) der "Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Asylverfahrens" zur Debatte. Ziel des Entwurfs ist es, das Asylverfahren zu beschleunigen, sprich einen Großteil der Anträge innerhalb von sechs Wochen durchzuziehen. Der vorgelegte Gesetzesentwurf ist von den Fraktionen der CDU/CSU, der FDP und der SPD unterzeichnet und sieht folgendes vor:

Ein Asylantrag muß künftig unmittelbar bei einer Außenstelle des "Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" (bisher beim "Ausländeramt") gestellt werden. Diese Außenstellen werden direkt in von den Landesregierungen zu schaffenden Sammellagern eingerichtet, die mindestens 500 Plätze haben müssen. Alle ankommenden Flüchtlinge werden zunächst kaserniert. Sofort nach ihrer Ankunft werden sie erkennungsdienstlich (Fingerabdrücke und Lichtbild) behandelt. Paß oder Paßersatz sind abzugeben. Ebenso alle Urkunden, Beweismittel und sonstigen Unterlagen. Die erkennungsdienstlichen Unterlagen werden an das Bundeskriminalamt weitergeleitet, dort aufbewahrt, besonders ge-

kennzeichnet und können zur Verfolgung von Straftaten oder zur "Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit" benutzt werden.

Danach muß die Asylwerberin/der Asylwerber "unverzüglich" bei der Außenstelle des Bundesamtes zur Stellung seines Asylantrages persönlich erscheinen. In der nichtöffentlichen Anhörung muß sie/er "alle Tatsachen vortragen, die seine Furcht vor politischer Verfolgung begründen", ebenso alle Tatsachen vortragen und Umstände, die einer Abschiebung im Wege stehen. Späteres Vorbringen auch von Fluchtgründen (bisher nur bei Abschiebungshindernissen) kann unberücksichtigt bleiben. Das Bundesamt entscheidet möglichst innerhalb von zwei Wochen. Hält es einen Asylantrag für "unbeachtlich" (wenn die/der Befreffende bereits in einem anderen Staat sicher war) oder "offensichtlich unbegründet" (zB. wirtschaftliche Gründe, allgemeine Notsituation oder Krieg), muß der Flüchtling innerhalb von einer Woche (bisher zwei) ausreisen. Eine Klage dagegen hat, wie bisher, keine aufschiebende Wirkung. Diese muß gesondert innerhalb einer Woche eingeklagt werden. Neu ist: alle Beweismittel müssen sofort angegeben wer-

den. Innerhalb einer Woche muß also in einer Gemeinde, die mensch nicht verlassen darf und in der auch noch hunderte weitere Flüchtlinge leben, ein Rechtsanwalt gefunden werden, die/der sofort den Antrag samt Beweismittel formuliert und rechtzeitig zum Verwaltungsgericht bringt. Dies alles vorausgesetzt, die/der AsylwerberIn durchschaut, daß sie/er nicht nur den Asylantrag, sondern auch dessen aufschiebende Wirkung einklagen muß.

Der Aufenthalt im Sammellager kommt einer Internierung gleich. Der Asylbewerber muß jederzeit erreichbar sein. Eine Erwerbstätigkeit ist verboten. Der Bezirk darf nicht verlassen werden. Neu hinzugekommen ist, daß Zuwiderhandlungen gewaltsam und ggf. durch Verhaftung verhindert werden. Zuständig sind neben Polizei, Grenz- und Ausländerbehörde auch die "Aufnahmeeinrichtungen." Die Lagerverwaltungen werden damit mit Polizeibefugnissen und Festnahmerecht ausgestattet. Flüchtlinge, die nicht innerhalb einer Woche nach ihrer Zuweisung oder nach ihrem Verlassen wieder im Sammellager eintreffen, werden zur Fahndung ausgeschrieben. Sie können mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden.

Eine ganze Reihe weiterer Gehässigkeiten und Schikanen kann hier gar nicht aufgezählt werden, aber schon die Zusammenfassung der wesentlichen Verschärfungen macht den Charakter dieses Machwerks deutlich. Es soll eine straff zentralisierte, lückenlose und polizeistaatlich organisierte Kontrolle der Flüchtlinge ermöglichen. Das Gesetz ist brutal und unmenschlich. Der "Republikanische Anwaltsverein" sprach von einem "Kampfgesetz", Assoziationen zu Gefängnis- und Lageraufenthalt in der Vergangenheit seien vermutlich beabsichtigt. Für "Pro Asyl" ist es ein "Kampfgesetz gegen Flüchtlinge." Die PDS-Bundestagsabgeordnete Jelpke stellte PolitikerInnen, die diesen Gesetzesentwurf begrüßen, in die Nähe von Neofaschisten und wurde dafür von der Bundestagspräsidentin gerügt.

Die Begründungen aber sind von faschistischen Organisationen übernommen. Das Gesetz sei notwendig, weil "Asylbewerber in Konkurrenz zu deutschen Wohnungssuchenden treten", die öffentliche Haushalte belasten, von der Bevölkerung nicht akzeptiert würden etc.

Mit der Zustimmung zu diesem Gesetz kündigt die SPD humanistische Grundpositionen auf. Auch einer Grundgesetzänderung wird sie sich mit solchen Positionen nicht mehr lange widersetzen. (Das Grund-

StaatsbürgerInnenrecht und Niederlassungsgesetz

Die Ideen der bundesdeutschen Grünen zum institutionellen Rassismus

(Politische Berichte)

Die Abgeordneten der Gruppe "Bündnis 90/Die Grünen" haben einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Einschränkung der Rechte von Menschen aus dem Ausland etwas zu mildern versucht. Sie kritisieren die völkisch-rassistische Definition des "deutschen Staatsbürgers" im Artikel 116 Grundgesetz, beantragen aber nicht etwa deren Aufhebung und ihre Ersetzung durch das Wohnsitz-Prinzip, sondern die Schaffung einer neuen Kategorie von Menschen, die zwar die gleiche Rechtsstellung wie "deutsche StaatsbürgerInnen" haben sollen, aber irgendwie doch — ja wie eigentlich? — anders ist. Neben deutschen StaatsbürgerInnen soll es künftig "Bürgerinnen" und "Bürger" geben. Diesen Status sollen Menschen aus dem Ausland bekommen, wenn sie fünf Jahre lang legal in der BRD gelebt haben. *Alle Bürgerinnen und Bürger sollen künftig das "Volk" bilden.*

Außerdem wurde von der gleichen Fraktion der Entwurf eines "Niederlassungsge-

setzes" eingebracht. Niederlassungsrecht soll allen gewährt werden, die fünf Jahre rechtmäßig in der BRD leben. "Niederlassungsberechtigte sind Deutschen gleichgestellt..." (Art. 1, §5). Niederlassungsberechtigte und EinwandererInnen sind "nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von fünf Jahren im Bundesgebiet auf Antrag einzubürgern" (Art. 2, §1). Auch auf dem Arbeitsmarkt sollen Beschränkungen wie die des Art. 19 APG (Vermittlung vorrangig für Deutsche) und der Zugang zu Beamtenstellen nur für Deutsche aufgehoben werden. In Artikel 3 wird dann freilich eine umstrittene Regelung gefordert: Die Einführung eines "Einwanderungsrechts", das eine "Einwanderungsbewilligung" gekoppelt werden soll, die vor der Einreise von BRD-Behörden — sprich Konsulaten und Botschaften im Ausland — erteilt werden muß. Schließlich verlaßen die Abgeordneten des "Bündnis 90/Die Grünen" die Abschaffung des "Bundesvertriebenengesetzes." ●

gesetz der BRD entspricht der Verfassung im österreichischen Rechtssystem.) Der Asylverfahrensgesetz enthaltene Bezug auf Artikel 16 des Grundgesetzes ("Politisch Verfolgte genießen Asyl") wurde in dem Entwurf schon durch den §51 Abs. 1 Ausländergesetz (Verbot der Abschiebung politisch Verfolgter) ersetzt.

Die CDU/CSU-Fraktion wird noch Mitte März — vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein — einen Antrag auf Änderung des Artikel 16 Grundgesetz im Bundestag einbringen und droht mit einem Scheitern der Ratifizierung des Schengener Abkommens am gleichen Tag.

Das Schengener Abkommen sieht ua. eine gegenseitige Anerkennung von Asylentscheidungen vor und steht deshalb in diesem Punkt im Gegensatz zum individuell garantierten auf Asyl nach Art. 16 Grundgesetz. Das FDP-Präsidium hat inzwischen erklärt, daß die FDP im Rahmen einer europäischen Lösung an einer Grundgesetzänderung "mitwirken" werde. SPD-Sprecher erklärten, die SPD würde sie bei einer gesamteuropäischen, nicht nur die Schengen-Staaten einschließenden, Lösung hinnehmen. Damit hat die CDU sowohl die Grundgesetzänderung als auch die Landtagswahlen so gut wie im Sack. ●

Teilweise wurden Erklärungen zu Ausdrücken, die sich auf das bundesdeutsche Rechtssystem beziehen, hinzugefügt.

Österreich: Neue Schubabkommen mit Ungarn und Rumänien

(akin/Standard)

Innenminister Franz Löschnak gab letzte Woche eine Einigung über neue Schubabkommen mit Ungarn und Rumänien bekannt. Demnach sei es künftig möglich, illegal nach Österreich gekommene GrenzgängerInnen, die über keine Dokumente zum Nachweis ihrer Identität verfügten, einfacher abzuschleppen.

Das Zurückschieben war schon bisher vielfach geübte Praxis. Zwischen September 1990 und Feber 1992 wurden laut amtlichen Angaben an der burgenländisch-ungarischen Grenze 14.729 "illegale Grenzgänger" gestellt, davon 10.575 wieder zurückgeschickt. (Ob in dieser Zahl die AsylwerberInnen enthalten sind, deren Antrag als aufgrund fehlender Dokumente "offensichtlich unbegründet" noch während der Schubhaft abgelehnt wurde, geht aus den Unterlagen nicht hervor.) Bislang war Ungarn völkerrechtlich nicht verpflichtet, diese Flüchtlinge wieder zurückzunehmen. ●

Verschärfung des Asylrechts auch in GB

(CARF/TATblatt-Wien)

Im britischen Parlament steht jetzt ein neues Asylgesetz zu Diskussion. Massive Verschlechterungen sowohl der Möglichkeiten, Asyl zu bekommen, als auch der Lebenssituation von AsylwerberInnen sind zu erwarten — auch Britannien reiht sich in den rassistischen Gleichschritt der EG-Staaten ein.

Wenn der Entwurf Gesetzeskraft bekommt, werden Gemeinden AsylwerberInnen nur mehr dann unterbringen müssen, wenn diese nirgendwo sonst mehr Unterkunft finden können. Selbst dann ist diese Unterbringung nur als zeitweilig anzusehen. Insgesamt werden folgende Richtlinien gegenüber AsylwerberInnen gelten:

- AsylwerberInnen, die über ein "sicheres" drittes Land einreisen, können sofort dorthin zurückgeschoben werden (vulgo "Drittlandklausel" im österreichischen Recht).
- Von allen AsylwerberInnen werden die Fingerabdrücke erfaßt.
- Gemeinden werden AsylwerberInnen nicht mehr beherbergen müssen.
- AsylwerberInnen haben nur zwei Ta-

ge Zeit, gegen einen abgelehnten Asylantrag zu berufen. Nur ein Teil der abgelehnten AsylwerberInnen hat überhaupt die Möglichkeit, zu berufen.

- StudentInnen und TouristInnen, die einen Asylantrag stellen und zurückgewiesen werden, können aufgefordert werden, sofort das Land zu verlassen, ohne ihre Reise oder ihre Ausbildung zu beenden.

- RichterInnen, die über Berufungen von AsylwerberInnen urteilen, können ihnen folgendes entgegenhalten: Einreise ohne Dokumente; nicht sofort um Asyl ange-sucht zu haben; nicht in ein Gebiet ihres eigenen Staates gewechselt zu sein, wo sie sicherer sein "könnten"; sich gegen die Erfassung der Fingerabdrücke gewehrt zu haben; sich in Britannien gegen das Regime ihres Herkunftslandes ausgesprochen zu haben.

Eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Inhalt des Schengener Abkommen ist unverkennbar. Als Beginn dieser Verschärfungen wurden mit Anfang dieses Jahres die Strafen, die Fluglinien zahlen müssen, wenn sie Menschen ohne oder mit falschen Dokumenten transportieren, verdoppelt. ●

Schweden:

Streik gegen Rassismus

(Antifa-Info/TATblatt-Wien)

Zum Antirassismus-Tag der UNO hat in Schweden das Komitee für den 21. Februar "alle in Schweden lebenden Menschen — ImmigrantInnen und SchwedInnen — zu einem symbolischen Streik gegen rassistischen Terror aufgerufen. Allein in Stockholm gingen Hunderttausende auf die Straße.

Schätzungsweise 70% aller ImmigrantInnen gingen auf die Straße oder beteiligten sich an den Streiks. In Stockholm gab es kaum ein Geschäft von ImmigrantInnen, das geöffnet war. Viele andere Geschäfte hatten aus Solidarität ebenfalls die Türen geschlossen.

Zu Arbeitsniederlegungen zwischen fünf Minuten und einer Stunde kam es in der Metall- und Autoindustrie, bei der Te-

lecom, im öffentlichen Nahverkehr und im Bildungs- und Gesundheitswesen. In der Volvo-Fabrik in Göteborg und der SAAB-Fabrik in Södertälje legte jeweils die gesamte Belegschaft für eine Stunde die Arbeit nieder. In den Krankenhäusern der großen Städte streikten die ImmigrantInnen für eine Stunde und ihre schwedischen KollegInnen für fünf Minuten. Sämtliche Schulen und technischen Hochschulen waren geschlossen, 320.000 SchülerInnen streikten. Landesweit beteiligten sich vier Universitäten an dem Streik.

Solidaritätskundgebungen gab es in London, Manchester und Newcastle. Auch in Berlin fand eine leider kleine Kundgebung vor dem schwedischen Konsulat statt. ●

Ungarn:

Verschärfung der Grenzkontrollen

Rund 239.000 Personen sind als "Illegale" seit der Verschärfung der Grenzkontrollen an den ungarischen Grenzen Anfang 1991 festgenommen worden, berichtete Ende Feber der stellvertretende Polizeichef Ungarns, Andras Turos, dem Menschenrechtsausschuß des ungarischen Parlaments. 23.000 davon sind in Lager eingewiesen worden.

Wieviele von den restlichen 216.000 sofort ab-

geschoben wurden oder einreisen konnten, geht aus den verfügbaren Quellen nicht hervor. Rund 8.000 Personen sind beispielweise in das Lager Kerepecstarcsa in der Nähe von Budapest eingewiesen worden; zur Zeit (Stand Feber 1992) leben dort 132 Personen aus verschiedenen Staaten.

Die Grenzkontrollen sind wegen einer erwarteten neuen Flüchtlingsschwemme aus der Türkei weiter verschärft worden. ●

pizza: buono

500 Jahre Eroberung und Widerstand

Meuterei auf der Pinta

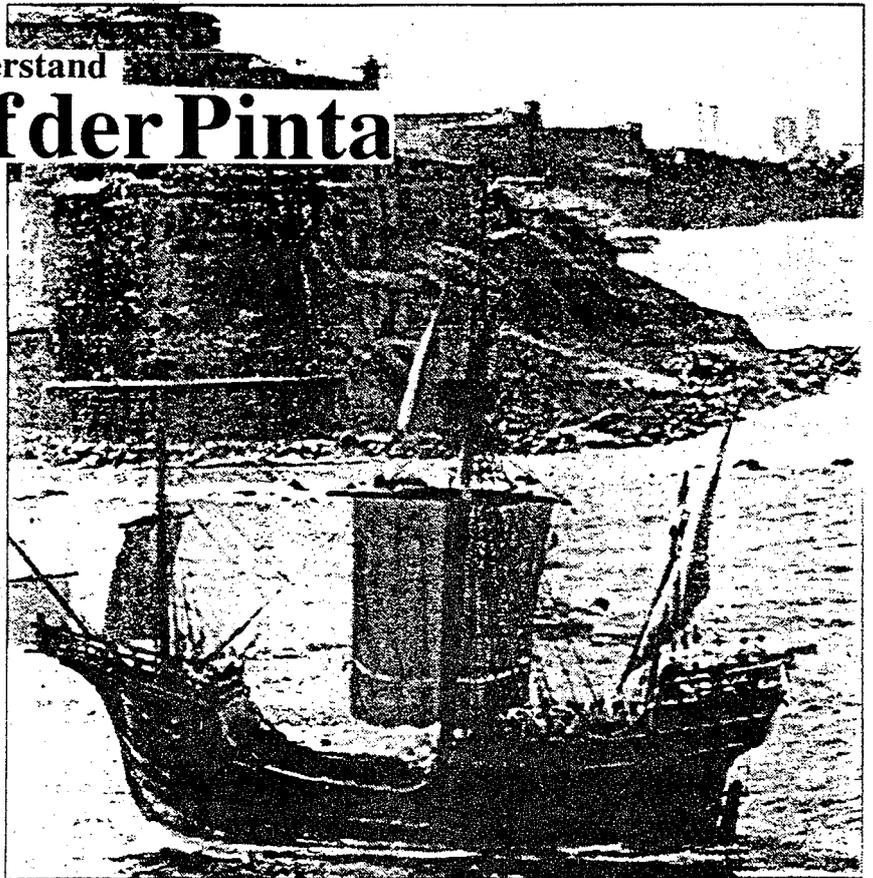
(entnommen aus: Kassiber, einer autonomen Zeitung aus Bremen)

In Puerto Rico hatten die nachgebauten Kolumbus Schiffe mit PiratInnen und Meuterern zu kämpfen

1493 war Kolumbus das erste Mal nach Puerto Rico gelangt und hatte den Weg bereitet, die Insel in eine fast 500-jährige Kolonialgeschichte unter spanischer und später US-amerikanischer Flagge zu stürzen. Der spanische Staat hat originellerweise die Flotte von Christobal Colon (Kolumbus) nachbauen lassen, um so seine "Entdeckung" zu feiern. Ende Dezember meldete der Weser Kurier die Ankunft der Flotte. Was wirklich geschah, liest sich allerdings ganz anders. Als nun die Nachbildungen seiner kleinen Flotte auf ihrer Gedenkreise die Insel erreichten, war über die damit verbundenen Vorgänge in der US-Presse kein Wort zu lesen. Gerade deshalb war mensch in der puertoamerikanischen Community von New York erstaunt zu erfahren, daß in der westdeutschen Presse sogar mit Photo über dieses Ereignis berichtet wurde. Das "geteilte Echo", auf das die Nina, Pinta, und Santa Maria stießen, stellte sich in Wahrheit nämlich anders dar: Auf der einen Seite schätzungsweise 250 Leute aus den Kolonialparteien, den Kirchen und anderen geladenen Gästen der offiziellen Begrüßungsfeier in San Juan, und auf der anderen eine Demonstration von über 5000 AnhängerInnen der Unabhängigkeitsbewegung. Natürlich wurden auf dieser Demo viele puertoricane Fahnen geschwenkt, aber nicht als Beifallsbekundung, sondern als Symbol für den 500-jährigen Widerstand gegen die wechselnden Kolonialherrn, als Symbol für die Aufstände von Lares und Jayuya, als Symbol für die puertoricaneischen Frauen und Männer, die heute als politische Gefangene und Kriegsgefangene in den US-amerikanischen Hochsicherheitsgefängnissen festgehalten werden.

Kaum hatten die DemonstrantInnen die Anlegestelle der drei Schiffe im Hafen der Altstadt von San Juan erreicht, gelang es zahlreichen Frauen aus dem starken Frauenblock an der Spitze der Demo, die Schiffe zu ertern, die spanischen Fahnen herunterzuholen, zu verbrennen und die Takelage der Masten zu kappen. Schon allein diese mutigen Piratinnen waren mehr als die erwähnten "75 Demonstranten" und die Polizei nahm auch mehr als nur "eine Frau" vorübergehend fest.

Es war der Unabhängigkeitsbewegung jedenfalls gelungen, die Begrüßungsrede des Gouverneurs Colon, der nicht nur wie Cristobal Colon heißt, sondern auch dessen Gedankengut in die heutige Zeit bestrebt ist, mit der harten Realität eines sehr lebendigen und militanten antkolonialen Widerstandes zu konfrontieren. Und das nur kurze Zeit nach dem Scheitern einer vom Gouverneur selbst propagierten Volksabstim-



mung über die Frage, ob das puertoricaneische Volk ein künftiges Referendum, mit dem die Bush-Regierung die Insel nach 1993 gern zum 53. Bundesstaat der USA machen möchte, befürworten würde. Das Ergebnis der im Dezember 91 durchgeführten Abstimmung war für Colons Partei "Partido popular democatico" PPD ein dermaßenes Desaster, daß er unmittelbar nachher ankündigte, nach Ablauf seiner Amtsperiode nicht mehr für den Gouverneursposten zu kandidieren: 53% waren der Abstimmung ferngeblieben (dazu hatten alle Sektoren der Unabhängigkeitsbewegungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen PIP aufgerufen), vom Rest stimmte die Mehrheit gegen das Referendum und nur etwas über 20% waren dafür. Die PPD hatte gegenüber früheren Abstimmung mehr als 10% ihrer WählerInnen an die Boykottbewegung verloren und die PIP, die sonst 12% erreichen konnte, brachte es diesmal nur noch auf 3% Stimmenanteil. Das Entern der drei Schiffe war noch nicht das Ende der Pleite, die die PR-Tour des europäischen Neokolonialismus und der örtlichen Kolonialverwaltung in Puerto Rico erfuhr. 2 Tage, nachdem sie wieder einigermaßen flottgemacht worden waren und sich mit abgefackelten Flaggen von San Juan verabschiedet hatten, gingen die drei Kähne in Cabo Rojo an der Westküste Puerto Ricós vor Anker. Diesmal waren es nicht neuzeitliche PiratInnen, die für Ärger sorgten, vielmehr nahmen 13 Matrosen von Kolumbus-Replika-Flotte eine alte Tradition dieser Gegend wieder auf: sie gingen unter Protest von Deck und wollten sofort wieder nach Spanien zurück. Meuterei! Sie beklagten sich öffentlich, Arbeitsbedingungen und Verpflegung seien mindestens so

schlecht wie vor 500 Jahren, und die Héuer auch nicht so üppig, daß sie einen darüber hinwegtrösten können. Es sei nun an der Zeit, Schluß zu machen, mit diesem unwürdigen Zustand, meinten die Marineros. Kein schlechter Ort, den sich die Meuterer da für ihren endgültigen Landgang ausgesucht hatten: das Cabbo Rojo war in den vergangenen Jahrhunderten Versteck und Basis der unabhängigen operierenden puertoricaneischen PiratInnen, die von dort aus spanische und französische Handelsschiffe überfielen. Und hier war es auch, wo die US-Interventionstruppen bei ihren ersten Landungsversuchen auf heftigen bewaffneten Widerstand stießen. An diese Geschichten erinnerte mensch sich lachend in den Reihen der Unabhängigkeitsbewegung, als die Nachricht vom Abmusteren der 13 spanischen Matrosen kam. Nachdem nun die Nina, Pinta und Santa Maria mit reduzierter Mannschaft endgültig Puerto Rico verlassen hatten, um neuen Abenteuern an der Küste des amerikanischen Kontinents entgegenzusegeln, war die puertoricaneische Unabhängigkeitsbewegung jedenfalls mit dem Ablauf dieses Flottenversuchs rundherum zufrieden. Auch in Puerto Rico sehen jetzt viele voll freudiger Erwartung dem 12. Oktober 92 entgegen, wenn Kolumbus kleiner Schiffsverband in die Bucht von San Francisco einlaufen will. Dann wird sich ihnen nämlich, neben den auf dem Land geplanten Demos und Protestaktionen, eine Armada aus Fischerbooten, Kanus, Kähnen und vielen anderen Pöten und Nußschalen entgegenstellen, um ihnen die symbolhafte 2. Landung auf "indianischem Land" nach 500 Jahren gründlich zu vermiesen.

Vom 1. bis 12. Juni 1992 versammeln sich in Rio de Janeiro Delegationen aus über 150 Ländern, um wieder einmal unsere Zukunft zu planen.

“Erdgipfel 1992”

UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung

(ÖIE)

Die wichtigsten Themen bei der UNCED:

- eine Übereinkunft für grundlegende Prinzipien zu Umwelt und Entwicklung (“Earth Charter”)
- ein globaler Aktionskatalog für das 21. Jahrhundert (“Agenda 21”)
- Rahmenkonventionen über Artenvielfalt und Schutz des Klimas
- Mechanismen zur Finanzierung “nachhaltiger und tragfähiger” Entwicklung
- der internationale Technologietransfer

Der Süden spricht über Entwicklung, der Norden über Umwelt.

Im März findet in New York das letzte von vier Vorbereitungstreffen zur UNCED statt. Hauptverhandlungspunkt ist das “Feilschen” um Geld und Formulierungen. Bisher liegen die zu beschließenden Abkommen nur in groben Bausteinen vor. Es bestehen tiefgreifende Interessensgegensätze: Der Norden ist offenbar nicht bereit, durch Umstellung seines Politik- und Wirtschaftsmodells die Voraussetzungen für Entwicklungsmodelle im Süden zu schaffen, sondern beharrt auf der Beibehaltung bestehender Strukturen. (Ach nein!; anm d Korr.)

Der Süden fordert sein Recht auf Entwicklung und will völkerrechtlich verbindliche Umwelt-Konventionen nur bei konkreten Finanzierungsverpflichtungen des Nordens unterzeichnen. Außerdem fordern die Entwicklungsländer die Schaffung neuer Regelungen und Institutionen zur Kontrolle dieser Finanzströme.

Die Industrieländer lehnen demgegenüber aus ordnungspolitischen Gründen neue “Kollektivrechte” ab und zeigen nur geringe Finanzierungsbereitschaft. Der Norden bemüht sich, private, gewinnorientierte Unternehmen als Hauptakteure im Technologietransfer zu forcieren. Zum “globalen Umweltmanager” soll die Weltbank mit der dort geschaffenen Global Environment Facility (GEF) gekürt werden.

Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) halten parallel zur UNCED eine eigene Veranstaltungs- und Aktionsreihe, das “’92 Global Forum”, ab. Unabhängige Gruppen haben die Gelegenheit, ihre Standpunkte zu den UNCED-Themen und zu vergessenen Fragen, wie Verschuldung, darzulegen. So ist es den NGOs möglich, an den “Erdgipfel” anzuknüpfen und in 150-200 Veranstaltungen aus Politik und Wirtschaft, sowie Kunst und Kultur eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen.

Die am österreichischen Nationalbericht beteiligten NGOs fordern, daß zumindest

drei VertreterInnen von NGOs in der offiziellen UNCED-Delegation Österreichs sein sollen. Die gewählten KandidatInnen sind Brigid Weinzing (ÖIE) für den Bereich Entwicklungspolitik, Carlos Macedo (Gesellschaft f. bedrohte Völker) für den Themenkomplex Menschenrechte und Alexander Egit (Global 2000) für die Um-

weltpolitik.

Umweltministerin Ruth Feldgrill-Zanckel hat bereits einen Delegationsplatz verbindlich zugesichert, das Bundeskanzleramt hat mündlich einen weiteren Platz für eine gemeinsame NGO-Vertreterin zugesagt, aus dem Außenministerium liegt noch keine Stellungnahme vor. •

Gegen die HERRschende Weltordnung:

500 Jahre sind zuviel!

Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel '92

in München

Vom 6. bis 8. Juli treffen sich die Chefs der sieben mächtigsten Staaten (G-7) zum Weltwirtschaftsgipfel (WWG) in München. Daß sie ihr Treffen “Weltwirtschaftsgipfel” nennen, ist Ausdruck von Arroganz — als wären diese sieben Staaten schon die Welt — und von realen Machtverhältnissen — schließlich beherrschen die Konzerne und Banken aus diesen Ländern tatsächlich die Weltwirtschaft. Seit 1975 finden jährlich WWG's statt, die der Absprache zwischen den kapitalistischen Großmächten dienen. Gestritten wird um Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Der Club der Reichen bildet eine Front gegen die Menschen im Trikot, gegen revolutionäre Bewegungen und Forderungen wie Schuldenstreichungen. Der Münchner WWG tagt vor dem Hintergrund der zusammengebrochenen Sowjetunion und der neuen deutschen Weltmachtposition. Eines der Hauptthemen wird die ökonomische und politische Aufteilung Osteuropas sein. WWG's sind auch Propagandashows: Werbung für die angeblich “funktionierende” Marktwirtschaft, Demonstration imperialistischer Stärke, Selbstdarstellungen der Regierungen. Der Gastgeber Großdeutschland wird in München seinen Anspruch auf Weltgeltung demonstrieren.

1992 jährt sich ein anderes Ereignis zum fünfzigsten Mal, die “Entdeckung” Amerikas 1492. Unter dem Motto “Begegnung zweier Welten” feiern die HERRschenden in Europa und Amerika diesen Auftakt kolonialer Expansion: Olympiade in Barcelona, Weltausstellung in Sevilla, nachgebaute Karavellen segeln in die Karibik, die Columbus-Statue wird mit der Freiheitsstatue in New York vermählt. Im Oktober treffen sich die Nachfolger der Con-

quistadoren, Bischöfe und Papst, lateinamerikanische Präsidenten und spanischer König auf Santo Domingo, um ihre heilige Allianz zu bekräftigen.

Feiern werden die Herrschenden zugleich ihren Sieg im Kalten Krieg und sie werden ihre Vision einer “one world” von Demokratie und Menschenrechten, Marktwirtschaft und Zivilisation propagieren. Welch ein Zynismus, welch eine Heuchelei, angesichts der Realität einer weltweiten ökonomischen, ideologischen und kulturellen Ordnung, die für Konkurrenz und Ausbeutung verantwortlich ist!

Diese mörderische Ordnung wollen wir nicht! Gegen ein Wirtschaftssystem, das gemessen an seinen eigenen Ansprüchen, allen Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen, gescheitert ist, setzen wir internationale Solidarität von unten gegen die HERRschaft von oben. Deshalb ist der Weltwirtschaftsgipfel, auf dem wichtige Absprachen und Entscheidungen über diese Ordnung getroffen werden, ein zentraler Punkt, an dem unsere Kritik und unser Widerstand ansetzt.

4.7. Großdemonstration (äh... wo bitte?; Anm des Layouters)

3.7. — 5.7. Internationaler Gegenkongreß?

6.7. — 8.7. Aktionstage

Am 16. — 17. Mai ist im “3. Welt Haus” (Westerbachstr. 40, 6000 Frankfurt a.M. 90) eine BRD-weite Aktionskonferenz, bei der alle Gruppen ihre Aktionsideen und -vorschläge vorstellen und koordinieren. Wenn ihr also z.B. Interesse an antifaschistischen, antirassistischen Aktionen gegen den WWG habt, kommt mit konkreten Projekten massenhaft zur Aktionskonferenz. •

Ein Richter trat nach Morddrohungen zurück, der Leiter der Kriminalabteilung (der auch den Anschlag auf den Journalisten Byron Barrera untersuchte), wurde im August '91 erschossen. Die Spuren des Mordes an der Anthropologin Myrna Mack am 11. September 1990 führen ins Dickicht der guatemaltekischen Sicherheitsapparate.

Guatemala: Der Mord an Myrna Mack und seine Folgen

(APIA)

Internationaler Druck wischt letztlich die offiziellen Versionen (Leidenschaftsverbrechen [?; Anm. d. Tipperin], Zufallsmord, etc) vom Tisch. Der Menschenrechtsprokurator Ramiro de Leon Carpio war der Erste, der von einem politischen Verbrechen sprach. *„Ein Fall, der direkt die Mechanismen der Staatssicherheit impliziert“*, äußerte er zwei Monate nach dem Verbrechen. Eine Feststellung, der nach Verhaftung eines der mutmaßlichen Täter, des Sergeanten Noel de Jesus Beteta Alvarez, im Dezember '91 kaum mehr widerprochen wird.

Ob der Prozeß, der in diesen Tagen ins Beweisstadium tritt, die „geistigen Urheber der Tat“ ausmachen kann, wird allerdings angezweifelt: der Lebenslauf Betetas scheint auf den ersten Blick geeignet, ihn als schwarzes Schaf der Sicherheitsdienste zu opfern: Neben seiner Tätigkeit im Generalstab des Präsidenten (und im Dienst des Verteidigungsministeriums) war er Mitglied einer „mara“ (Jugendbande), die die BewohnerInnen der Elendssiedlung „El Mezquital“ terrorisierte. Zugleich mit dem Prozeß Myrna Mack wird auch ein Verfahren wegen „gewöhnlicher“ Morde und schwerer Körperverletzung gegen ihn geführt.

Daran, daß Beteta der physische Täter ist, herrscht kein Zweifel. Augenzeuginnen, die es vorziehen, nicht im Prozeß zu erscheinen, hatten ihn gegenüber den Angehörigen Myrnas (die neben dem Staatsanwalt Klagende sind) identifiziert.

Der Frage, welcher Vorgesetzte Beteta den Befehl zur Tat gegeben hat, weichen die Behörden aus: Er sei zum Tatzeitpunkt nicht im Militärdienst gewesen. Aufgrund einer Daumenverletzung war er vorübergehend suspendiert, wurde jedoch erst Ende November, mehr als einen Monat nach der Tat, endgültig vom Dienst entlassen. *„Der Verdächtige war einer der 1.000 Personen meines Generalstabes“*, meinte Ex-Präsident Cerezo, *„die Möglichkeit, darunter einen Verbrecher zu haben, ist groß“*.

Es wurde auch versucht, zu vertuschen: Schon wenige Wochen nach der Tat wird Beteta im ersten Untersuchungsbericht erwähnt, der allerdings bald verschwindet.

Der Unterzeichnende ist beharrlich und bringt das Dokument erneut ans Tageslicht. Kurz danach wird er vor dem Hauptquartier der Polizei erschossen. Die Täter entkommen im Wagen eines Polizisten im Ruhestand.

Auch Beteta hat sich mittlerweile, nach Weigerung der US-Botschaft, ein Visum auszustellen, illegal nach Los Angeles abgesetzt, wo er schließlich im Dezember '91 vom FBI ausfindig gemacht und nach Guatemala überstellt wird.

Myrna Mack

Die Anthropologin Myrna Mack, Mitbegründerin des Zentrum für Sozialforschung AVANCSO, war mehrere Jahre in den guatemaltekischen Konfliktgebieten unterwegs. Ihre Studie *„Institutionelle Politik gegenüber den Inlandsvertriebenen“* entlarvt die damalige offizielle Version, daß es keine *„desplazados“* gebe, diese vielmehr Basis der Subversiven in Guatemala seien, und liefert Daten die konkret den Militärapparat kompromittieren. Sie sammelt wichtige

Gespräch mit Helen Mack, Schwester der Ermordeten:

„Alle wußten, daß der Mord von den Sicherheitskräften ausging. Das hat große Angst in den Gerichten ausgelöst, einer der Gründe, warum der Prozeß zwei Monate beim Friedensrichter liegenblieb, wo er an sich nur drei Tage behandelt werden sollte.“

„Nur durch Intervention beim Obersten Gerichtshof wurde die Anweisung gegeben, den Fall gerichtlich zu untersuchen. Immer herrschte die Angst vor. Die Richter spielten eine traurige Rolle, sie behinderten den Prozeß, einer beschuldigte die Menschenrechtsorgani-

sationen, am Mord an Merida Escobar (Leiter der Kriminalabteilung) schuld zu sein: ein Beispiel, wie das System Komplize und Opfer des Staatsterrors ist. Ein anderer, dem das geheime 14-tägige Untersuchungsverfahren überantwortet war, erteilte den Haftbefehl und leitete den Fall weiter, ohne weitere Nachforschungen anzustellen.“

„Wir wollen die intellektuellen Urheber zur Verantwortung ziehen, denn es ist ein ganzer Apparat, der die Ermordungen befiehlt. Das Schwierige ist, daß es in diesen Fällen kaum konkrete Beweise gibt, wenn niemand

Informationen, die bei den sich damals anbahnenden direkten Gesprächen zwischen Regierung, Heer und Guerilla Unangenehmes ans Tageslicht bringen könnten.

Von den Inlandsvertriebenen organisieren sich einige in *„Widerstandsdörfern“* (CPR), die im März '90 erstmals mit einem Kommuniqué in Erscheinung treten. Dieses zirkuliert vorerst jedoch nur in religiösen Kreisen und im Ausland.

Erst im September 1990, drei Tage vor Myrna Macks Ermordung, veröffentlichen die lokalen Tageszeitungen das Kommuniqué. Es wird gemunkelt, Myrna habe dieses *„von den Bergen heruntergebracht“*. Auch wenn dazu keine Notwendigkeit bestanden hatte, war es doch bereits im März publiziert worden, so genügte schon ihre wissenschaftliche Tätigkeit, um als Kontakt der Guerilla auf der schwarzen Liste des Militärs verzeichnet zu sein. Über welche Kanäle ein etwaiger Mordbefehl seitens der Militärbehörden im westlich gelegenen Departement El Quiche, in den Präsidentenpalast und von dort in die Spezialarchivabteilung gelangt ist, in der Beteta tätig war, wäre eine der vielen Fragen im Labyrinth des Mordfalls.

Ex-Präsident Vinicio Cerezo im Untersuchungsverfahren: *„Ich glaube nicht, daß General Godoy Gaitan (damals Chef seines Generalstabs), die Ermordung einer Person veranlaßt hat, die wir respektierten. Verdächtige subversiver Aktionen überwachten wir und nutzten die Taktik des Überzeugens. Manche wurden sogar Kollaborateure der Regierung. Ich habe nie erfahren, daß Myrna illegaler Aktionen verdächtig war. Wir wußten vielmehr, daß sie eine Grundlagenforschung über die Widerstandsdörfer machte, die aber verschwunden ist.“*

Die Tatsache der Existenz von Akten über die Wissenschaftlerin im Verteidigungsministerium ist mittlerweile bis zum

spricht. Betetas Schweigen ist zugleich seine Lebensversicherung. Er wird sicherlich von einigen Elementen des Heeres oder den Befehlsgewählern gedeckt. Interessant zu wissen wäre, wer seinen Anwalt bezahlt, der Beziehungen zu den Urhebern hat, um ihn zu decken.“

„Das Schwierigste ist, Schuld zu beweisen. Alle direkten Beweise sind am Tatort verloren gegangen. Beteta ist ein Versuchskaninchen. Falls man es wagt, ihn zu verurteilen, wäre dies erstmals im Fall eines politischen Verbrechens, daß die Gerichte gegen die Straflosigkeit der Täter vorgehen.“

US-Kongreß durchgedrungen. Diese Akte sind auch auf Drängen der Angehörigen bisher nicht herausgegeben worden.

Spuren der Täter

Vinicio Cerezo, der erste demokratisch gewählte Präsident, setzt nach seinem Amtsantritt 1986 auf Stabilität: Parallel zum militärisch befehligten "Nationalen Sicherheitsrat" führt er ein "Sicherheitsdepartement" ein, das direkt seinem Generalstab untersteht. Der neuen Konstruktion gelingt es aber nicht, die militärische Vormacht zu reduzieren, sie fördert vielmehr internem Machtkämpfe.

Cerezo löst auch den "Technischen Geheimdienst" auf, der nach den Septemberunruhen '85 wesentlich an "Säuberungsaktionen" beteiligt war. Die Mitglieder dieser Abteilung, darunter Beteta, werden auf die Straße gesetzt.

Die Gewaltkurve verzeichnet Anfang '86 einen neuen Anstieg.

Auch zwischen National- und Finanzpolizei kommt es zu Auseinandersetzungen: Der Chef der letzteren wird wegen der Anschuldigung, mit der Terrorbande "Panel Blanco" in Verbindung zu stehen, vorübergehend in Haft gesetzt. Anschließend wird er Präsidentschaftsberater des Nationalen Sicherheitskomitees. Sein Anwalt ist

Cesar Iriondo, der heute die Verteidigung Betetas führt. Die Militärs fordern die Kopfe des Polizeichefs und des Innenminister, beide enge Vertraute Cerezos.

Cerezoversucht, den Verlust seiner Vertrauten im Innenministerium auszugleichen. Er vereint die verschiedenen Polizeipartien zum "System des Zivilschutzes", SIPROCI, das seinem Befehl untersteht. Eine neue Gewaltwelle schwappt hoch: Anschläge auf die Wochenzeitung "La Epoca", auf Prensa Latina und auf TASS-KorrespondentInnen, das Massaker von Aguacate, ua.

Nach der Niederschlagung des Putschversuches im Mai '89 hört SIPROCI offiziell zu existieren auf; hochkarätige Mitarbeiter Cerezos werden des Drogenhandels beschuldigt. Der Sicherheitsrat der Militärs gewinnt wieder an Stärke. Nur der Generalstab des Präsidenten (mit General Gatain an der Spitze) bleibt intakt.

Der Name "Jaguar Jusiciero" taucht auf: eine Terrorbande, die '89 Jagd auf "den Mann von der Straße" und Kleinkriminelle macht, deren Verschwinden wenig Aufsehen erregt. Die Welle prominenter Opfer nach einem internen Krieg der "Sicherheitsapparate" läßt wieder nicht auf sich warten: Der Politiker Danilo Barrilas, der salvadorianische Sozialdemokrat Hector Oqueli, Anfang '90 Studentenfürher und der Unternehmer Ramiro Castillo, um nur einige

zu nennen.

Am Präsidentengipfel in der Kolonialstadt Antigua im Sommer '90 erscheint der damalige Staatschef Derezo in Begleitung Betetas. Das US-State Department drängt auf Reduzierung des guatemalteckischen Heeres und Anpassung an die demokratischen Tendenzen in Zentralamerika. Im Anschluß an das Treffen wird der Sicherheitsapparat des Präsidenten erneut gestärkt: Cerezos Vertrauter, Julio Cabaleros, wird wieder Polizeichef. General Matta Galvez wird wenige Wochen vor Myrnas Ermordung Kommandant des Generalstabes.

Mit Myrnas Tod beginnt eine neuerliche Gewaltwelle: Ermordung der Politikerin Dinora Perez, Massaker von Santiago Atitlan, Mord am Geistlichen Moises Cisnero, ... Während nun die Friedensgespräche laufen, häufen sich Meldungen von Leichen Unbekannter. Diagnose: Gnadenschuß.

Die Familie Mack hofft, mit der Verurteilung Betetas und der Identifizierung seiner Befehlsgeber einen Präzedenzfall zu setzen, hat allerdings wenig Vertrauen in die guatemalteckische Justiz. Sollte der Fall, wie viele vorher, im Sand versickern, wird sich der Interamerikanische Gerichtshof der OAS damit zu befassen haben.

bezahlte Anzeige:

Kultur-Kunst-Sport Sponsoring

0663/80 11 56

0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** Tel. 0663/80 11 56 ***

Tel. 0222/43 98 104

SCHREIBBÜRO GLOGOWATZ

LEITERMAYERGASSE 31/20

1180 WIEN Tel.: 43 98 104

Endlich kein "ausrutschen und hinfallen", bedingt durch nasse und rutschige Fußböden mehr!

" SLIDE - EX "

hilft dieses oft schmerzhaftes und kostspielige Problem für immer zu lösen.

Agentur Glogowatz
Leitermayergasse 31/20
1180 Wien Tel.: 43 98 104

übernimmt:
Jede Art von Schreibearbeiten
Studenten - Dissertationen
Fehlerprüfung
Direkt - Mailing, usw.

WERTPAPIERE
VERSICHERUNG
BAUSPAREN
Prämiensparen
FINANZIERUNG

Computerservice

Computer-Card

40 Stunden S 990.--

Ihr persönlicher BERATER
immer für SIE erreichbar.

*** Tel. 0663/80 11 56 *** Werbung + Fahrradbotendienst *** 0663/801156

*** Werbung & Fahrradbotendienst *** Tel.

*** Werbung + Fahrradbotendienst *** Tel.

Dänemark: Bombe gegen Trotzkisten

Am 16. März wurde in Kopenhagen ein Bombenattentat auf ein Büro der trotzkistischen Partei "Internationale Sozialisten" verübt. Beim Öffnen einer Briefbombe wurde Henrik Christensen, ein Mitglied der Partei, in die Luft gesprengt. Obwohl der Anschlag keiner der recht zersplitterten dänischen Faschogruppen zugeordnet werden kann, sind sich die dänischen Linken sicher, daß Rechtsradikale hinter dem Mord stehen. In den letzten zwei Jahren kam es bereits mehrmals zu Fascho-Angriffen linke Büros und Info-Cafes. Dabei waren aber "nur" Steine und Mollis verwendet worden.

Nun stellen sich die AktivistInnen die Frage, ob es sich bei dem Anschlag um eine einmalige Einschüchterungsaktion gegen aktive AntirassistInnen oder um den Beginn einer großangelegten Terrorkampagne, quasi als Fortsetzung der momentan staatlich propagierten rassistischen Politik, handelt.

Kärnten: Gute Geschäfte mit Rassisten

Eine Abordnung kärntner Politiker unterzeichnete am 14. März in Pretoria einen Freundschaftsvertrag mit der südafrikanischen Provinz Transvaal. Der Vertrag sieht die "enge Zusammenarbeit" auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet sowie die Förderung von Natur- und Umweltschutz bzw. Gesundheitswesen vor. Er hat allerdings keine völkerrechtliche Bindung und begründet nur eine Art erweiterte Städtepartnerschaft. Bei der Unterzeichnung anwesend waren die Politiker Zernatto (VP), Freunschlag (FP) und Rauscher (SP).

Die kärntner Politiker haben sich ihre Freunde gut ausgesucht: die Provinz Transvaal war die einzige, deren Wahlberechtigte beim vor kurzem abgehaltenen Referendum mehrheitlich für die Beibehaltung des Apartheid-Systems gestimmt hatten.

Fremdenfeindlicher Computer

Das Innenministerium will sich einen Großrechner zulegen, in dem eine computerisierte "Fremdendatei" und die Daten aller Flüchtlinge gespeichert werden sollen. Die Fremdendatei soll alle Aufzeichnungen über Menschen anderer Staatsangehörigkeit enthalten, die sich länger in Österreich aufhalten.

Wir wünschen der Polizei schon jetzt alles Gute, vor allem in Form antirassistischer Viren.

Bleistifte aus Tropenholz

(ÖE)

Tropenholz in der Schultasche? Die Debatte um den Tropenholzgebrauch zeigt offenbar Wirkung. Die Firma Brevillier-Urban ("Jolly") will Ummweltbewußtsein demonstrieren und behauptet in einem Informationsblatt, die Verwendung von Tropenhölzern in der Graphit- und Farbstiftproduktion wäre nicht zu vermeiden. Der Schreibwarenerzeuger betont, die Geringfügigkeit der Importe von indonesischem Jelutong-Holz und dessen ökonomische Verarbeitung. Angeblich seien heimische Hölzer für die Bleistiftfertigung völlig ungeeignet.

Diese Argumente sind keineswegs überzeugend. Nordamerikanisches Zedernholz kann ebenfalls für die Bleistiftfertigung verwendet werden, ist aber treurer. Konkurrent "Koh-i-noor" (Hardtmuth) plant die Umstellung auf europäische Hölzer und verkauft nur noch die Lagerbestände der Stifte aus Tropenholz. Gerade die Geringfügigkeit der Importe legt die Schlußfolgerung nahe, daß es kaum zu größeren Umstellungsschwierigkeiten kommen sollte.

Neues (altes) von Sieg's Bluzer

Zu Semesterbeginn ließen es sich die "Wiener Burschenschaften und Landsmannschaften" nicht nehmen, in vollem Aufzug (Uniform, Käppi und Schmiß) für "ihren" Siegfriedkopf in der Aula des Uni-Hauptgebäudes in Wien zu demonstrieren. Irgendwelche Uni-Gremien hatten vergangenen Sommer die Versetzung des Kopfes beschlossen, weil dieser von der "Deutschen Studentenschaft" aufgestellt (oder zumindest initiiert) worden war. Diese zu Lebzeiten höchst rassistische und deutschtümmlerische Studentengruppe ging nach 1938 vollständig in Nazi-Organisationen auf.

Das Flugblatt der "Wiener Burschi's", wohl als "Reinwaschung" des Marmorblocks geplant, kann auch "antifaschistisch" gelesen werden. Es belegt die innere Verwandtschaft von Monarchisten, chauvinistischen und elitären Akademikern, katholischen Rechten und Nationalsozialisten:

"Die Anregung zu einem Denkmal für die gefallenen Angehörigen der Universität geht bereits auf Herbst 1914 zurück. Die vom Professorenkollegium für diesen Zweck während des Krieges gesammelten Mittel fielen allerdings der Inflation zum Opfer. Einige Jahre nach dem Krieg wurden die fehlenden Mittel dann von der Deutschen Studenten-

schaft aufgebracht und das Denkmal im Einvernehmen mit dem Akademischen Senat am 9. November 1923 feierlich enthüllt. (...) Der unkontrovertielle bzw. überparteiliche Charakter des Denkmals geht u.a. daraus hervor, daß auch die Mitarbeit des späteren sozialdemokratischen Stadtrats Prof. Tandler an den Vorarbeiten nachweisbar ist. (...) Die Deutsche Studentenschaft war ein privater Verein (...). Als Mitglieder galten alle Studenten, die sich zum deutschen Volkstum bekannten, ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft. Studenten aus jüdischen Familien wurden allerdings als eigene Nation betrachtet (...). Die sozialde-

en an der Uni Wien zu verschleiern: Nur 15% hätten die Nazi-Organisationen in den zwanziger Jahren erhalten; es gab zu dieser Zeit keine Kammer, Organisation oder Institution, in der sich die Nazis solch großen Zuspruchs erfreuen konnten.....

Kommando Bart Simpson erklärt:

"Am 14. März übergaben wir in einer verdeckten, konspirativen und höchst revolutionären Aktion die aus den Händen der SJ Mariahilf

TATblatt

KURZ- MELDUNGEN

mokratischen Studenten lehnten eine Mitarbeit im Rahmen der Deutschen Studentenschaft ab. Dennoch beteiligten sich an den Kammerwahlen der Deutschen Studentenschaft an der Universität Wien in der Zwischenkriegszeit zwischen 2500 und 6000 Studenten (Das ergibt bei knapp unter 10 000 Hörern eine Wahlbeteiligung, die in der Regel viel höher lag als bei heutigen ÖH-Wahlen). Die Deutsche Studentenschaft wurde von den zwei großen Fraktionen der deutschnationalen und katholischen Studenten dominiert. Erst ab 1924 traten die Nationalsozialisten im Rahmen des "Völkisch-sozialen Blocks" zu den Kammerwahlen an: Der Völkisch-soziale Block errang an der Universität Wien in den zwanziger Jahren stets nur 15-16%; erst 1931 wurde er mit 36% stärkste Fraktion (...). Trotz der Konflikte zwischen der "Deutschen Studentenschaft" und den "National-freieitlichen Studenten" (die sehr viele jüdische Studenten in ihren Reihen zählten) einigte man sich bei der Einweihung des Gefallenen-Denkmal auf ein gemeinsames Auftreten und Zeremoniell.

Das Flugblatt dokumentiert also lediglich, wie sehr sich die diversen "universitären Gruppen" in ihrem chauvinistischen Elitarismus verwandt waren. Eine direkte braune Schnur führt vom kriegsbejubelten Akademischen Senat des Jahres 1914 über sozialdemokratische und "national-freieitliche" Universitätsangehörige zu den Nationalsozialisten: Sie alle waren anfällig für die gleichen chauvinistischen "Idee-le": Kriegsbegeisterung, Männlichkeitswahn, Begeisterung für autoritäre Führerideologien.

Das Flugblatt versucht aber auch die nationalsozialistischen Tenden-

befreite rote Fahne (abzüglich eines Fuzzi's, das schon zuvor postalisch an die SJ retourniert worden war) an das Tb-Kollektief. Die Tb-Leute sollten die Fahne am 17.3. abends an die SJ 6 zurückgeben (die haben da einen Heimabend gehabt). Wir verstehen dies als Ausdruck unserer konsequenten revolutionären Haltung: Angesichts der Abgehobenheit und Sturheit der SJ-Eierköpfe standen wir vor der Wahl, die Fahne entweder physisch zu liquidieren, oder aber Gefahr zu laufen, im Falle einer Freilassung ohne Erfüllung unserer (ohnehin minimalen) Forderung von den revolutionären Massen als Opportunisten angesehen zu werden.

Wir haben uns dazu entschlossen, diese Gefahr auf uns zu nehmen, um damit auch unsere Achtung vor dem Leben der Fahne zum Ausdruck zu bringen.

Gemäß ihrer Politik der harten Haltung stürmte am 17.3.1992 bereits Nachmittags eine Gruppe von SJ-Mitgliedern das TATblatt-Büro und zwangen die Fahne dazu, sich in die opportunistischen Fänge der SJ zurück zu begeben.

Wir vom Kommando Bart Simpson glauben aber, daß die Dialektik revolutionärer Kämpfe gewichtiger ist als die sozialdemokratische Doktrin der harten Haltung. Bestätigt wird diese Ansicht durch das verstärkte Hervortreten antagonistischer innerimperialistischer Widersprüche, die schließlich und folgerichtig bereits zwei Tage nach dem Sturm auf das Tb-Büro zur Auflösung der SJ-Mariahilf führten.

Vom Mißerfolg nicht entmutigt, sondern vom ungeheuren Zuspruch seitens der revolutionären Massen angestachelt (au) kämpfen wir weiter....

für Skateboards, Steinschleudern und Spraydosen auf Kranken-schen (folgerichtig: gegen den ver-tragslosen Zustand bei Kassenärzt-ten!!!)!!!

.....für den bewaffneten Volks-aufstand und ein revolutionäres Ma-ria-Hilf!!!

.....gegen Führerkult, opportun-istischen Revisionismus und die Re-aktion!!!

Angesichts der Verurteilung des Genossen P.M. durch die faschisti-sche Justiz haben wir aus aktuellem Anlaß unser Programm erweitert:

...für Bio-Gummi-Bärlü auf Kran-kenschein!!!

.....für volle und aktive Solidari-tät mit den vom EG-Beitritt in ihrer Existenz bedrohten Gläsern!!!

.....gegen die Verwendung der Worte Schwein, Sau, Viecherei, usw. als Schimpfworte (Forderung des radikal-vegetarischen Flügels)!!!

.....gegen verdummende und in-haltslose Anschlagserklärungen!!!

.....für Coffe-shops — gegen Pint!!!

Kommando Bart Simpson — Re-volutionärer Rat, am 20.3.1992 (der Tag danach)"

Anmerkung des Tb: Der "Sturm" aufs Tb-Büro ging höchst friedlich über die Bühne. Sie kamen, nahmen (die Fahne) und gingen.....

Polizisten sind nicht süß!

Wegen Beleidigung eines Poli-zeibeamten wurde der Berliner Ho-mosexuelle Thomas M. zu einer Geldstrafe von 800 DM verurteilt. Er war Anfang Juni vergangenen Jahres während einer Lesben- und Schwulendemonstration gegen Fa-

schoterror in eine Polizeikontrolle geraten und hatte während der Per-lustrierung den Beamten "Süßer" genannt und gefragt, ob er ihn denn auch mal abtasten dürfe. Der Be-ante legte Thomas daraufhin Hand-schellen an und beschuldigte ihn, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet und eine Körperverletzung begangen zu haben. Wegen letzterer Delikte wurde Thomas nach Einver-nahme von Zeuginnen freigespro-chen; wegen schwerer Ehrverlet-zung aber verurteilte ihn die Richt-erin. Ihr Urteil begründete sie unter anderem damit, daß "Schwule (...) auf die Gebräuche der Heterosexu-ellen Rücksicht zu nehmen" haben. Thomas legte Berufung ein.....

Iranische Flüchtlinge in der Türkei

Über 170 Flüchtlinge aus dem Iran hat die türkische Regierung kürzlich in der Stadt Van nahe der iranischen Grenze interniert, um sie in den Iran abzuschicken. Bereits im Februar waren 85 Menschen, die vor dem iranischen Klerikalfaschismus flüchten mußten und nur bis in die Republik Türkei kamen (Van liegt im türkisch besetzten Teil Kurdis-tans) an den Iran ausgeliefert und dort von "Revolutionswächtern" in einer Schlucht erschossen worden. Zehn weitere hatte bereits die türki-sche Polizei erschossen, nachdem sie aus einem Kleinbus flüchten woll-ten. Der Rat zur Verteidigung des Kampfes der iranischen Völker in Wien fordert ALLE auf, sich öffent-lich gegen das Vorhaben der irani-schen und türkischen auszuspre-chen!

WAA-chwirkungen

Mehr als 3300 Ermittlungsver-fahren, fast 1000 Strafbefehle und Anklagen. Im November letzten Jahres ging in Schwand-orf in der Oberpfalz der letzte der "Wackersdorf-Prozesse" über die Bühne.

(TATblatt Wien, Die Zeit, D. tägl. Horror)

Die Rechnung war nicht aufge-gangen. Nach der Umgehung hin-dernder demokratischer Instanzen, nach dem Einsatz tausender Prügel-polizisten aus dem ganzen Bundesge-biet, von Gummige-schoßen, zersplit-ternden Holzprü-geln, und dem für zwei Menschen tödli-chen CS-Gas aus Hubschraubern und Wasserwerfern, nach bereits verplanten und verbauten Milli-ardenbeträgen fiel es Betreibern wie Poli-tikern wie Schuppen von den Augen: die Anlage würde sich nicht rechnen! Viel-eicht aber haben sie einfach auch erkannt: dieser Widerstand war nicht zu brechen.

Dabei ließen die Herren nichts un-ver-sucht. Nebst den bür-gerkriegsähnlichen Großsätzen, der Hetze in den nahezu gleichgeschalteten Medien und dem täglichen Klein-krieg gegen die OberpfälzerInnen wurde der Widerstand gegen die ato-mare Wiederaufbereitungsanlage mit einer einzigartigen Prozeßlawine überrollt. Das Damoklesschwert der Kriminalisierung verfehlte zwar kei-neswegs seine Wirkung unter den bürgerlichen Organisationen und Parteien, die gerne auf den Zug des Widerstandes aufgesprungen wären, und viele erlagen auch dem Charme des bewährten Keils, der einmal mehr zwischen "gute" und "böse" DemonstrantInnen getrieben wer-den sollte. Dem so sorgfältig gezeich-neten Bild der ChaotInnen, Krimi-nellen und GewalttäterInnen im WAA-Widerstand widersprechen nun aber sogar die nüchternen Zah-len der Justiz.

Von über 3300 Ermittlungsver-fahren mußten etwa 2300 wegen Ge-ringfügigkeit oder mangelnden Tat-nachweises eingestellt werden. In knapp 1000 Strafprozessen kam das Gericht in 269 Verfahren nicht um einen Freispruch umhin, 186 wurden ebenfalls eingestellt. Es reichte ge-rade noch für 500 Geld- und einem dutzend Haftstrafen, die bis auf eine auf Bewährung ausgesetzt wurden.

Allesamt eingestellt wurden natür-lich jene hunderte von Strafanzei-gen und Ermittlungsverfahren gegen Polizisten wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung im Amt, Falsch-

aussage und Meineid. Gar nie ermit-telt wurden jene Beamten, die bei ihren Prügelorgien auf wehrlose De-monstrantInnen sogar auf Polizei-Video gebannt wurden.

"Ich selber habe die Angeklagte nicht gesehen." "Bewußt gelesen habe ich die Stellungnahme meines Kollegen nicht". meinten auch die als Zeugen genannten Beamten im letz-ten der Schwandorfer Prozesse. Da-für wollen sie die Angeklagte (Widerstand, Sachbeschädigung, ver-suchte Körperverletzung und schwe-erer Landfriedensbruch — einem Stein aus der Hand der Angeklagten soll ein Außenspiegel eines Wasser-werfers im Wert von 30 D-Mark zum



Opfer gefallen sein, verletzt wurde niemand) "mit Sicherheit" erkannt haben — können sich aber weder an Gesicht, Hose oder Jacke erinnern, geben gar zu, die Angeklagte für einen Mann gehalten zu haben. Trotz-dem endete auch dieses Verfahren, das mit einem maschinell erstellten Strafbefehl, in dem nur noch der Name der Beschuldigten und der Zeit-punkt der Festnahme einzutragen waren, seinen Anfang nahm, mit einer Geldbuße. Im Schwandorfer Amtsgericht, das eigens für die WAA-Verfahren umgebaut, und mit Stahltüren und fensterlosen Sit-zungssälen versehen wurde, schließt die Richterin diese letzte Verhandlung mit dem "milden" Urteil von 800 D-Mark, "auch um vielleicht allge-mein etwas Frieden zu schaffen", wie sie meinte.

Ob die OberpfälzerInnen diesen Frieden nach ihren Erfahrungen mit Staat und Recht noch wollen, wird sich weisen. Mit der auf dem ehema-ligen WAA-Gelände geplanten größten Solarzellenfabrik der Welt und der damit drohenden Ver-seuchung des Grundwassers in der Bo-denwöhler Senke wollen sie sich so einfach nicht abfinden. Im sorgfältig kritischen Umgang mit umstrittener Technologie sind sie geübt, und wohl auch im Widerstand dagegen.

Betrifft: TATblatt

Hurra! Wieder mal eine Doppelnummer! Ir-gendwie wird es ja langsam peinlich, aber — unschwer zu ersehen —: Mit dieser Nummer stimmt was nicht. Erstens ist sie zu spät (na-gut, das soll ja öfters mal vorkommen) und zweitens kostet sie statt ÖS 15,- diesmal ÖS 20,-. Pünktlich zum Drucktermin vor 14 Ta-gen gab die Druckmaschine vorübergehend ihren Geist auf. Wir wollten dann letzte Wo-che mit einer kleinen Ersatzmaschine eine Notausgabe herstellen. Alles war schon fix und fertig (inklusive des Layouts und der Mi-tarbeiterInnen) als wir merkten, daß auch die Ersatzmaschine nicht funktioniert. Deshalb haben wir jetzt mal eine Doppelnummer pro-duziert und hoffen, ab jetzt etwas regelmä-ßiger zu erscheinen.

Das alles wäre freilich nie gekommen, wenn wir schon mehr Geld beisammen hätten, und das TATblatt endlich unter vernünftigeren Bedingungen herstellen könnten, aber — ach ja!

Damit wären wir also wieder beim Geldthema! Für alle, die es immer noch nicht bemerkt haben: Das TATblatt ist teurer geworden. In diversen "Soli-Steuer-Flugs", die zahlreichen TATblättern beigegeben sind, haben wir es ja angekündigt: Wir sind fest entschlossen, eini-ge Produktionsschritte auszulagern. Zum Beispiel das leidige hässliche Zusammentra-gen und Falzen der einzelnen TATblatt-Seiten. Und um uns das leisten zu können, be-gannen wir das Soli-Steuer-Projekt. Leute, die ein Interesse daran haben, daß das TATblatt als halbwegs billige Zeitung erhalten bleiben soll, obwohl sie eigentlich ohnehin mehr Geld fürs TATblatt ausgeben könnten, waren auf-gerufen, "Soli-Steuer" zu zahlen. Das Prinzip der Soli-Steuer ist es, daß sich einige Leute

selbstverpflichten monatlich einen fixen Be-trag, möglichst mittels Dauerauftrag, aufs TATblatt-Konto zu überweisen. Rund 12 000 Öschis monatlich hätten wir ge-bräucht, rund 4 000 kommen jetzt so monat-lich herein. Das fehlende Geld muß durch die Preiserhöhung abgedeckt werden. Zum Überblick dabei hier nochmal die ge-zamen neuen Preise:

Ein TATblatt: 15 Öschis
10-Nummern-Abo: 140 Öschis
20-Nummern-Abo: 270 Öschis
10-Nummern-Abo außerhalb Öster-reichs: 200 Öschis

In diesem Sinne:
Liebe und Kraft!
Bis zum nächsten Mal!

PS:
Das TATblatt bräucht noch dringend einige Soli-Steuer-ZahlerInnen! Bitte rasch zur Bank gehen, Dauerauftrag einrichten, und uns eine Postkarte schicken! Als Betrag ha-ben wir uns so etwa 50 Schilling aufwärts vor-gestellt!
Unser Konto: P.S.K. 7547 213

Außerdem:
Wir haben in allernächster Zeit die Kosten (ca. 30.000 ÖS) wegen der Klage des Ahriman-Verlages zu zahlen. Also schon wieder ein Aufruf an euch, uns etwas von eurem Barem abzugeben. Wir wissen schon, daß wir diesbe-züglich schon etwas lästig sind. Wir verspre-chen auch ab jetzt etwas vorsichtiger zu sein, d.h. das gleiche zu schreiben aber so, daß wir keine Klagen einheimischen.

Ein Jahr Haft für Bacher und Sindelka?

Post plant gigantische SchwarzseherInnen-Datenbank

(ARGE DATEN)

In einer gigantischen Datenbeschaffungsaktion sollen neu gegründete Familien, ZuwandererInnen, BesitzerInnen von Zweitwohnsitzen, Gewerbebetriebe, Hotels und TelefonteilnehmerInnen pauschal in einer ORF-SchwarzseherInnen-Datenbank zusammengefaßt und diskriminiert werden.

Pauschale Verdächtigung und Kriminalisierung

Aus der Tatsache, daß es in den letzten fünf Jahren 316 204 Haushaltsneugründungen und 263 000 ZuwandererInnen gab, schließt das ORF-Management, daß es 579 000 "Schwarzseher"Innen gibt. Diese sollen von der Post in einer eigenen Datenbank zusammengefaßt und mittels Direkt-Mailing als GebührenthinterzieherInnen angesprochen werden. Dazu sollen noch 144 000 ZweitwohnungsbesitzerInnen und 189 940 Gewerbebetriebe kommen.

O-Ton der beispiellosen Kampagne: "die direkte Ansprache erzeugt das Gefühl **amtsbekannt** zu sein". Stellen Überwachung und Drohung den neuen KundInnen dienststil des ORF dar?

Adressenverlage sollen Datenmaterial beisteuern

Um an die begehrten hunderttausenden Privatadressen zu gelangen, sollen Adressenverlage eingeschaltet werden. Derzeit existiert jedoch für keinen österreichischen Adressenverlag die Möglichkeit, ZuwandererInnenadressen oder Haushaltsneugründungen legal und systematisch zu erfahren. Entsprechende Datenbestände der Adressenverlage wären illegal zustande gekommen. Damit nimmt die Post und der ORF den klaren Rechtsbruch nach dem Datenschutzgesetz (bis ein Jahr Haft!) bewußt in Kauf!

Sexualität in Beziehungen ist unser Thema!

Wir, eine Gruppe Soziologiestudentinnen und -studenten, suchen Dich und Deine Partnerin / Deinen Partner für ein Interview und / oder eine Gesprächsrunde. Wenn Ihr bereit seid, uns über Eure Erfahrungen zu berichten, ruft Alfred Walcher (0222 / 604 38 21 abends) oder Elisabeth Wallner (0222 / 877 96 34) an.

Für uns ist es wichtig, daß wir Paare suchen, die zusammen sind, wobei er und sie bereit sein sollten, sich interviewen zu lassen. Um Mißverständnisse zu vermeiden, möchten wir festhalten, daß wir Personen,

die sich interviewen lassen, keinerlei Honorar bezahlen können.

Kommen die gebührenpflichtigen Zebrastreifen?

(TATblatt-Wien)

Am 16. 11. 1990 um 17.28 Uhr wurde der Altraum jedes autofahrenden Menschen Wirklichkeit: Meuchlings und ohne Gnade überquerten da plötzlich mehrere Personen auf einem ungeregelten FußgängerInnenübergang die Fahrbahn (!) der Favoritenstraße in Höhe Gußhausstraße. Grund genug für die anwesenden Sicherheitskräfte einzuschreiten. Zwei der FußgängerInnen, unter ihnen G., wurde angezeigt. Er soll die Fahrbahn "vorschriftswidrig", nämlich "nicht in angemessener Eile, sondern extrem langsam" überquert haben. "Durch dieses vorschriftswidrige Verhalten wurde der Fahrzeugverkehr in unnötiger Weise behindert."

Erschwerend kam sicherlich dazu, daß G. Teilnehmer einer der freitäglichen Fahrraddemos war, die zu jenem Zeitpunkt gerade eine kleine halbstündige Fußgängerpause eingelegt hatte. Darüberhinaus dürfte die mutmaßliche Orientierungslosigkeit G.'s, die ihn zu wiederholten Überquerungen in entgegengesetzten Richtungen genötigt hatte, das Mißfallen der einschreitenden Organe hervorgerufen haben. Da in den einschlägigen Gesetzeswerken allerdings nirgends irgendwelche Obergrenzen für die Anzahl der Straßenüberquerungen vorgesehen sind, fühlte G. sich ungerecht behandelt, und führt daher seitdem einen kleinlichen Rechtsstreit. Dieser Tage ist er nach einem monatelangen Stellungnahmen-Hin-und-Her in die Berufung gegangen.

Eine für alle Seiten befriedigende Lösung in der Frage der Überhand nehmenden Straßenüberquerungen durch unmotorisierte VerkehrsteilnehmerInnen zeichnet sich unterdessen leider immer noch nicht ab. Die einzige Chance bestünde vielleicht in der Einführung der schon lange geforderten maschinenlesbaren Personalausweise, die in Zusammenhang mit Lesegeräten an allen Straßenecken jede Überquerung speichern und so die Schutzwege vor Mißbrauch schützen könnten. Wenn die Karten sowohl vor als auch nach der Überquerung in die vorgesehenen Geräte eingeschoben werden müssen, könnte überdies auch objektiv beurteilt werden, ob tatsächlich die individuell zumutbare Eile aufgebracht worden ist.

Die für diese Einrichtungen erforderlichen Investitionen könnten durch eine Straßenüberquerungsgebühr aufgebracht werden. Da durch derartige Maßnahmen die Flüssigkeit des Verkehrs sicherlich geboten wird, was folgerichtig zu geringeren Schadstoffbelastungen in der Luft führen muß, böte sich vielleicht

eine attraktive Umwelt-Straßenüberquerungs-Streifenkarte an. Um AutofahrerInnen (die sind nämlich ohnehin die Melkkühe der Nation, müssen Sie wissen!) nicht doppelt zu belasten, könnten vielleicht verschiedene Ermäßigungen für ZulassungsscheinbesitzerInnen oder Mitglieder diverser Autofahrerklubs vorgesehen werden.

Ostermontag: Liesing — Waldmühle Sonderfahrt für Regionalbahnen

Die "Österreichische Regionalbahninitiative" und der gute alte ORNETT veranstalten am Ostermontag (20. April) eine Sonderfahrt auf der für den öffentlichen Personenverkehr seit 1951 gesperrten Kaltenleutgebener Bahn Liesing — Waldmühle. Die Fahrten werden mit dem ÖBB-Schienenbus 5081 001 durchgeführt. Abfahrt in Liesing ist um 13.35, 14.35 und 15.35, also ganz NAT im Takt. Zurück fahren die

ge ab Waldmühle um 14.10, 15.10 und 16.10.

Der Fahrpreis beträgt (hin- und retour) S 75,—. Dazu gibt es ein wahres Dickicht an Fahrpreisermäßigungen (zB für "Fahrgast"-Mitglieder), an dessen Unüberschaubarkeit sich die ÖBB-Tarife noch einiges anschauen können. Der Fahrpreis muß bis 9. April mittels Erlagschein auf das Konto PSK-Konto Nr 7643.453 (ARGE STOP TRANSIT) mit dem Kennwort "Sonderfahrt" eingezahlt werden. Unbedingt dazuzuschreiben ist, welche Züge benützt werden, denn der Erlagscheinabschnitt dient nicht nur als Fahrkarte (also unbedingt mitnehmen!) sondern auch als Platzreservierung für den vermutlich etwas zu kleinen Schienenbus. Für den ersten Zug besteht sogar schon strengste Reservierungspflicht. Ansonsten gibt's beim Zug stets Restkarten nach Maßgabe des noch vorhandenen Platzes. Für alle, die mitfahren wollen, sich jetzt aber nicht mehr auskennen, hier die Kontaktadresse der "Österreichischen Regionalbahninitiative": ÖRBI, c/o O. Novotny, Währingerstraße 59, A-1090 Wien; Tel. 0222/ 402 69 55. Dort gibt es dann nähere Infos.

Eigentlich hätte die folgende

RICHTIGSTELLUNG

schon vor etlichen Nummern erscheinen sollen. Eine Verknüpfung widriger Umstände führte aber dazu, daß gerade dieser Text immer wieder aus jeder Nummer rausgefallen ist. Wir bitten für diesen zweifelloso schwerwiegenden Fehler vielmals um Entschuldigung!

Korrektur aus Südtirol

Zu berichtigen ist die Feststellung aus einer der frühen TATblatt-Ausgaben (minus-40), derzufolge kein einziger/r RepräsentantIn der Südtiroler Hochschülerschaft (SH) in deren Namen gegen die Hetzveranstaltung der FSI opponiert hätte. Das infame Vorgehen der FSI brachte es nämlich zuwege, daß die SH, die wohl einen Protest vorbereitet hatte, an der Teilnahme an der Veranstaltung gehindert wurde, und die genehme Konsequenz daraus war, daß das Publikum von keinem SH-Protest etwas erfuhr, dieser also im Endeffekt nicht stattfand. Die nach dem ersten Satz der Klotz ("Ich freue mich ganz besonders, in dieser hochpolitischen, südtirolpolitischen Zeit zu Ihnen zu sprechen!") eingreifenden ZwischenruferInnen, die aus dem Saal befördert wurden, das waren eben die Angehörigen der Südtiroler Hochschülerschaft, wie wir erst im nachhinein erfuhrten! — Mit einem Wort: an der Uni Wien finden öffentliche Veranstaltungen statt, an denen VertreterInnen von Organisationen deutscher Minderheiten aus dem Ausland die Teilnahme verweigert wird! Die Rassistenkompizen und Dodeln in der Wiener Universitätshierarchie werden über diese Tatsache noch Rechenschaft abgeben müssen! Ein Protestschreiben der SH, das noch um 2 Uhr Nacht an die staatlich über-

subventionierte apa (Austria Presse Agentur; deren Monopolmacht endlich ebenso bestritten gehört, wie die der Monopolagenturen der realsozialistischen Staaten!) losgelassen wurde, war bei der apa nicht mehr auffindbar! Ergo erging kein Protest an irgendeine österreichische Zeitung, berichtete keine österreichische Zeitung über die Stellungnahme der SH. Dann nennt man Faschismus plus Schlamperei!

Im Detail erfuhren wir von der SH folgendes: Insgesamt hatten etwa 10 Leute der SH protestiert. Ein einziger Protestruf genügte, daß ihnen die Teilnahme an der Veranstaltung verweigert wurde! Sie wurden von den Ordnern aus dem Saal gedrängt. *Es habe sich etwa um 30 Ordner gehandelt, wie von zwei Personen unabhängig voneinander berichtet wurde. 3 zu 1! "Gewaltanwendung war ergo kaum erforderlich"*, so eine Frau der SH, die an der Aktion teilgenommen hatte. "Die ham uns ausse schupfn gekonnt ohne Problem!" Vom Auditorium schien niemand den Bedrängten geholfen zu haben. Denn die SH-lerInnen befanden sich, wie sie berichten, allein mit den Ordnern vor dem Audimax — der neuen Feldherrenhalle Wiens. Und jetzt kommt's: *Unmittelbar darauf kam ein Photograph, der alle der Reihe nach abfilmte!*

Wir haben nicht alles, aber was wir haben zählt: Bücher, Videos & CDs von Zweitausendeins.

Das große Songbuch von Bob Dylan. 1.236 Seiten. 250 ÖS.

"Texte/Lyrics 1962-85", von ihm selbst herausgegeben (mit Zeichnungen) ist es international das umfassendste Dylan-Songbuch. Zweisprachig, englisch/deutsch. Übersetzt von Carl Weissner & Walter Hartmann. Großformat 23x16 cm. Jetzt als Paperback und ungekürzt nur noch 250 ÖS.

Das Songbuch von Frank Zappa. 500 Seiten. 170 ÖS.

Das erste komplette Zappa-Songbuch seiner kreativsten Jahre 1966-75, und gleich neben den Originaltexten die deutsche Übersetzung von Carl Weissner. Es ist die umfassendste und wohl einzige Zappa-Textsammlung dieser Art international. Paperback. Nur bei uns. Nur 170 ÖS.

Poesie, Revolte, Sex.

Rimbaud komplett. 570 Seiten nur 250 ÖS.

Arthur Rimbaud begann im Alter von 9 Jahren das Schreiben, mit 19 hörte er auf. Dann verließ er angewidert Europa, "diesen Kontinent, auf dem die Blödheit streunt", in Richtung Afrika, wurde Wanderer und Waffenhändler. Sein zehnjähriges dichterisches Schaffen beeinflusste die Literatur bis heute zu den jungen Wilden. Brecht brachte Rimbaud im Baal zur Wiederverwertung, Jim Morrison baute ihn in seine Bühnenshows ein, Bob Dylan bestritt ganze Alben unter Ausbeutung von Rimbauds wildwüster Vorarbeit und Patti Smith meint: Rimbaud was a Rolling Stone. 570 Seiten, fester Einband. Nur 250 ÖS.

Wie schreibe ich ein erfolgreiches Drehbuch?

Am besten ist, Sie gehen zu Syd Field, dem meistgefragten Drehbuchlehrer der Welt. Für alle, die nicht zu seinen Seminaren kommen können, hat Syd Field "Das Handbuch zum Drehbuch" geschrieben. Es kommt exklusiv bei Zweitausendeins in deutscher Sprache heraus. Im "Handbuch zum Drehbuch" lernen Sie alles, was dazugehört: Die erste Idee im Kopf, die erst Kurzfassung in drei Sätzen, das Vier-Seiten-Treatment, die wichtigen dramatischen Wendepunkte, wie gestalten Sie lebendige Figuren, Sinn und Unsinn von Dialogen, denn, so Field, in vielen Filmen wird zu viel geredet und zu wenig gezeigt. Übungen und Anleitungen zu einem guten Drehbuch. 232 Seiten, fester Einband. Nur bei uns. 230 ÖS.

Timothy Leary über Robert Anton Wilson:

"Einer der scharfsinnigsten, bedeutendsten Wissenschaftsphilosophen dieses Jahrhunderts." Und einer der unterhaltsamsten.

Robert Anton Wilson veröffentlicht ein provokantes Buch bei Zweitausendeins. Über den Dogmatismus der Wissenschaften heute: "Die moderne Inquisition". Wilson ist einer der beliebtesten Kultautoren unserer Zeit. Gemeinsam mit dem einstigen Harvard-Dozenten und LSD-Guru der 60er Jahre, Timothy Leary, veröffentlichte er den Band "Neuropolitik". Neben Douglas Hofstadter ist Wilson der Leib- und Magenautor der Hacker und Cyberpunks. Das neue Buch hat 320 Seiten, Fadenheftung und einen festen Einband. Nur 240 ÖS.

Umfassenden Buch-, Video-, & CD-Katalog anfordern!

**VKA, Inh. Gabriele Springer, Stiegengasse 20, 1060 Wien, Tel. 0222/567241,
Pfeifergasse 4, 5020 Salzburg, Tel. 0662/843443**

Haider, FPÖ und Publikum

Zwei Buch-Rezensionen

(ein antigermanistischer Rassist aus der Tb-Redaktion)

Jörg Haider und sein Publikum.....

„Eine sozialpsychologische Untersuchung“ lautet der Untertitel des im DRAVA-Verlag erschienenen 200-Seiten-Büchleins, in dem der Erfolg des „Phänomens Haider“ untersucht werden soll.

„Auch viele Gegner sind mit Haider unterirdisch identifiziert. Das macht den Widerstand so lahm. Haider verkörpert am schamlosesten den Trend zu einer Eurofitness der selbstgefälligen Erfolgstypen, der aggressiven Konkurrenten, der Verhöhnung von Schwäche, dem sich im Grunde fast alle verschrieben haben.“

Den Untertitel trägt das Buch zu Recht, doch ist diese Feststellung bisweilen auch als spitze Randbemerkung zu verstehen: „Wenigstens in diesem Sinne hat Haider (...) die Nationalratswahl verloren (gemeint ist die des Jahres 1990; Anm.Tb), weil auch ihm das Wahlergebnis ebenso wie das 'Spiegelin an der Wand' in dem angesprochenen Märchen gesagt hat, was dem Narziß die schlimmste Qual bedeutet: daß er nicht der einzig Größte im Lande ist. Dies hat Haider bereits im Wahlkampf gespürt und die daraus resultierende narzistische Wut in der Verhöhnung seines Konkurrenten (Vranitzky) ausgedrückt.“

Neben recht langwierigen Einleitungen, durch die sich in der Disziplin „sozialpsychologischer Diskurs“ ungeübte LeserInnen regelrecht durchbeißen müssen, finden sich auch recht häufig dem oben angeführten sehr ähnliche Schlüsse, die (zumindest von mir) nur schwer nachvollzogen werden können.

Mensch kann an das Buch auch anders herangehen: Die Autoren (nur Männer) führen sehr ausführlich alle an Haider entdeckten Charakterzüge bis ins Detail auf; so ausführlich, daß es manchmal mühsam wird, zu folgen.....

Pensionismus ?

Doch das Durchbeißen ist von Wert: Die Autoren decken bei Jörg Haider und seinem Publikum ein Phänomen auf, das ein AutorInnenteam der „Jungen Generation“ vor 15 Jahren (in einer Broschüre über „Staberl“) ein wenig unglücklich als „österreichischen Pensionismus“ bezeichnet hatte. Der Inhalt des Begriffs, der 1976 zu Protesten diverser PensionistInnen-Vereinigungen geführt hatte (und im rezensierten Buch auch gar nicht vorkommt), kann

mit folgender Geschichte umschrieben werden:

Ort der Handlung: Ein Altersheim.

Seit Monaten schon sind die Heim-Insassen über das schlechte Essen verärgert. Eines Tages nach dem Mittagessen steht ein älterer Herr auf und verlangt den Heimleiter zu sprechen. Vor versammelten BewohnerInnen poltert der ältere Herr nun über das schlechte Essen und fordert Abhilfe. Der Heimleiter hört zu, verspricht eine Verbesserung und geht an seine Arbeit zurück.

Folgen: Das Essen ist weiterhin genauso schlecht wie früher, der polternde ältere Herr ist jedoch bei der Heimgemeinschaft beliebt und geachtet. Er gilt als einer, der sich 'was traut...

„Pensionismus“ bedarf zweier TrägerInnen: Der Staberl braucht seine LeserInnen (Haider sein Publikum) und umgekehrt. Staberl wie Haider sprechen Gefühle an, die in fast allen Menschen schlummern: Das

Symbol der jahrelangen Gängelung der KärntnerInnen am Band der Wagner-SPÖ abgeschossen. In einem Interview, daß einer der Autoren mit Angestellten des LKH Klagenfurt führte, war über die Stimmung unter der Belegschaft folgendes zu hören:

Über Gebhart Arbeiter: „.....(die Leute) haben sich ja Abhängigkeiten geschaffen. Du hast ja in dem Haus keine Wohnung, keine Dienstzimmer, kein Kinderheim, keinen Kinderhort, keine Zwei-Drittel-Beschäftigung gekriegt ohne ihn!“

(...) Frage: „Das heißt, die Mehrheit im Betrieb hat gemeint, es war richtig, daß er (Haider) den Arbeiter abgeschossen hat?“

Antwort: „Richtig.“

Die anfängliche „pro Haider-Stimmung“ wurde aber durch die Art des „Abschießens“ (fristlose Entlassung) wieder ins Gegenteil verkehrt.

Frage: „Das heißt, daß die Veränderung durch die Entlassung Arbeiters nun dazu führt, daß die Belegschaft jetzt mehr Angst hat als vorher?“

Antwort: „Richtig. Redens nicht nur mit den Leuten vom Krankenhaus, redens mit den Beamten in der Landesregierung. Da werden Leute für den Arbeiter reden, die ihn früher nicht einmal riechen haben können.“

Gipfelpunkt der Affäre: Nach der Nationalratswahl einigten sich beide Seiten, ihre jeweiligen Aussagen „mit Ausdruck des Bedauerns“ zurückzunehmen.

Geändert hat sich nix, aber vor der Öffentlichkeit steht Jörg Haider als einer da, der sich was traut.....

Kurz zusammengefaßt: Zum Teil mühsam zu lesen,

aber ein wichtiger Beitrag zum Verständnis des „Phänomens Haider“. Oder: „Unsere Studie wurde auch zur Selbstanalyse“, wie die Autoren meinen.

Goldmann, Krall, Ottomeyer: „Jörg Haider und sein Publikum; eine sozialpsychologische Untersuchung“

DRAVA-Verlag Klagenfurt/Celovec 1992

Preis: öS 198,-

...im rechten Licht

Die 120 Seiten Broschüre ist keine sozialpsychologische Untersuchung. Die „Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ“ (Untertitel) waren 1991 auf Anregung einiger liberaler Parteien (?) als Materialiensammlung für das FPÖ-Ausschließungsverfahren der „Liberalen Internationalen“ (LI) zusammengestellt worden. Das Verfahren wurde auf betreiben der bundesdeutschen FDP eingestellt, die „Ermittlungen....“ jedoch



Gefühl, gegen die Bürokratie machtlos zu sein;, daß „die da oben“ sich's eh alle richten, während wir da unten.....

Das Gefühl der absoluten Ausgeliefertheit!

Der Fall Arbeiter

Seine Opfer sucht sich Haider gut aus: z.B. Gebhart Arbeiter, Mehrfachfunktionär der SPÖ in Kärnten.

In seiner Funktion als Betriebsratsobmann des Landeskrankenhauses Klagenfurt hatte er es gewagt, Jörg Haider zu kritisieren. Das brachte ihm die fristlose Entlassung ein.

Haider: „Die Menschen sind derartig unterdrückt, daß sie sich nicht einmal die Wahrheit zu sagen getraut haben. Daher war es richtig, daß ich einmal hineingefahren bin und diesen unmöglichen Betriebsratsobmann, den Herrn Arbeiter, aus dem Betrieb entfernt habe...“

Das ist angekommen. Haider hatte ein

mit Unterstützung der "grünen Bildungsverkstatt" von der **edition sandkorn** veröffentlicht.

Eine Materialien-Sammlung, wie schon gesagt..., und keine schlechte.

Aufbauend auf die von Andreas Mölzer verfaßte inoffizielle Parteigeschichte der FPÖ ("der Eisbrecher") werden Zitate Haider, Mölzers und anderer FPÖ-Politiker gesammelt und nach Schwerpunkten geordnet aufgelistet. Und in ihrer Schwerpunktsetzung liegt auch die — ein wenig glückliche — Aktualität der Zusammenstellung: So ist im fast ein dreiviertel Jahr alten Bändchen nachzulesen, daß Andreas Mölzer seinen "Sager" von der Umvolkung Österreichs nicht erst vor drei Wochen, sondern bereits am 20. März 1990 im Parteiorgan der Kärntner FPÖ, den "Kärntner Nachrichten", verbreitet hatte. Auch damals fehlte nicht der Vorwurf, AntirassistenInnen seien "antigermanistische Rassisten".

Die Lektüre des Buches kann geradezu erheitern, wenn es z.B. gelesen wird, während Mölzer im Bundesrat gerade sein Recht auf freie Meinungsäußerung einfordert. Über selbige kann nämlich im inoffiziellen Parteiprogramm der FPÖ, der sogenannten "Lorenzener Erklärung" gelesen werden: *"Die persönliche Freiheit findet ihre Grenzen dort, wo ethische Grundwerte, die kollektive Freiheit des Volkes, Gemeinschaftsinteresse u.dgl., aber auch absolute Wahrheiten gegenüberstehen."*

Einem weltanschaulichen Pluralismus sind daher auch Grenzen gesetzt durch kulturelle und völkische Tradition, Sitte, Brauch und vor allem durch objektive Wahrheiten."

Angesichts der Auseinandersetzung, die SP- und -VP-Abgeordnete mit Mölzer im Bundesrat führten, stellt sich doch die Frage, wessen Meinung nun durch "objektive Wahrheiten" gedeckt zu sein scheint; weiters: Welcher der vertretenen Meinungen denn Grenzen gesetzt werden müssen; und schließlich: Auf welche Art und Weise dies denn zu geschehen hätte. Wenn Mölzer für sich das Recht auf freie Meinungsäußerung geltend machen möchte, dann ist doch der Schluß naheliegend, daß dies unsereins aus oben genannten Gründen verwehrt bleiben müsse!

Neben Zitaten enthält "Im rechten

Licht" auch Erläuterungen. So zum Beispiel über den "St. Lorenzener Kreis", in dem der "Putsch" des Innsbrucker Parteitages 1986 (bei welchem Haider von Steger die Parteiführung übernommen hatte), vorbereitet worden war.

Die Grundsatzerklärung des "Lorenzener Kreises", bereits oben auszugsweise zitiert, sollte die *"weltanschaulichen Grundlagen"* des FPÖ-Aufschwungs nach 1986 darstellen, *"ohne die jedes politische Handeln in Pragmatismus abzugleiten droht"*. Als solche Grundlage stellen *"Volk, Heimat, Freiheit, Ehre, Treue, Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Sitte und Brauch Werte"* dar, *"die unser Handeln bestimmen"*.

Welche nun bei der Aneinanderreihung von Ehre und Treue ein wenig zu stutzen beginnen, seien darauf verwiesen, daß dieses Bändchen nach eigenem Denken verlangt. Eine Analyse der ausgewählten Zitate gibt es nicht. Das ist schade, denn die Zitate aus der "Lorenzener Erklärung" schreien nahezu nach einer vergleichenden Gegenüberstellung mit dem NSDAP-Programm.....

"Kunstwerke müssen bestimmten technischen und ästhetischen Anforderungen genügen, keineswegs darf eine einseitige Kunstkritik als maßgebliche Richtschnur dienen. Keineswegs dürfen Steuermittel für Erscheinungen wie 'Aktivismus', blasphemische Darstellungen, für jegliche Werke, die die Gefühle unserer Bevölkerung grob verletzen, unsere Heimat und Überlieferung verächtlich machen oder der Geschäftsmacherei dienen usw. verwendet werden. Auch

die Förderung von Werken, die fremdartige Ausdrucksmittel benützen oder unserer abendländischen Tradition zuwiderlaufen (z.B. Primitivkunst, fernöstliche Modernen, 'Subkultur') ist abzulehnen."

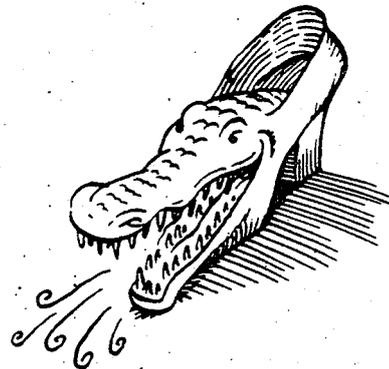
Das Material ist reichlich, und verhindert falsche Traueranfänge: etwa über den Rücktritt Norbert Gugerbauers. Der gesäuberte RECHTS-Anwalt ist Mitunterzeichner der "Lorenzener Erklärung"!

Diese Buch ist im Handel erhältlich; es kann keine R sagen, er/sie hätte nichts gewußt.....

Busch, Fasching, Pillwein: Im rechten Licht — Ermittlungen in Sachen Haider-FPÖ; edition sandkorn, 2. leicht aktualisierte Auflage Februar 1992;

Preis: öS 88,-

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Meini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083626
1010 WIEN, Himmelstortgasse 26, Tel. 5121967

bezahlte Anzeigen (oben und unten)

papierTIGER

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Chlorfrei gebleicht

Politische und private Aufarbeitung von (Soli-)Festen und eine Auseinandersetzung mit dem Publikum anhand des Beispiels:

Chuzpe Fest

Also, als erstes einmal, etwas zum Thema Konsequenz an die Leute, die das Gan-

LeserInnenbrief

ze inzseniert haben: Warum biedert ihr euch an die üblichen Feste an, wenn ihr das ganze Jahr über in eurem Wohnzimmer alkohol- und drogenfreie Zone macht, indem ihr nachher im EKH 1000(!) Liter Bier ausschenkt! Und noch nicht genug, hier wird auch noch Tequila und Wein feilgeboten und das auch nicht wenig.

Und zum Publikum: Zuerst eine Runde, die sich über den ach so teuren Preis aufregt, wo doch 6 Bands angekündigt sind, und das Ganze eigentlich ein Solifest sein sollte. Wo ist die Solidarität, bei der ihr eigentlich euer ganzes Geld freiwillig spenden solltet, und nicht um den Eintritt gefeilscht werden sollte? Dann kommt ihr rein, sauft euch zu, raucht euch ein, und macht euch sonstwie dicht, und Kommunikation rennt vielleicht nur noch alle halben Stunden, wenn euer Bier zu Ende ist, um ein neues zu bestellen. Ich habe die ganzen 17 Stunden, die ich dort verbracht und gehackelt habe, für euch Wixer (der Arme hat nie gewixt! Anm. des Sätzers. Anm. des Tipplers: ich versteh trotzdem nicht warum du Wixer verwendest), keineN einzigE getroffen, der/die mich gefragt hätten, worum es eigentlich geht, was wir für Probleme und Pläne für die Zukunft haben, und ich kaufe es euch nicht ab, daß ihr alle schon über alles informiert wart, denn sonst würdet ihr ja vielleicht euren Arsch rühren und etwas für uns und euch selbst tun. Solidarität äußert sich nämlich noch nicht im Alkoholspiegel. Und auch nicht im besoffenen Gegröle. Aber noch eine viel bessere Leistung war, als einige Leute die TontechikerInnen, die sowieso wegen interner Pünktlichkeitsproblemen rund 2 Stunden zu spät dran waren, auch noch bei ihrer Arbeit behinderten und sogar als Glanzleistung androhten, das Mischpult mit Bier zu überschütten, wenn die Bands nicht sofort spielen würden, als ob es dann schneller ginge, wenn diese dann

Klaus Kopanski abgeschoben

Der gemeinsam mit Gottfried Küssel in dessen Wohnung am 7. Jänner verhaftete Klaus Kopanski wurde am 4./5. April in die BRD abgeschoben. Kopanski wurde wie Küssel aufgrund des in Tele 5 gesendeten Interviews verhaftet, in dem Küssel die Wiederzulassung der NSDAP forderte.

zwischen durch einen Typ erschlagen... Noch eine Runde später, kurz nach dem Soundcheck hat ein absolutes Prachtexemplar von einer dummen Sau geschafft, seine Wurstfinger so übers Mischpult zu steuern, daß fast alles auf diesem wieder verstellt war. Der Scheißkerl sollte sich bei meinem Nervensystem bedanken, daß es vor Schock handlungsunfähig war, sonst würde er wahrscheinlich nicht mehr saufen. (Nicht ernst gemeint!)

Findet ihr euch eigentlich toll dabei, wenn ihr es schafft, Bands genauso wie TechnikerInnen zu verärgern, die für euch und für die Chuzpe gratis den ganzen Abend hackeln und alles andere als ihren Spaß haben, weil eben genau solche Leute durch die Gegend wandern und scheinbar außer Saufen nichts im Kopf haben. (Auch die Häfn-Solis ganz toll! da sitzt eineR im Häfn und draußen saufen die Leute, weil sie ja sooo solidarisch sind und die Person im Häfn wird in der Zwischenzeit mißhandelt und verdurstet! Echt zum Kotzen!) Also für mich sind Solifeste noch immer eine Möglichkeit, sich über Sachen zu informieren, darüber zu diskutieren, eine angenehme Stimmung mit politisch motivierten Leuten gemeinsam und gesellig zu genießen, und sich gemeinsam weitere Vorgangsweisen bei einem Bier zu überlegen (schunkel d.S.), ohne total besoffen und unzurechnungsfähig Schwachsinn zu verbreiten und andere Leute bei ihrer Arbeit zu behindern.

In diesem Sinne Liebe und Kraft (säusel) euer W.

P.S.: Politische Arbeit ist zwar zeitweise ein Grund zum Saufen, aber Saufen ist keine politische Arbeit. ●

Wir haben einen Teil der Kommentar des Setzers, die in den Text hinein sollten, wieder rausgeschmissen, weil sie uns unnötig und dem Text unangemessen erschienen. In dem Leserbrief kommen zwar auch ein Haufen diskriminierender Phrasen vor, mit denen der Schreiberling seine Aggression zum Ausdruck zu bringen versucht. Genauso stimmt das "ihr" im Sinne von "Ihr seid die Bösen, nur ich bin der einzig Gute" nicht. Aber von Leuten kann mensch nicht verlangen, daß sie schmeichelweiche supersaubere Nadelstreifenartikel produzieren, wenn sie ihre aufgestaute Wut zum Ausdruck bringen.

Aufgrund des Strebfaktors -33 entfällt leider für diese Nummer ein ausführlicher Bericht über den "Auschwitzlügenprozeß" in Salzburg. Wo sich der ehemalige SSler Fritz Rebhandl seit 1. April vor Gericht über den Inhalt, der von ihm herausgegebenen Zeitung "Der Volkstreue" sich zu verantworten hat. Vereidigt wird er von Herbert Schaller, der scheint zur Zeit nichts anderes zu tun, hat, als Auschwitzlügen zu verteidigen: Unter den ZuhörerInnen befand sich auch Karl Pölacek.

Der Prozeß wurde auf 24. April vertagt. Drei Tage später (27.4.) beginnt in Wien der Prozeß gegen Gerd Honsik.

Kraft der Verspieltheit Höchste Zeit für das erste Spiel im Staat

Am 26. April ist BundespräsidentInnenwahl! Ja, und weil das eine ganz wichtige tolle Sache ist, ist es natürlich jammerschade, daß dieses einzigartige Ereignis immer nur ein/zweimal im Jahresrhythmus stattfindet. Dabei kann Demokratiespielen doch soooo schön sein. WelcheR gute StaatsbürgerIn hat da noch nie den Wunsch verspürt, immer und immer wieder neu zu wählen?, so oft und so lange es Spaß macht.

Das AutorInnenduo "Breu und Moki" — ebenso unbekannt unter dem Namen "Edition^{mo}" — macht nun das unmögliche möglich. "Herr Bundespräsident" heißt ihr neuestes und gleichzeitig erstes Spiel, das vor wenigen Wochen erschienen ist. Den Namen trägt es allerdings etwas zu unrecht, denn ehe endlich das neue Staatsoberhaupt glorreich gekürt werden kann, gilt es BürgermeisterInnenwahlschlachten zu schlagen, Nationalräte zu wählen, Einfluß und Sympathie im Volk zu gewinnen, zu erkämpfen und freilich auch zu kaufen. Der Korruption und Freunderlwirtschaft ist dabei Tür und Tor geöffnet, was nicht zuletzt daran liegt, daß die Spielregeln mitunter ziemlich viel Spielraum für widersprüchlichste Auslegungen zulassen. In solchen Fällen gilt es frei zu diskutieren und — ganz nach persönlichen Vorlieben — abzustimmen oder zu intrigieren. Obendrein gibt es Ereigniskarten, Stimmkarten, Würfel und Unsummen an Alpenknödel, die den Spielverlauf auch nicht unwesentlich beeinflussen. Nicht zu vergessen sind die 64 PolitikerInnenkarten (mit Persönlichkeiten von Rudi Bleicher über Thomas Kleistir, Heidrun Schmiedl zu Rudolph Schwungh und vielen anderen)!

Alles zusammen ist für 470,— Alpenknödel zu haben (was gemessen an den Wahlkampfausgaben von SPÖVFPÖGA so gut wie mehr als geschenkt ist).

Eine Postkarte an "edition^{mo}", c/o Christian Mokricky, Theobaldgasse 16/11, 1060 Wien genügt, und das Spiel kommt ins Haus (wo es dann auch bleibt, wenn der im Lieferumfang enthaltene Erlagschein prompt eingezahlt wird).

Zum Spielen müßt ihr euch dann allerdings viel Zeit nehmen! Wir sind beim Probesspielen aus Zeitmangel leider nur bis zur Nationalratsrunde gekommen. Bis dorthin war es aber jedenfalls sehr lustig. Irgendwie fehlte halt bloß der krönende Abschluß. Auf alle Fälle: Unbedingt kaufen! Übrigens: Mit dem Kauf jedes Spieles unterstützt ihr die Entwicklung etwaiger weiterer Spiele aus dem Hause Mo.

Termine:

Wien:

jede Woche:

"PiratInnen-Radio" auf UKW 103,3
Mo, 7.00-9.00 Uhr Frühstücksradio
Mo-Sa ab 18.00 Uhr senden verschiedene PiratInnen
So ab 14.00 Uhr Gemeinschafts-sendung

jeden Do, 20.00 Uhr:

"Rechtshilfedisko"
im EKH (10, Wielandgasse 2-4)

jeden Fr, 16.00 Uhr:

Radfahren am Freitag
(Treffpunkt Radhausplatz)

08.04., 15.00 Uhr:

"Hart Island Chronology"
Video, USA 1988, 15 min
Hart Island: Toteninsel und Sperrgebiet vor New York. Das Video ist der Versuch, jedem Aspekt der Insel-Geschichte(n) eine knappe Entsprechung in Bild und Ton zu geben.

"Biometrika" (GB 1987, 11 min)
Es geht um das Recht von geistig Behinderten auf Fortpflanzung
"Der Pannwitzblick" (BRD 1991, 90 min)

Das Video verfolgt die Spuren der Überlegungen des KZ-Arzt Pannwitz am Beispiel des heutigen Umgangs mit Behinderten
Medienwerkstatt, 7, Neubaugasse 40A

08.04., 19.00 Uhr:

"Rituale" (Ö 1982, 35 min)
zeigt das zu Beginn der 80er Jahre (noch sichtbare) öffentliche Leben am Land über den "rituellen" Charakter der Bereiche Religion, Politik und Geschlechterverhältnis.

"Die Patriarchin. Im Garten der Erinnerung" (BRD 1988, 20 min)
visueller Essay über den weiblichen Konservatismus

"Marx: The Video" (USA 1990, 25 min)
"A postmodern-experimental-revisionist biopic on Karl Marx"
Medienwerkstatt, 7, Neubaugasse 40A

08.04., 19.00 Uhr:

"Die Republik und der Rechtsextremismus"
Debatte um Zugänge und Haltungen mit Friedhelm Frischenschlager (WÜRG, ääh FPÖ) und Wolfgang Neugebauer (Dokuarchiv d. öst. Widerstands)
Republikanischer Klub, 1, Rokhgasse 1

08.04., 19.00 Uhr:

"Drogenabhängigkeit und Drogenkultur"
Lesung und Präsentation des Buches von Rolf Schwendter
Literaturhaus, 7, Zieglergasse 26a

08.04., 20.00 Uhr:

"4 Jahre Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit. Rassismus und Antisemitismus – Erfahrungen und Perspektiven"
Offener IGARA-Abend
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

08.04., 20.00 Uhr:

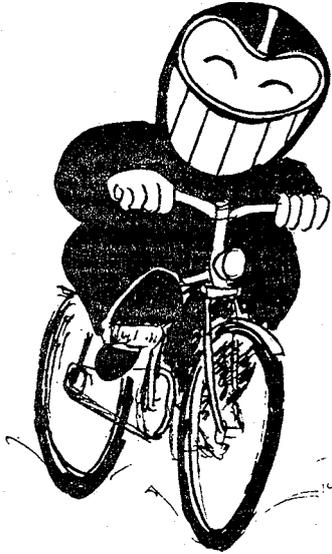
Lesbengruppe
HOSI, 2, Novaragasse 40

09.04., 19.00 Uhr:

"Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Binnenmarktes"
Kritisches EG-Informationsbüro, 1, Schotten-gasse 3a/59

09.04., 19.00 Uhr:

"Das Miststück"



Arbeitsplatz kein Mann zu sein
Medienwerkstatt, 7, Neubaugasse 40A

09.04., 21.00 Uhr:

"Züri brännt" (CH 1980, 90 min)
Wie es 1980 zu den Straßenkämpfen in Zürich gekommen ist
Medienwerkstatt, 7, Neubaugasse 40A

09.04., 20.00 Uhr:

"Das Verschwinden des Menschen"
Die Ausstellung (bis Jänner 1993)
FLEX, 12, Arndtstraße 51

10.04., 16.00 Uhr:

SOLIDEMO MIT KURDINNEN
siehe Umseitig

10./11.04., 20.00 Uhr:

"Der Aufzug"
— ein Stück über Inländer, Ausländer & Zugvögel"
VHS Hernals (Tel: 40 38 371)

Ein Kampf um den "Garten Edis"
Motto: "Was Sie da machen, grenzt ja schon an Ökoterro-rismus!"
Verspricht, ein amüsanter Theaterabend zu werden
Pfarre Akkonplatz, 15, Oeoverseestraße 2c

09.04., 19.00 Uhr:

"Maschinensturm" (BRD 1987, 45 min)
Neue Technologien, alte Widerstandsformen: ein Versuch über Sinn und Unsinn des technischen Fortschritts
"Ö-Norm-A1" (Ö 1989, 47 min)
Das "Unglück", am

13.04., 18.30 Uhr:

"Multikulturelle Gesellschaft und interkulturelle Kommunikation"
IWK, 9, Berggasse 17

13.04., 19.30 Uhr:

"Achtung Staatsgrenze"
Buchpräsentation und Diskussion mit den Autoren
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

13./14.04., 20.00 Uhr:

"Der Aufzug"
VHS Ottakring (Tel: 40 38 371)

14.04., 20.00 Uhr:

"... sonst kratz ich dir die Augen aus!"
Diskussion zum Thema Outing
HOSI, 2, Novaragasse 40

24.04., 19.30 Uhr:

"Popol Vuh"
Theater aus Nicaragua
In diesem Stück wird ohne Text mit Pantomime, Liedern, Tänzen und unter Verwendung traditioneller wie auch moderner Musikinstrumente gearbeitet und das Publikum in die Aufführung miteinbezogen.
Das "Popol Vuh" ist eine der wichtigsten Quellen der frühen Maya-Kulturen Mittelamerikas. Es ist der sehr alte, im 16. Jh aufgezeichnete Werdens-Mythos der Quiche-Maya, erzählt ihre Geschichte von der Erschaffung der Welt und der Menschen, ihre Wanderungen während der verschiedenen Zeitalter und ihre Machtkämpfe.
Die Aufführung wird von den Nicaragua-Brigaden veranstaltet.
Albert-Schweitzer-Haus, 9, Schwarzspanierstraße 13

bezahlte Anzeige:

Sicherheit durch EA-Beitritt?

Die Neutralität bleibt auf der Strecke.
Und Deutschland schluckt uns wieder.
Doch darüber redet die Regierung nicht.

Volksabstimmung, bevor es zu spät ist!

Reden wir darüber.

KPO

weltoffen • unabhängig • links

Wir informieren über unseren Standpunkt.

Informationsmaterial erhalten Sie bei Christian Hehenberger, KPO, Höchstädtplatz 3, 1200 Wien

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstverwaltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ...eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:
TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 56 80-78; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Kontakt: Info-laden Linz; 4020 Linz; Pfarrgasse 34/16

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 140,— für 10 Ausgaben oder S 270,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 200,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: **NEUNEUNEUNE!** (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212
DVR Nr. 0558371
Druck: Eigendruck

Solidaritätsdemonstration: Stoppt den Krieg gegen das kurdische Volk - Menschenrechte für KurdInnen

Freitag 10. April
16.00 Kundgebung Ballhausplatz
17.00 Demonstration zur türkischen Botschaft

- * Stoppt den Krieg gegen das kurdische Volk - Menschenrechte für KurdInnen
 - * Für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes
- * Sofortiger Rückzug der türkischen Armee und Beendigung der Luftangriffe
- * Auflösung der "Contra-Guerillaverbände" (Todesschwadronen nach lateinamerikanischem "Vorbild")
 - * Schluß mit der Deportation der KurdInnen
 - * Entsendung von KSZE- Beobachtern
- * Anweisung der Österreichischen Bundesregierung an den Vertreter im UNO-Sicherheitsrat, Hohenfellner, ein Waffenembargo gegen die Türkei zu verlangen
- * Rückzug der Österreichischen Verbundgesellschaft aus dem Staudamm-Projekt

Aktion kritisches Christentum, Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Jugend, EG-Oposition, Friedensbewegung, Gewerkschaftlicher Linksblock, Grüne Alternative, JG in der SPO-Wien, KPO-Wien, KSV, Kurdisches Informationsbüro, Kurdisches Forum, Österreichischer Friedensrat, Österreichische Hochschülerschaft, Österreich ohne Heer, Sozialdemokratische Freiheitskämpfer, Sozialistische Jugend Österreichs, SCI, Tatblatt, Verein Zusammen, Volkshaus, VSSTO

...und im Einzelnen:

WIEN 1: • BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) • BH Kolisch (Rathausstraße 18) • BH Südwind (Kleeblattgasse 4) • BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) • Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerpassage - beim U4-Abgang) • BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** • BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** • Bauern/Bäuerinnenhof-Produkte-Direktverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) **WIEN 6:** • BH/Platten VKA (Stieggasse 20) • Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) • Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** • Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) • Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** • BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) • BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) • Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) **WIEN 10:** • BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) • MieterInnen-interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** • Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 18; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** • Beisl CI: Payergasse 14) • Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
GRAZ: • Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) • Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) • Bücherstube (Prokopigasse 16)
LINZ: • Alternativladen (Zollamtsstraße 20) • BH Alex (Hauptplatz)
INNSBRUCK: • Am Haven (Innrain 157) • BH Parnaß (Speckbacherstraße 21)
SCHWERTBERG: • Kulturverein KANAL (Joseftal 21)
SCHWAZ IN TIROL: • „Dritte Welt Laden“